Nr. 36. 25. Jahrg.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando, Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 50 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Mittwoch, den 12. Februar 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

## Zur einjährigen Dienstzeit.

Die Militärverwaltung hält wieder einmal etwas für unannehmbar. Dieses Mal ist es die Einführung der einjährigen Dienstzeit, die keine Gnade vor den Augen der Gerechten findet. Aehnlich lagen die Verhältnisse vor zwanzig Jahren. Da erklärte der Kriegsminister die Einführung der zweijährigen Dienstzeit als ausgeschlossen, die Zunftsachverständigen klatschten Beifall und prophezeiten mit düsterer Stirne, daß eine nur zweijährige Präsenzzeit die Armee ruinieren und das Deutsche Reich unfehlbar seinen Feinden ausliefern würde. Als ein paar Jahre später ein Reichskanzler gekommen war, der das übliche Junkerbrett nicht vor dem Hirn hatte, wurde die zweijährige Dienstzeit dennoch zur Tatsache. Caprivi hätte übrigens die Dienstzeit, ohne Schaden anzurichten, noch mehr beschneiden können, denn mit der Abschaffung des alten Exerzierreglements und mit dem Ersatz der großkalibrigen Gewehre durch solche von kleinem Kaliber wurde die Ausbildung der Fußtruppen so vereinfacht, daß die Präsenzzeit, auch unter der Beibehaltung des stehenden Heeres, um mehr als ein Jahr hätte verkürzt werden können.

Wir wollen zunächst eine Skizze der Erleichterungen geben, die die Beseitigung des alten Reglements mit sich brachte. Dieses Reglement schrieb als Normalaufstellung die Aufstellung in drei Gliedern vor, obwohl sie auf dem Gefechtsfelde überhaupt nicht zu gebrauchen war. Wollte eine Truppe ein Gefecht beginnen oder eine Marschordnung annehmen, aus der jeden Augenblick ins Gefecht übergegangen werden konnte, so mußte sie die zweigliederige Formation wählen. Die Folge war, daß die Leute das Exerzieren nicht nur in zwei, sondern auch in drei Gliedern, also doppelt, lernen mußten. In der dreigliederigen Aufstellung hatte eine Kompagnie zwei Züge, in der zweigliederigen drei, ein Bataillon hatte in der dreigliederigen Formation acht Züge, in der zweigliederigen zwölf. Aber nicht genug damit, daß das alte Reglement eine doppelte Exerzierausbildung verlangte, es wies auch eine Reihe von Bewegungen auf, die reine Paradeübungen waren und mit der Ausbildung zum Kriege gar nichts gemein hatten. Sie waren Triumphe der Gamaschenknöpferei. Die ragenden Gipfel dieser Taktik stellten die beiden Schulangriffe des Bataillons vor. Im Felde war dieser Blödsinn überhaupt nicht zu verwenden. Beim ersten Schulangriff stand das Bataillon in einem länglichen Viereck dicht beisammen. Die rechte Hälfte des Vierecks bildeten sechs zweigliedrige Züge, die linke bestand aus ebenso viel. Kam es zum Gefecht, so wurden zuerst nicht etwa die zwei vordersten Züge als Schützen entwickelt, sondern die zwei hintersten. Feierlich mußten die beiden Züge das ganze Bataillon entlang geführt werden, in der Höhe des ersten Gliedes wurde der Befehl zum Ausschwärmen gegeben, eine Sektion blieb als „Unterstützung" zurück. Durch ähnliche Intelligenz zeichnete sich das zweite Schulgefecht des Bataillons aus. Hier stand das Bataillon in Linie, vorne acht Züge, dahinter vier Züge. Auch hier wurde das Gefecht nicht mit den vorderen, sondern mit zwei Zügen der hinteren Reihe eingeleitet.

Diese beiden Schulangriffe forderten natürlich einen großen Zeitaufwand, bis sie fehlerlos heruntergeleiert werden konnten. Auch das Bataillonskaree war ein zeitmordendes Ungetüm. Es ist uns nicht möglich, an dieser Stelle alle Verzwicktheiten des alten Reglements aufzuführen. Nur das sei bemerkt, daß es mindestens zwei Dutzend Formationen und Formationsveränderungen vorschrieb, die im Kriege nicht nur unnötig, sondern überhaupt gar nicht anwendbar waren.

Selbst das Plänkeln war nach dem alten Reglement schwieriger, weil es auch einen besonderen, 4—5 Schritte betragenden Abstand von Schützengruppe zu Schützengruppe — eine solche Gruppe setzte sich aus 8—12 Mann zusammen — vorschrieb. Diese Abstände sind inzwischen ebenfalls ausgemerzt worden.

Damals gab es auch noch den Gewehrgriff: Faßt das Gewehr an, der von allen Gewehrgriffen die größten Schwierigkeiten bereitete. Nach seiner Vollendung mußte der Mann das $4^1/_2$ Kilogramm schwere Gewehr allein mit dem Daumen, dem Ringfinger und kleinen Finger der rechten Hand tragen. Der Lauf lehnte an der rechten Schulter, die trotz der relativ großen Belastung der rechten Hand weder gesenkt noch gehoben noch sonstwie aus der normalen Lage gebracht werden durfte. Dies fiel natürlich schwächlichen Leuten sehr schwer. Namentlich der Marsch mit angefaßtem Gewehr verursachte ihnen in der Rekrutenzeit viele Verdrießlichkeiten. Endlich mußte der Gewehrgriff nicht nur stehenden Fußes, sondern auch im Marsche geübt werden.

Mit all dem genannten Larifari: mit dem dritten Glied, also dem doppelten Exerzieren, mit den Schulangriffen, mit dem Bataillonskaree, mit dem Griff „Faßt das Gewehr an" hat schon das Reglement vom Jahre 1888 aufgeräumt. Auch die überflüssigen Formationen und Formationsveränderungen wurden größtenteils beseitigt. Das alte Reglement wies, wie bemerkt, mindestens zwei Dutzend Formationen und Bewegungen auf, die im Kriege überhaupt nicht zu brauchen waren. Das Reglement vom Jahre 1888 zählte höchstens sechs solcher Ueberflüssigkeiten, die das Reglement vom Jahre 1906 ebenfalls abschaffte.

Auf diese Weise wurde die taktische Ausbildung der Fußtruppen im Laufe der letzten 19 Jahre wesentlich vereinfacht. Aber auch die Schießausbildung ist nicht entfernt mehr so kompliziert wie früher. Der Schütze wird nicht mehr durch den Rauch am Ausblick auf das Ziel verhindert, der Rückstoß des Gewehres ist viel geringer geworden und die Präzision der Gewehre hat enorm zugenommen.

Sehr wichtig für die Gestaltung der Flugbahn des Geschosses ist das Maß, um das es sich über die horizontale Visierlinie erhebt. Je geringer dieses Maß, das man die Flughöhe nennt, um so weniger droht die Gefahr des Ueberschießens, um so größer wird die Treffwahrscheinlichkeit. Ein Vergleich der Flughöhen des Geschosses des Gewehres M 71 und des jetzigen deutschen Infanteriegewehres M 98 ist sehr lehrreich und darum wollen wir davon ein kleines Beispiel geben. In der folgenden Tabelle sind die Flughöhen der Geschosse der beiden Gewehre bei Anwendung des Visiers 650 Meter in Zentimeter angegeben. Die in Klammern gestellten Zahlen sind die Flughöhen für das M 71, die anderen für das jetzige Gewehr M 98. Die Flughöhen betragen also auf

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| 100 m | 200 m | 300 m | 350 m | 400 m |
| 65 (274) | 110 (477) | 140 (592) | 145 (609) | 145 (596) |
| 450 m | 500 m | 550 m | 600 m | 650 m |
| 135 (551) | 120 (472) | 95 (355) | 55 (199) | 0 (0) |

Man betrachte diese großen Unterschiede! Während beim Gewehr M 71 die höchste Flughöhe 609 Zentimeter beträgt, reduziert sie sich beim Gewehr M 98 auf 145 Zentimeter. Ein aufrecht stehender oder gehender Mann mißt in der Höhe durchschnittlich 170 Zentimeter. Angefangen von der Mündung bis auf 650 Meter Entfernung erreicht das Geschoß des Gewehres 98 niemals eine solche Höhe. Ueberschossen kann also ein aufrechter Mann nicht werden, wenn richtig gezielt wird. Beim Gewehr M 71 aber fliegt das Geschoß von 100 Meter an bis 600 Meter immer höher als 170 Zentimeter.

Ebenso wie bei dem angeführten Beispiel verhält es sich auch auf allen übrigen Entfernungen. Das Gewehr M 98 ist tatsächlich dem Gewehr M 71 kolossal überlegen und dabei nicht im geringsten schwieriger zu handhaben.

Endlich sind jetzt auch brauchbare Entfernungsmesser erfunden, so daß auch auf diesem Gebiet wesentliche Erleichterungen zu verzeichnen sind. In der Zeit der dreijährigen Dienstzeit war man auf das Auge angewiesen, das sich beim Abschätzen von Entfernungen sehr täuschen kann.

Der Dienst der Fußtruppen, vor allem der Infanterie, hat also in den letzten 20 Jahren solche Erleichterungen erfahren, daß eine weitere Beschneidung der Präsenzzeit sehr leicht möglich wäre, wenn die tonangebenden Kreise sie wollten. Ein Jahr würde trotz des noch immer hochverehrten Paradedrills vollauf genügen.

Was die Verkürzung der Dienstzeit auf ein Jahr bei der reitenden Feldartillerie und der Kavallerie anbelangt, so fragen wir, ob vielleicht die Mannschaften des jeweilig jüngsten Jahrganges dieser Waffengattungen an den Manövern nicht teilnehmen können, weil sie zu schlecht reiten? In Wirklichkeit reiten diese Leute die waghalsigsten Attacken, sie fahren ihre Geschütze über Stock und Stein gerade so auf, wie ihre Kameraden mit zwei- und dreijähriger Dienstzeit. Der Stellvertreter des Kriegsministers hat allerdings darauf hingewiesen, daß die Kavallerie-Mannschaften im dritten Jahre zum Zureiten von Pferden benötige. Dies ist aber keine genügende Begründung dafür, daß man ungefähr 45000 Mann zwei Jahre länger bei der Truppe festhält, als nötig wäre. Hier kann die Einstellung besser gelöhnter Freiwilliger helfen.

Die Verkürzung der Dienstzeit bei den berittenen Waffen und den Spezialwaffen könnte auch dadurch wesentlich unterstützt werden, daß den Rekruten bei der Anmeldung zur Stammrolle das Recht eingeräumt würde, daß sie etwaige Wünsche bezüglich der Waffe und der Regimenter, denen sie zugeteilt werden wollen, äußern dürfen. Diese Wünsche wären zu vermerken. Wenn sie auch nicht alle erfüllt werden könnten, so würden sie bei der Verteilung der Rekruten auf die Truppenteile dennoch sehr wertvoll sein. Es würde dann nicht geschehen, daß ein Mann, der Kavallerist werden möchte, zur Infanterie kommt, während ein anderer, der gar keine Vorliebe für den Reiterdienst hat, auf das Pferd gesetzt wird.

Woher die Abneigung „der maßgebenden Kreise" und ihrer Anhänger gegen eine abermalige Herabsetzung der Präsenzzeit kommt, weiß man. Sie hoffen von der Kaserne noch immer die Vernichtung der Sozialdemokratie . . .

## Neue Ausnahmegesetze gegen die ländlichen Arbeiter.

Die Vollversammlung des deutschen Landwirtschaftsrats rief in ihrer gestrigen Sitzung nach Ausdehnung der Legitimationskarten für ganz Deutschland und nach weiteren neuen Ausnahmegesetzen gegen die ländlichen Arbeiter.

Zu dem Gegenstand der Tagesordnung:

**Maßnahmen gegen den Kontraktbruch landwirtschaftlicher Arbeiter**

wies der Berichterstatter, Generalsekretär Landesökonomierat Steinbach-Danzig, in längerer Rede auf die große Not hin, unter der die deutschen Landwirte wegen des Mangels an Arbeitern insbesondere zur Erntezeit leiden. Ganz unendlich litten die Landwirte unter dem Kontraktbruch. Im Jahre 1907 seien allein in Westpreußen 9000 Kontraktbrüche „festgestellt". Aehnlich sei es aber überall. Der Schaden, der dadurch den Landwirten entstehe, sei ganz unberechenbar. Bedauerlich sei, daß den Arbeitern im allgemeinen das Bewußtsein abhanden gekommen, daß der Kontraktbruch ein Betrug wie jeder andere sei. Ein Kontraktbruch bei der Industrie sei lange nicht so schlimm wie bei der Landwirtschaft. Industrieerzeugnisse können zu jeder Zeit hergestellt werden, die Landwirtschaft könne aber bekanntlich nur zu gewissen Zeiten und bei günstigem Wetter produzieren. Durch den gegen die Landwirte begangenen Kontraktbruch werde gleichzeitig das allgemeine Volkswohl geschädigt. Wenn die Gesetzgebung Zölle auf Brotfrüchte lege, dann müsse sie auch Maßnahmen treffen, daß die Brotfrüchte, wenn sie reif seien, geerntet werden können. Er ersucht folgendem Antrage zuzustimmen:

„Der deutsche Landwirtschaftsrat beschließt: 1. Diejenigen Landesregierungen, welche bis jetzt noch keine Inlandslegitimationen für die ausländischen Arbeiter bezw. keine Ausweisung beim Antreffen der Arbeiter ohne solche vorgeschrieben haben, um Einführung dieser Maßnahmen zu bitten. 2. Die Landesregierung zu ersuchen, Bestimmungen über den Vertragsbruch der ländlichen Arbeitnehmer, analog denen in den §§ 119, 124b und 125 der Reichsgewerbeordnung zu treffen und außerdem Bestrafung der Gesindevermieter und Agenten, welche kontraktbrüchige Arbeitnehmer vermitteln, sowie aller Personen, welche Arbeitnehmer zum Vertragsbruch verleiten, ins Auge zu fassen." — Beifall. —

Zum ersten Teil dieses Antrages äußerte unter lebhaftem Beifall der Versammlung der Geheime Oberregierungsrat Dr. Heinrich vom preußischen Ministerium des Innern: „Der preußische Minister des Innern habe bereits mit der Einführung von Legitimationen für die landwirtschaftlichen Arbeiter in den östlichen Provinzen begonnen. Der Minister werde diese Maßnahmen sehr bald auf die ganze Monarchie ausdehnen. Er sei außerdem bemüht, die anderen deutschen Staaten dafür zu interessieren. Beide Mecklenburg, beide Lippe und Oldenburg seien bereits dafür gewonnen. Der Minister habe außerdem mit Sachsen, den Thüringischen Staaten und Braunschweig Unterhandlungen angeknüpft. Der Minister verspreche sich von der Einführung der Legitimationen großen Erfolg.

Wirkl. Geh. Rat Dr. Graf v. Stosch (Schlesien) betonte die Notwendigkeit, auch die Arbeitgeber, die kontraktbrüchige Arbeiter in Arbeit nehmen, zu bestrafen. Das Zeitungsinserat, das Landesökonomierat Steinmetzer von einem sächsischen Landwirt vorlas, in welchem Letzterer mit verklausulierten Worten kontraktbrüchige Arbeiter suche, rede doch Bände. — Rittergutsbesitzer von Steckhausen (Abgunst) beantragte, dem Antrage des Landesökonomierats Steinmetzer hinzuzufügen: „die Landesregierungen sind gleichzeitig zu ersuchen, die Kosten der etwa erforderlichen Ausweisung als landespolizeilich zu übernehmen und eine Regreßpflicht der Arbeitgeber nur in solchen Fällen in Anspruch zu nehmen, in denen diesen ein Verschulden bezüglich des Kontraktbruchs der Arbeiter nachgewiesen wird."

Freiherr v. Wangenheim-Kl.-Spiegel meinte: „Es werde vielleicht in Zukunft zu erwägen sein, Arbeitskammern auch auf dem Lande zu errichten."

Frhr. v. Cetto-Reicherkshausen (Bayern): Bestrafung und Ausweisung allein werden keine besseren Verhältnisse schaffen. Die Landwirte müssen, ebenso wie die Industrieherren, ihren Arbeitern das Leben auf dem Lande durch soziale Einrichtungen usw. möglichst angenehm zu machen suchen; damit werde man bedeutend mehr erzielen als durch Polizeimaßnahmen.

Geh. Ober-Regierungsrat Dr. Jaup: Sein Chef, der Staatssekretär des Reichsamts des Innern, nehme an dem vorliegenden Gegenstande das lebhafteste Interesse. Er sei nicht in der Lage, den Standpunkt seines Chefs, auch nicht seinen eigenen, in der vorliegenden Frage klar zu legen, er könne aber mitteilen, daß der Staatssekretär die vom preußischen Ministerium des Innern getroffenen Maßnahmen so weit als möglich unterstützen und alles tun werde, was geeignet sei, den Mißständen zu steuern.

Graf zu Rantzau-Rastorf empfahl, die Stellenvermittler unter schärfere Kontrolle zu stellen. — Hofbesitzer Bartmann-Lüdicke (Bezirk Wiesbaden) empfahl die Begründung von Arbeitgeberverbänden zwecks Bekämpfung des Kontraktbruchs. — Major a. D. v. Busse (Provinz Sachsen): Die Landwirte können mit der Industrie nicht konkurrieren. Noch größer sei aber die Konkurrenz, die den Landwirten seitens der Eisenbahnen bereitet werde. Alle Leute, die vom Militär abgehen, wenden sich der Eisenbahn zu. Dort erhalten sie Löhne, die von den Landwirten nicht bezahlt werden können. Diese Leute stehen sich im allgemeinen besser als die kleinen Bauern. Die Arbeiter auf dem Lande haben im übrigen alle Sonntag Tanzvergnügen. Er wisse nicht, wie man den Leuten den Aufenthalt noch angenehmer machen solle. Nach noch längerer Erörterung, in der sich alle Redner mit dem Antrage Steinmetzer einverstanden erklärten, gelangte dieser Antrag, nebst dem Antrag v. Stockhausen und dem Antrage des Grafen Rantzau zur Annahme: „Es ist dafür einzutreten, daß unter Aenderung der Reichsgewerbeordnung die Konzessionspflicht der Gesindevermieter und Agenten, soweit sie sich mit der Vermittelung landwirtschaftlicher Arbeitnehmer beschäftigen, sehr stark verschärft werde."

Als Grundlage dieser Forderungen nach Maßnahmen mußte auch in dieser Versammlung das von den Großgrundbesitzern zum Dogma gestaltete Märchen von dem durch Arbeiter verschuldeten Kontraktbruch herhalten. Wie liegt es denn in Wahrheit?

Die veränderte Produktionsweise auf dem Großgrundbesitz hat bewirkt, daß immer weniger Arbeiter für das ganze Jahr angenommen werden. Ein großer Teil der landwirtschaftlichen Arbeit auf dem Großbesitz ist Saisonarbeit. Saisonarbeiter würden sich in Hülle und Fülle finden, wenn der Arbeitslohn nicht trotz der Rieseneinnahmen des Besitzers infolge der Zölle schmachvoll niedrig, die Arbeitsbedingungen besonders harte, die Behandlung eine menschenunwürdige und die Rechtslage der ländlichen Arbeiter infolge parteiischer Handhabung der Gesetze eine fast rechtlose wäre. Die Drangsalierung der Arbeiter hat in Preußen in wachsendem Maße die Landflucht bewirkt. Da werden dann Ausländer als Lohndrücker unter betrügerischen Vorspiegelungen nach Deutschland gelockt. Statt der erhofften Erfüllung der von Junkeragenten gemachten Versprechungen finden sie jammervolle Arbeitsbedingungen, menschenunwürdige Behandlung vor und fühlen sich durch parteiische Gesetze und Rechtsprechung fast jedem von den Großgrundbesitzern begangenen Vertragsbruch gegenüber schutz- und rechtlos. Das einzige Mittel, dem Elend zu entfliehen, in das moderne Menschenhändler sie gehetzt haben, ist das Ausreißen. Das ist kein Vertragsbruch. Denn ihnen gegenüber ist der Vertrag, den ihnen gewissenlose Agenten der Agrarier vorspiegelten, nie eingehalten, ja nicht einmal der von den Junkern anerkannte Vertrag. Daß dem so ist, ist offenkundig. Wir erinnern daran, daß vor kurzem der Vertrauensmann einer Landwirtschaftskammer, Rittergutsbesitzer Harder-Kl. Waldeck, auf der 22. Jahresversammlung des „Landwirtschaftlichen Zentralvereins Königsberg" offen erklärte, mit Mühe und Not habe er einen Boykott, den galizische Arbeiteragenten gegen Deutschland wegen der den galizischen Arbeitern gegenüber verübten Kontraktbrüche verhängen wollten, verhindert. Die Kontraktbrüche der Arbeitgeber lägen in der Tat und zwar nicht vereinzelt vor. So seien den Arbeitern von ihrem schwer verdienten Lohn hohe Beträge für Geräte und dergleichen abgezogen, das Reisegeld trotz Zusage nicht gezahlt und so weiter. Dringend ist ein reichsgesetzliches Vorgehen gegen die modernen Menschenhändler und gegen die Rechtlosigkeit der Landarbeiter, eine wirtschaftliche und rechtliche Gleichstellung der Landarbeiter mit den Industriearbeitern erforderlich.

Umgekehrt gehen die tonangebenden Großgrundbesitzer und Regierungsvertreter vor. Sie fordern nicht ein Vorgehen gegen die vertragsbrüchigen Abnehmer und Auftraggeber der Sklavenhändler, sondern verlangen, daß die armen Kulis in Deutschland zwangsweise an der Arbeitsstätte festgehalten werden. Während Großgrundbesitzer ständige Vertragsverletzer sind, schreien diese über Vertragsbruch der Arbeiter. Aufs einseitigste schildern sie die Verhältnisse und fordern selbst in Widerspruch mit den Staatsverträgen stehende Staatshülfe durch Ausdehnung von Ausnahmemaßnahmen gegen die ländlichen Arbeiter. Der Erfolg wird freilich im Gegensatz zu den Wünschen der Agrarier naturgemäß eine Verstärkung der Leutenot sein.

## Wahlverwandte Seelen.

Die „Deutsche Tagesztg." wird immer alberner. In ihrer heutigen Morgennummer erklärt sie, daß sie im allgemeinen „keinen Anlaß" hätte, auf unseren Artikel in der Sonntagsnummer „Die Ethik der Korrupten" einzugehen; hinterher geht sie dann aber doch auf ihn ein — allerdings in einer Weise, die deutlich zeigt, daß ihr Verzicht auf eine längere Erwiderung nur der Unzulänglichkeit ihres Könnens entspringt. So antwortet sie z. B. auf unseren Nachweis, daß sie bereits eine Nichtbeachtung willkürlicher polizeilicher Verfügungen durch deutsche Arbeiter für „genügend" erachtet, um eine Niedersäbelung der Arbeiter zu rechtfertigen, daß ihr aber der Meineid, die offene Verfassungsverletzung und die Deportation widerrechtlich Verhafteter nach den afrikanischen Fieberkolonien noch lange nicht als „genügend" erscheinen, um die Auflehnung eines Volkes gegen seinen lieben Monarchen von Gottes Gnaden zu rechtfertigen, mit dem blöden Einwand, in Portugal wären ganz andere „Verhältnisse" — als wenn es sich um eine Verschiedenheit der Verhältnisse in Deutschland und Portugal handele und nicht vielmehr um eine prinzipielle Auffassung.

Besonders aber hat es das ehrsame Blatt verdrossen, daß wir die Partei der konservativen Regeneradores in Portugal, die Partei der portugiesischen Gesinnungsgenossen der preußischen Junker und der „Deutsch. Tagesztg." genannt haben.

„Diese Behauptung," schreibt das Bündlerblatt, „wirkt an sich schon überaus komisch; selbst der „Vorwärts" sollte aber wissen, daß die portugiesischen „Konservativen" mit irgend welchen konservativen Grundsätzen oder gar mit einem Konservatismus deutschen Zuschnittes nicht das geringste zu tun haben, daß die portugiesischen „Liberalen" genau so die Korruption begünstigt und mitgemacht haben, wie die Konservativen und daß die portugiesischen, allerdings etwas stark anarchistisch gestimmten Freunde der Sozialdemokratie in diesem Punkte sich mit den bürgerlichen Parteien völlig solidarisch fühlen."

Daß die portugiesischen Konservativen die heillose Korruption in Portugal verschuldet haben, leugnet also auch die „Deutsch. Tagesztg." nicht, nur führt sie zur Entschuldigung an, daß die Liberalen in Portugal genau so korrupt seien, und daß ferner die portugiesischen Konservativen „mit konservativen Grundsätzen oder gar mit einem Konservatismus deutschen Zuschnitts" nicht das geringste zu tun hätten. Die letzte Behauptung ist nichts anderes als eine verlogene Ausrede. Daß der portugiesische Konservatismus nicht genau dem preußisch-junkerlichen Agrarkonservatismus entspricht, ist richtig; aber genau denselben Konservatismus, den das preußische Junkertum vertritt, gibt es überhaupt in keinem zivilisiertem Lande der Welt mehr — dieses westkalmückische Ideengemengsel ist so borniert und rückständig, daß, abgesehen von Ostelbien, alle Länder Mittel- und Westeuropas schon längst darüber hinaus sind — wohl aber vertreten die portugiesischen konservativen Regeneradores, die nebenbei sich selbst konservativ nennen und in allen Geschichtswerken auch als konservative Partei genannt werden, konservative Anschauungen und ihre maßgebenden Anhänger rekrutieren sich aus dem adeligen Höflingtum, der höheren Bureaukratie und den vermögenden Grundbesitzern, also denselben Schichten, aus denen der preußische Konservatismus seine Führer bezieht.

Wenn schließlich die „Deutsche Tageszeitung" behauptet, daß in bezug auf Korruption auch die „stark anarchistisch gestimmten Freunde der Sozialdemokratie" sich in Portugal mit den bürgerlichen Parteien völlig solidarisch fühlen, so ist das nichts als eine erlogene Verdächtigung, für die bisher das Bündlerblatt keinen einzigen Beweis beigebracht hat und auch nicht beibringen wird. Die Sozialdemokratie ist leider bisher in Portugal so wenig zahlreich, daß sie fast gar keinen politischen Einfluß besitzt und daher noch keine Gelegenheit hatte, sich mit den portugiesischen Gesinnungsgenossen des Bündlerblattes „solidarisch zu fühlen".

## Opfer der Kaserne.

Der Musketier Weiß von der 10. Kompagnie des dritten Bataillons des Infanterie-Regiments Nr. 41 in Memel desertierte am 24. Januar d. J. aus der Kaserne und blieb längere Zeit verschwunden. Bei der Kaisersgeburtstagsfeier wurde von den Mannschaften dieses Truppenteils zwar eifrig über die Gründe dieser Fahnenflucht diskutiert, aber bestimmte Ansichten traute sich wohl niemand zu äußern. Alle angestellten Recherchen über den Verbleib des Fahnenflüchtigen, der seit Oktober v. J. diente, blieben erfolglos. Endlich, am 6. Februar abends, wurde der Verschwundene in einem geradezu Schaudern erregenden Zustande entdeckt. Man fand die kaum noch menschenähnliche Gestalt des desertierten Soldaten in einem tief ausgehöhlten Strohhaufen fast bewußtlos liegen. In der Nähe des Strohlagers, welches dem Soldaten zwölf Tage als Versteck gedient hatte, lagen einige mit den Zähnen ausgehöhlte rohe Kohlrüben, von denen er sich, zusammen mit Roggenkörnern, die er in der Scheune gefunden, ernährt hatte. Seinen Durst konnte der freiwillig in dieser grausamen Gefangenschaft lebende junge Mann nur des Nachts stillen. Er schlich sich dann auf den Hof an die Pumpe und trank von dem eiskalten Wasser auf 24 Stunden Vorrat. In den ersten Tagen seines Aufenthalts in der Scheune herrschte besonders des Nachts starker Frost. Dagegen konnte den Soldaten in seiner mangelhaften dünnen Bekleidung natürlich auch das dichte Strohlager nicht schützen. Besonders, weil er sich, um nicht entdeckt zu werden, gar nicht bewegen konnte, **erfroren dem Flüchtling zuerst die Füße und dann die Beine bis zu den Knien.** Nun konnte er auch nicht mehr des Nachts nach der Pumpe gehen, sondern er mußte, die erfrorenen Glieder nachschleifend, auf Händen und Knien rutschen, um zur Pumpe zu gelangen. Welche unmenschliche Qualen der junge Mensch Tag und Nacht ausgestanden hat, möge sich jeder selbst ausmalen!

Der Guts- und Ziegeleibesitzer Herr Zimmer ließ dem erstarrten hülflosen Menschen vorsichtig heiße Milch einflößen, bis er sich mit seiner Umgebung, die ihn in warme Kleidung hüllte, verständigen konnte. Die erste Frage, die man allseitig an ihn richtete, lautete: **„Was hat Sie veranlaßt, sich solche grausame, unmenschliche Qualen aufzuerlegen?"**

Er antwortete: **„Ich bin schrecklich gemißhandelt worden in der Kaserne und konnte es dort nicht mehr länger aushalten."**

Der den Transport des Deserteurs leitende Offizier äußerte zu ihm in vorwurfsvollem Tone: „Was haben Sie nun davon, obendrein kommen Sie noch ein paar Jahre auf Festung." Auf die Umstehenden wirkte diese Aeußerung, angesichts des hülflosen Krüppels, geradezu erschütternd.

Hoffentlich wird von der Militärbehörde eine genaue Untersuchung eingeleitet darüber, ob die Aeußerung des unglücklichen Soldaten, er sei durch unerträgliche Mißhandlungen in der Kaserne zur Flucht getrieben worden, auf Wahrheit beruht.

Auffallend ist es, daß bei diesem Memeler kleinen Truppenteil **innerhalb zweier Monate dieses der dritte Fall von Desertion von Soldaten ist!** Vor etwa zwei Monaten flüchtete, wie in Memel allgemein bekannt ist, ein Soldat der 12. Kompagnie aus der Kaserne und warf sich vor den, sich in voller Fahrt befindenden Kleinbahnzug, der ihn tötete.

Vor etwa 10 Tagen desertierte ein Soldat der 9. Kompagnie dieses Bataillons, den man bisher nicht gefunden hat. Er soll nach England entkommen sein.

**Wir fragen daher: „Was geht dort in der Memeler Garnison vor?"**

## Die Lage der Postillione.

Ueber die Lage der Berliner Postillione wird uns mitgeteilt:

Der Dienst der Postillione liegt in einer Woche morgens von ¾5 bis 10 Uhr und nachmittags von 1 bis 5 Uhr. In solchen Wochen beträgt also die wöchentliche Arbeitszeit, da auch die Sonntage in Frage kommen, **64¾ Stunden.** In den Wochen, in die ein freier Sonntag fällt, beginnt die Arbeitszeit vormittags 9 und dauert bis ½2 Uhr mittags und dann wieder von ¾5 bis ¾11 Uhr nachts. Seit ungefähr 14 Tagen aber müssen die Postillione auch in diesen Wochen, wo sie eigentlich erst um 9 Uhr ihren Dienst beginnen sollten, bereits ebenfalls morgens 5 Uhr in den Dienst, um auf die sogenannten Beiwagen zu warten, und bis 7 Uhr bleiben, gleichviel, ob die Beiwagen zu fahren haben oder nicht. Dadurch ist natürlich auch für die Nächstwohnenden die Möglichkeit ausgeschlossen, wieder nach Hause zu gehen, weil sich die Zeit nicht mehr lohnen würde.

Der Sonntagsdienst regelt sich so: Jeder zweite Sonntag ist dienstfrei; dafür müssen aber die Postillione den nächstfolgenden Sonntag schon früh um 5 Uhr bis mittags ½2 Uhr Dienst leisten, nachmittags wieder von 6 bis nach 11 Uhr nachts und am nächsten Morgen wieder früh um 5 Uhr bis nach 1 Uhr mittags und dann wieder von ¾5 bis ½11 Uhr abends! Einzelne müssen sogar noch früher als 5 Uhr morgens den Dienst antreten, und in einzelnen Fällen trifft es sich, daß die Postillione von Sonnabend nachmittag 3 Uhr bis Sonntag vormittag 8 Uhr Dienst haben mit zweimal zwei Stunden Ruhepause. Nachmittags haben sie dann wieder von 3 bis 11 Uhr nachts Dienst.

Die Wünsche des Personals gehen dahin, daß am ersten Sonntag nur vormittags, am zweiten Sonntag nur nachmittags Dienst sein soll, während der dritte Sonntag ganz dienstfrei bleiben soll.

Noch schlimmer ist der Nachtdienst, der alle 6 bis 7 Wochen für jeden Postillion in Frage kommt. Im Nachtdienst müssen die Postillione 7 Tage hintereinander von abends 8 Uhr bis morgens 6 Uhr Dienst leisten, d. h. also, **der Nachtdienst beträgt 70 Stunden in der Woche!** Und während bei den Postboten der Nachtdienst mit 50 Proz. Zuschlag bezahlt wird, erhalten die Postillione für den Nachtdienst keinen Pfennig extra! Nur jede sechste oder siebente Nachtschicht dauert die Arbeitszeit nur von nachts 12 Uhr bis morgens 6 Uhr.

Die Postillione, welche den sogenannten Hofdienst haben, d. h. die den Hof fegen, die Lampen putzen, oder Hülfsaufseherdienst verrichten, haben in einer Woche bei freiem Sonntag 54 Dienststunden, in der anderen ohne freien Sonntag 63 **Dienststunden.** Und die Postillione meinen, was für den leichteren Hofdienst recht sei, sei für den schweren Tagdienst nur billig. Und wenn man die Postboten mit „Herr" anrede, so könnten das die Postillione auch verlangen!

Nun wird der Dienst aber noch weiter erschwert. In den Wochen, wo die sogenannte Paketbestellung in die Vororte erfolgt, beginnt der Dienst morgens 3 Uhr bis nachmittags 3 Uhr. Und da in diese Woche der freie Sonntag fällt, beträgt demnach in den 6 Tagen die Arbeitszeit 72 **Stunden!** Oder vielmehr, da hierzu noch der sogenannte Pferdedienst kommt, d. h. das Pferdeputzen, das Pferdebeschlagen, das Ausdüngen und Anspannen, das täglich eine Stunde ungefähr erfordert, gar **78 Stunden!** Der freie Sonntag bringt also für die Postillione statt früher 61½ Stunden, jetzt 78 Stunden pro Woche Dienst! —

# Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. Februar 1908.

### Zuckersteuer und Militäretat.

Aus dem Reichstage. In der dritten Lesung der Ergänzung zur Zuckerkonvention kennzeichnete Genosse Südekum den demagogischen Versuch des Grafen Schwerin, die Agrarier als Hüter der Volkswohlfahrt anzupreisen, indem er nachwies, daß sie sich auch bei dieser Gelegenheit nur von ihrem Ausbeuterinteresse leiten ließen. Genosse Ledebour ergänzte diese Ausführungen durch den Nachweis, daß der Antrag Bassermann ein völlig widersinniges Machwerk sei, das seinen angeblichen Zweck, die Reichsfinanzen zu sichern, nicht einmal erfülle. Herr Pachnicke übernahm die Verteidigung des Blockabkommens; dann wurde die Konvention einstimmig, der Antrag Bassermann wieder gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des Zentrums angenommen.

Die Weiterberatung des Militäretats gab bei der Beratung der einzelnen Etatstitel zu einer Fülle von Einzelbeschwerden Anlaß. Genosse Böhle erörterte die Arbeiterverhältnisse in den Militärbetrieben. Dabei kam er auch auf die Arbeiterausschüsse zu sprechen, denen durch die Geschäftsordnung jede selbständige Betätigung und die Vertretung der Arbeiterbeschwerden den Behörden gegenüber nahezu unmöglich gemacht sei. Speziell ging er dann auf die Zustände in den Militärwerkstätten in Straßburg ein. Der Zentrumsabgeordnete Will unterstützte diese Ausführungen und brachte den Antrag ein, in die Kommissionsresolution wegen der Beachtung der Tarifverträge und der Verhandlung mit den Arbeiterausschüssen, die der gleichlautenden für die Marinewerkstätten nachgebildet ist, hinter dem Wort „Arbeiterausschüsse" die Worte „und Arbeiterorganisationen" einzuschalten. Das ist der Antrag, den beim Marinetat die Sozialdemokratie gestellt hatte und der damals von der Blockmehrheit abgelehnt war.

Genosse Böhle erklärte, daß wir selbstverständlich die Wiederaufnahme unseres Antrages an dieser Stelle mit Freude begrüßen, da das Haus auf diese Weise abermals vor die Frage gestellt werde, wie es sich zu den gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen stellen wolle.

Der General Sixt v. Arnim meinte, die Militärbehörden seien nicht nur von dem größten Wohlwollen für die Arbeiter erfüllt, sondern lebten auch mit ihnen im besten Einvernehmen; nur „eine gewisse Presse" suche dieses Einvernehmen zu stören. Ueber die Arbeiterausschüsse und die Frage der Verhandlung mit den Arbeiterorganisationen schwieg er sich klüglich aus.

Die Abstimmung über die Resolution und das Amendement wurde bis zur dritten Lesung vertagt. Dann wurde die zweite Lesung des Militäretats zu Ende gebracht.

### Bülows Mazedonier.

Die „Nordd. Allgem. Ztg." ahmt mit stolscher Beharrlichkeit den Schwindlertrick nach, durch den „taubstumme", angeblich gewaltsam ihrer Zunge beraubte Mazedonier unlängst mitleidige Seelen in Berlin schröpften, bis ihnen die Polizei das Handwerk legte. Das offiziöse Organ hat diesen Mazedoniern ihren Trick abgesehen: es hat die Zunge verschluckt und spielt den Taubstummen. Selbst unsere Versuche, sie durch einen Druck auf ihren Kehlkopf zum Aufgeben ihrer Komödie zu veranlassen, sind bis heute vergeblich gewesen. Das offiziöse Organ schweigt, schweigt... Es vermag nichts zu entgegnen, da ignoriert es überhaupt unsere Feststellungen, um die Blamage möglichst zu vertuschen!

Dagegen versteht es sich von selbst, daß die „Nordd. Allgem. Ztg." heute den frechen Schwindel von dem „Rückgang der Sozialdemokratie" im Kreise Teltow-Beeskow, den wir an anderer Stelle ausführlicher erwähnen, ebenfalls unbesehen abdruckt. Ob das Blatt wenigstens diesen Schwindel berichtigen wird?! —

### Verspätete Reue.

In einer liberalen Volksversammlung in Dessau sprach der Reichstagsabgeordnete Karl Schrader über die Blockpolitik. Er führte u. a. aus:

„In der Frage der preußischen Wahlreform, dem Prüfstein für die Ehrlichkeit der Politik des Fürsten Bülow, habe der Reichskanzler die freisinnigen Erwartungen nicht erfüllt. Auf diesem Gebiete sei von Bülow überhaupt nichts zu erwarten. Die Antwort, die die Freisinnigen im Abgeordnetenhause gegeben haben, habe **in weitesten Kreisen verstimmt.** Die deutliche Zurückweisung, die das Volk erwartet habe, sei nicht erfolgt. **Dies sei ein Fehler.** In weiten Kreisen werde nicht nur dem Fürsten Bülow, sondern auch dem Verhalten der Liberalen **Mißtrauen entgegengebracht.** Es sei zu erwarten, daß das Versäumte noch nachgeholt werde. In einer Resolution bedauerte die Versammlung das schwächliche Verhalten der freisinnigen Landtagsfraktion gegenüber der rücksichtslosen Zurückweisung der freisinnigen Wahlrechtsanträge durch den Fürsten Bülow."

Das Geständnis, daß die Politik des Freisinns ein Fehler war, — wir müßten allerdings einen viel schärferen Ausdruck gebrauchen — ist immerhin wertvoll; jedoch können wir von Versuchen, diese Fehler gut zu machen, nicht das geringste bemerken. Die freisinnige Fraktionsgemeinschaft hat sich auch nach dem 10. Januar als die unbedingteste Stütze der Bülowitischen Blockpolitik bewährt. In der Politik genügt die Erkenntnis allein nicht. An Taten hat es aber auch die Freisinnige Vereinigung im Reichstag vollständig fehlen lassen und sich den Geboten der Fraktionsgemeinschaft willig untergeordnet. Mit der Einsicht in das Notwendige ist nichts getan, wenn man nicht die Energie aufbringt, das Notwendige auch zu wollen. —

### Mugdan heimgeschickt.

In einer Versammlung des fortschrittlichen Vereins des Potsdamer Stadtviertels sprach das Blockfaktotum Mugdan über das Landtagswahlrecht, in der Art, wie diese Leute nun einmal reden. Er versicherte, fortwährend unterbrochen durch Gelächter und höhnische Zwischenrufe, daß die Freisinnigen ihre Prinzipien hochhalten und daß die Straßendemonstrationen entsetzlich schädlich seien. In der Diskussion sprach zunächst Stadtverordneter Rechtsanwalt Marggraff, der dem offiziellen Freisinn sein Sündenregister vorhielt. Schon bei den Stichwahlen hätten die Freisinnigen den Reaktionären 36 Mandate zugeschanzt. In der Wahlrechtsfrage hätten sich Fischbeck und Pachnicke jammervoll benommen. Vielleicht bekämen die Freisinnigen jetzt noch von der Börse Geld, nach Verabschiedung des Börsengesetzes werde auch das aufhören. Die Verurteilung der Straßendemonstrationen sei eine Verleugnung aller demokratischen Grundsätze. Die Haltung der „Freisinnigen Zeitung" sei schmählich. (Laute Pfuirufe.) Die Landtagsabgeordneten berücksichtigten nur die

Wähler erster und zweiter Klasse. Auch andere Freisinnige sprachen scharf gegen die Blockpolitik, die nur der Mugdanese Hans Barth, ein Berliner Stadtverordneter, verteidigte. Dann kam Herr v. Gerlach zum Wort, zunächst mit großem Lärm von einem Teil der Versammlung empfangen. Er erklärte, daß kein Kulturmensch das Recht auf die Straße bestreiten dürfe. Er habe sich über die Straßendemonstrationen gefreut, denn dadurch hätten die Arbeiter bewiesen, daß wenigstens sie keine Hundeseelen seien und sich nicht alles von den Junkern gefallen ließen. Dort wo die Freisinnigen die Macht dazu gehabt hätten, im Reichstag, hätten sie schmählich versagt. Der Wahlrechtsausschuß habe abgelehnt, große öffentliche Volksversammlungen zur Agitation für das gleiche Wahlrecht einzuberufen. Für den wahrhaft volkstümlichen Kampf müsse man die Bundesgenossen überall nehmen, wo man sie findet, z. B. auch bei der Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie zeige ein bewunderswertes Maß von politischer Vernunft und die Freisinnigen ebenso viel doktrinäre Verblendung. Aehnlich sprach Dr. Barth. Die politische Ehre des Freisinns hätte erfordert, daß man Bülow, nachdem er den Freisinn so miserabel behandelt hätte, möglichst rasch über die Klinge hätte springen lassen. Aber seit Jahrzehnten ist die demokratische Gesinnung des Freisinns in Dekadenz und vom Programm spricht man nur noch an den hohen politischen Kirchenfesten. (Zurufe: Roter Adlerorden!) In der Finanzreform betreibt Bülow die Politik eines Bankrotteurs, der wegen betrügerischen Bankrotts ins Gefängnis gehörte. Das Landtagswahlrecht muß mit allen gesetzlichen Mitteln erkämpft werden, also auch mit Straßendemonstrationen. Wenn die Polizei ruhig beiseite stünde, würde die Sozialdemokratie bei ihrer großen Disziplin schon für Ruhe und Ordnung sorgen. Das Demonstrieren ist ein wirksames Mittel gerade für den Philister, der sich sonst so schwer zu ernsthaftem politischen Kampfe aufrafft. Dadurch würde er gemahnt, seine Pflicht zu tun für die unterdrückten, entrechteten, arbeitenden Massen, die heute nichts weiter haben als den Hohn der Mächtigen.

Mugdan verteidigte dann nochmals seine Politik, worauf ihm zwei freisinnige Arbeiter aus dem Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein entgegentraten. Sie seien ebenso für Demonstrationen, wie die Sozialdemokraten. Der freisinnige Wahlrechtsausschuß sei ein Ausschuß zur Verhinderung der Wahlreform. Bei dieser Führung müßten auch die letzten Arbeiter Abschied von der freisinnigen Partei nehmen. Schließlich wurde eine Resolution, die einen energischen Kampf ohne jede Rücksicht auf die Blockpolitik fordert, mit allen gegen drei Stimmen angenommen. —

## Wie die bürgerliche Presse berichtet!

Die bürgerliche Presse bringt heute eine Notiz, die an Verdrehungen und Entstellungen so Unglaubliches leistet, daß sie der „Post" oder der „Freis. Ztg." zur Zierde gereichen würde, obwohl sie sogar von der „Volks-Ztg." gebracht wird! Die Notiz lautet:

Ueber den Rückgang der Sozialdemokratie

im Kreise Teltow-Beeskow-Charlottenburg wurde in der Generalversammlung des sozialdemokratischen Zentralwahlvereins für diesen Kreis lebhaft Klage geführt. Während in früheren Jahren der Zuwachs an politisch organisierten Parteigenossen nach vielen Tausenden zählte, habe die Gesamtmitgliederzahl im letzten Jahre kaum 2000 betragen. Sehr bedauerlich seien die Massenaustritte aus den Wahlvereinen, bei denen sich nicht weniger als 6000 Mitglieder abgemeldet haben. Die Ausgetretenen gingen der Partei meist auch als Wähler verloren. In einer ganzen Reihe von Ortschaften habe sich das Verhältnis der Organisierten zu der Zahl der sozialdemokratischen Wähler noch erheblich verschlechtert. Auch die Kassenverhältnisse seien recht unbefriedigend. Die größten Vororte im Kreise, wie Wilmersdorf und Charlottenburg, nähmen zwar ständig an Einwohnern zu, der Zuwachs käme aber lediglich den bürgerlichen Parteien zugute; die Position der Sozialdemokraten in diesen Orten werde immer schwächer. Nur in 74 von 467 Ortschaften ständen der Partei Versammlungslokale zur Verfügung.

Diese Darstellung, die aus dem Bericht des „Vorwärts" zusammengeschneidert worden ist, ist ein Nonplusultra an Vergewaltigung der Tatsachen!

Da soll die Mitgliederzahl des Zentralwahlvereins 1907 nur 2000 — zweitausend! — betragen haben. In Wirklichkeit betrug sie, wie ganz unmißverständlich im „Vorwärts"-Bericht, also der Quelle der „Volks-Zeitung", zu lesen stand, gerade zehnmal soviel, nämlich 20 373 gegen 18 377 im Jahre 1906. Das der Rückgang der Sozialdemokratie in Teltow-Beeskow! Es schieden aus dem Wahlverein 6000 Mitglieder aus, aber es traten 8000 neu ein — diese 8000 unterschlägt aber einfach der Skribifax der „Volks-Ztg." Der „Rückgang" der Sozialdemokratie trat auch in der Verbreitung des „Vorwärts" zutage: er betrug 1906 nur 24 355, 1907 aber 28 355 Abonnenten. Und so weiter!

Die bürgerliche Presse ist also bös aufgesessen. Der Teil von ihr, der es mit der Wahrheit genauer nimmt, sollte doch der betreffenden Korrespondenz zu verstehen geben, daß sie ihre Berichte da ablagern sollte, wohin sie gehören: in den Organen des Reichslügenverbandes! —

## Sächsischer Wahlrechtsjammer.

Die Wahlrechtsvorlage der sächsischen Regierung ist bekanntlich einer besonders gebildeten Wahlrechtsdeputation überwiesen worden, die aus 23 Mitgliedern besteht, eine für den sächsischen Landtag außerordentliche Kommissionsstärke. Aber die große Zahl der Wahlrechtsköche scheint den Beratungen nicht zum Vorteil zu gereichen. Großes Vertrauen ist der Deputation, in der sich die konservativen Wahlrechtsfeinde die Mehrheit gesichert haben, ja von Anfang an nicht entgegengebracht werden, direktes Mißtrauen aber machte sich stark fast allerwärts bemerkbar, als beschlossen wurde, bis auf weiteres **geheim zu verhandeln.** Seitdem hat die geheime Deputation etwa 15 Sitzungen abgehalten. Man müßte annehmen, daß nunmehr endlich etwas zustande gekommen, etwas beschlossen wäre. Aber nichts von alledem. Die schon gekennzeichnete Geheimhaltung verhindert zwar, sich ein völlig übersichtliches und klares Bild über die Verhandlungen zu machen; es ist aber doch soviel aus dem reaktionären Dunkel der Deputation herausgedrungen und in die bürgerliche Presse gelangt, daß es schon möglich ist, zu erkennen, wie trostlos verfahren die Dinge in der Wahlrechtsdeputation sind.

Die bis jetzt gefaßten Beschlüsse sind prinzipieller Natur und lassen gerade deshalb die erzreaktionären Absichten der bürgerlichen Mehrheit, besonders der Konservativen erkennen. Wohl in zehn Sitzungen soll man darüber diskutiert haben, auf welche Weise man am besten den kapitalistischen Parteien durch Zuteilung von Zusatzstimmen das Uebergewicht sichern soll; unausgesetzt soll sich die Diskussion darum gedreht haben, wie man das mit den Pluralstimmen einzurichten hat, damit sie nur den bürgerlichen Parteien und nicht zum Teil auch der Sozialdemokratie zugute kommen. Bei diesem Bemühen soll sich die bürgerliche Mehrheit für eine große Anzahl Zuschlagsstimmen entschieden haben, die vorwiegend auf Grund des Einkommens, der Ansässigkeit, der Bildung, der wirtschaftlichen Selbständigkeit usw. erteilt werden sollen. Es soll übrigens die Absicht bestehen, in derselben Weise, wie über das Pluralwahlrecht verhandelt worden ist, über das **Berufswahlrecht** zu diskutieren und zu beschließen. So beabsichtigt man offenbar, alle Wahlsysteme zu diskutieren.

Bei diesem Treiben in der Wahlrechtsdeputation ist es kein Wunder, daß immer häufiger die Ansicht auftaucht, es sei der konservativen Mehrheit nur um eine Verschleppung der Wahlrechtsreform zu tun. Ja, das Mißtrauen ist so stark, daß sogar konservative Blätter, wie das „Chemnitzer Tageblatt", das langsame Vorschreiten der Verhandlungen in der Wahlrechtsdeputation als sehr bedenklich bezeichneten. Daraufhin hat zwar die Regierung versucht, dem starken Unbehagen, das sich auch in bürgerlichen Kreisen zeigt, durch Beruhigungspillen beizukommen; aber die Art, wie sie betonte, sie werde gegebenenfalls auf eine Beschleunigung der Wahlrechtsreform dringen, zeigt nur, daß sie selbst kein rechtes Zutrauen hegt.

Die Dinge liegen in Wirklichkeit wohl so: Die Konservativen möchten am liebsten die ganze Wahlrechtsreform unmöglich machen, denn sie befürchten von jeder Wahlrechtsänderung eine Schwächung ihres Besitzstandes. Mit Recht sind sie der Ansicht, daß ihnen kein Wahlrecht so günstig ist, wie das Dreiklassenwahlrecht. Sie geben sich jetzt den Anschein großer Geschäftigkeit in der Wahlrechtsdeputation, trachten aber offenbar danach, die Sache in den Sand zu schieben. Etwas anders betrachten die Nationalliberalen die Sache, die eine Vermehrung ihres Besitzstandes von einer Wahlrechtsreform in Wirklichkeit von einem neuen Wahlunrecht hoffen. Die Konservativen aber haben die Mehrheit. Wenn sie bisher mit ihren wahlrechtsreformfeindlichen Absichten noch nicht offen herausgerückt sind, so deshalb, weil sie nicht offen mit der Regierung anbinden wollen und von einer etwaigen Landtagsauflösung der Wahlrechtsreform wegen trotz des Dreiklassenwahlrechts das schlimmste erwarten. Dies Bedenken nur hält die Konservativen in Schach. Sie geben aber die Hoffnung nicht auf, daß durch Hinausschieben der Wahlrechtsreform für sie noch alles gerettet, das heißt das Dreiklassenwahlrecht erhalten werden könnte! —

## Ein christlichsoziales Blatt billigt den Fürstenmord.

Das christlichsoziale „Vorarlberger Volksblatt" (das Organ des Abgeordneten Dr. Drexel), beurteilt die Ereignisse in Portugal folgendermaßen:

. . . „Den Abschluß der revolutionären Bewegung bildet somit ein blutiger Fürstenmord. Gewiß, jeder Mord, auch der Tyrannenmord, ist ein Verbrechen. Aber im vorliegenden Falle waren die Mörder die Diener der öffentlichen Meinung und der empörten Stimmung des Volkes. Das portugiesische Königshaus wurde von einer schier gerechten Strafe ereilt. . . . Der Mord und die Mörder an sich sind zu verdammen — aber, aber das Volk hat gesprochen. „Des Volkes Stimme ist Gottes Stimme!" Das Gericht des Volkes in seiner Begründung läßt sich vollauf verstehen."

Der Leipziger Gesinnungsgenosse des österreichischen antisemitischen Abgeordneten, Herr Theodor Fritsch, der es ein „gutes Werk" nannte, wenn jemand Bebel, Singer oder Stadthagen „spieße", weil die Sozialdemokratie nicht Tränenströme über den Tod des portugiesischen Königs vergoß, kann jetzt seinen „Hammer" auf das Haupt seines Gesinnungsgenossen niederschmettern lassen, der den Königsmord eine „gerechte Strafe" nannte! —

## Es hat nicht sollen sein!

Das Strafverfahren, das gegen den Genossen Adolf Hoffmann wegen Beleidigung des preußischen Landtages, Verächtlichmachung bestehender Staatseinrichtungen, öffentlicher Beleidigung und anderer Kleinigkeiten im Vorverfahren eingeleitet war, ist, wie der Staatsanwalt dem hartgesottenen Sünder unterm 8. Februar mitteilt, eingestellt worden. Schade, er hätte so gern erfahren, wie es ihm möglich war, den preußischen Landtag verächtlich zu machen. —

**Die Kultusdebatte der badischen Kammer** gab der sozialdemokratischen Fraktion Veranlassung, die Frage der Trennung der Kirche und des Staates zu behandeln. Genosse Lehmann erklärte die Gründe der Ablehnung der geforderten Erhöhung der Pfarrergehälter durch einen Staatszuschuß und verwies die notleidende Geistlichkeit auf die Verbesserung der Kirchensteuer und auf die Verschärfung der Gebühren für kirchliche Funktionen. Der andere Weg leide an der Unehrlichkeit, das Volk zu täuschen über die wahre Höhe seiner Besteuerung für religiöse Zwecke. Die Sozialdemokratie lehnte dementsprechend die Dotation ab. —

## „Die Sozialdemokratie hat uns auf den Schwung gebracht!"

Am Sonntag fand in Hamm der märkische Parteitag der Zentrumspartei für die Wahlkreise Hamm-Soest, Dortmund-Hörde, Bochum-Gelsenkirchen, Altena-Iserlohn und Hagen-Schwelm statt. Der Parteisekretär Böhm redete über die Organisation. Dabei sagte er:

„Wie im Heere, so muß es auch in einer Organisation Führer, Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften geben. Das ist notwendig, denn die beste Sache läßt sich nicht durchsetzen, wenn sie mangelhaft vertreten ist. Die Sozialdemokratie hat den Parteien gezeigt, was organisieren heißt, **und sie hat auch uns auf den Schwung gebracht."**

Das stimmt allerdings. Die eigentliche Zentrumsorganisation, der Volksverein für das katholische Deutschland, ist gegründet worden im Jahre 1890, nach dem Fall des Sozialistengesetzes und nach dem großartigen Wahlsieg der Sozialdemokratie — und der Volksverein entstand, wie offen bekannt wird, zu dem Zweck, die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Auch die übrige Organisationstätigkeit des Zentrums: die Gründung der christlichen Gewerkschaften, der Ausbau der Arbeiter- und Jugendvereine, ist auf die Abwehr der Sozialdemokratie zurückzuführen, und so hat allerdings der ultramontane Parteisekretär recht: „Die Sozialdemokratie hat das Zentrum auf den Schwung gebracht." Ohne die Sozialdemokratie würde das Zentrum in seiner gemächlichen Ruhe verharren und sich den Teufel um seine Wähler scheren.

Wie gut übrigens das Zentrum von den Sozialdemokraten gelernt hat, beweist die Mitteilung des ultramontanen Parteisekretärs, daß der Volksverein in Gelsenkirchen-Stadt und -Land nicht weniger als 1000 Vertrauensleute hat und daß in Altena-Iserlohn auf acht Zentrumswähler ein Vertrauensmann kommt. Hier könnte allerdings wieder die Sozialdemokratie vom Zentrum lernen und es würde nicht schaden, wenn an manchen Orten die Sozialdemokratie sagen könnte, daß das Zentrum uns „auf den Schwung gebracht" hätte. —

**Die Verfassungsfrage** wird gegenwärtig in den Reichslanden lebhaft besprochen. Die Sozialdemokraten Elsaß-Lothringens wünschen selbstverständlich eine vollständige Autonomie des Landes unter einer republikanischen Regierung, während die bürgerlichen Kreise sich einen Regenten oder eine Dynastie wünschen. Interessant ist es, wie ein elsässischer Zentrums-Reichstagsabgeordneter, Dr. Vonderscheer-Straßburg, über diese Frage denkt. Der „Petit Parisien" veröffentlicht ein Interview dieses Reichstagsabgeordneten, in dem es unter anderem heißt:

„Da er an eine Erfüllung der ihm am meisten sympathischen Forderung einer Republik nicht glaubt, sieht Vonderscheer wenig Vorteil für Elsaß-Lothringen aus einer jetzt erfolgenden Verfassungsrevision. Wenn man wenigstens einen von Preußen unabhängigen süddeutschen Prinzen auf den Thron setzen würde. Da man aber einen hohenzollernschen oder norddeutschen Prinzen wählen wird, so würden die elsaß-lothringischen Stimmen im Bundesrat einfach eine Verstärkung des an sich schon übermächtigen Preußens bedeuten. Elsaß-Lothringen hätte dann keinen Vorteil, als den einer großen Zivilliste und einer noch teureren Regierung, als der jetzigen. Ist unter solchen Umständen die Verfassungsänderung wirklich wünschenswert? Daran könne man zweifeln und Vonderscheer glaubt, daß es besser wäre, Elsaß-Lothringen bleibt, was es ist und wartet die Ereignisse ab."

**Das Wahlkuvert bei den Gemeinderatswahlen.** Die Zentrumsfraktion des elsaß-lothringischen Landesausschusses hat einen Antrag eingereicht, nach dem bei den Gemeinderatswahlen zur Abgabe der Stimmzettel Wahlkuverts ähnlich wie bei den Reichstagswahlen zu verwenden sind. —

## Kommunalwahlen nach dem Proporz.

Es ist ein gewisses System der bürgerlichen Parteien, in Körperschaften, in denen die Majorität der Vertreter Sozialdemokraten sind, das Wahlgesetz derart umzugestalten, daß die Minorität durch das Proporzwahlsystem einige Sitze zufallen müssen. Auch im „liberalen" Staate Oldenburg kam auf Betreiben der Delmenhorster Stadtverwaltung das genannte Wahlsystem für die Kommunen zur Einführung. Aber leider nicht obligatorisch, sondern es ist den Kommunalverwaltungen freigestellt, es anzuwenden. Es kam vorige Woche zum ersten Male in Delmenhorst zur Anwendung. Mit dem Erfolg können wir zufrieden sein. Neben unserer Kandidatenliste waren eine Zentrumsliste und zwei weitere bürgerliche Listen eingereicht worden. Auf unsere Liste entfielen 883 bis 886 Stimmen; die Zentrumsliste vereinigte 176 bis 177 Stimmen auf sich und die bürgerlichen Listen 391 bis 411 resp. 377 bis 384 Stimmen. Der Stimmenzuwachs betrug auf unserer Seite 109 Stimmen, auf bürgerlicher Seite dagegen nur 12, es entfallen demnach von den zu vergebenden 12 Sitzen 6 auf die Sozialdemokratie, 1 auf das Zentrum, 5 auf die übrigen „gepaarten" Parteien. Die Wahlbeteiligung betrug etwa 90 Proz.; von 2150 eingetragenen Wählern übten 1874 ihr Wahlrecht aus. — Die Wahlen zur Stadtgebietsvertretung (Gebiet außerhalb der eigentlichen Stadt), die gesondert stattfanden, brachten ein besseres Resultat, obwohl hier nur von 721 eingetragenen Wählern 437, also etwa 60 Proz., von ihrem Stimmrecht Gebrauch machten. Von den 437 Stimmen entfielen auf die sozialdemokratische Liste 301, auf die bürgerliche nur 136 Stimmen, so daß 7 Parteigenossen und 3 Blockbrüder gewählt sind. Da von den zuletzt Gewählten 3 Parteigenossen auch dem Gesamtstadtrat angehören, ziehen somit 9 Genossen ins Stadtparlament, aus dem sie einige Jahre verdrängt waren. Scheiden nach drei Jahren die jetzt noch amtierenden Mitglieder aus, dann wird unser Sieg ein vollständiger werden und in diesem Stadtparlament eine sozialdemokratische Mehrheit vorhanden sein. —

**Ein Fiasko des Zeugniszwangsverfahrens.** Der durch das Zeugniszwangsverfahren gegen den verantwortlichen Redakteur der Straßburger „Freien Presse", Genossen Max Schneider, in weiten Kreisen bekannt gewordene Beleidigungsprozeß des Holzhändlers Meyer gegen das Gemeinderatsmitglied Genossen Thomas in Bischweiler wurde nunmehr beendigt. Genosse Schneider war wieder als Zeuge geladen. Er verweigerte wie im ersten Termin die Auskunft über die Verfasserschaft des Artikels. Darauf wurde Genosse Thomas von der Anklage der Beleidigung freigesprochen. In der Urteilsbegründung führte das Gericht aus, daß zwar eine starke Vermutung bestehe, daß Thomas den Artikel geschrieben habe, daß aber infolge der Zeugnisverweigerung Schneiders ein Beweis hierfür nicht erbracht sei. —

# Frankreich.

## Die Karriere des sozialistischen Renegaten.

**Paris, 11. Februar.** Wie verlautet, hat die Regierung nunmehr beschlossen, den bisherigen Generalgouverneur von Madagaskar Augagneur zum Generalgouverneur von Indochina zu ernennen als Nachfolger Beaus, der den Gesandtschaftsposten in Brüssel erhält.

## Deutsch-französische Annäherung.

**Paris, 10. Februar.** In einer Versammlung französischer Kaufleute, in welcher der ehemalige Generalresident von Tunis René Millet den Vorsitz führte, wurde die Bildung einer französisch-deutschen Handelsorganisation beschlossen mit der ausdrücklichen Bedingung, sich nicht mit Politik zu befassen und lediglich für die Verbesserung der kommerziellen Beziehungen beider Länder zu arbeiten.

# Portugal.

## Die Forderungen der Republikaner.

**Lissabon, 11. Februar.** (B. H.) Die republikanische Zeitung „El Mundo" schreibt:

Alle Elemente der Bevölkerung sind geneigt, zur Ruhe und zum Frieden des Landes beizutragen, ohne daß die republikanische Partei ihre Grundsätze und Ansprüche beiseite setzt. Das Blatt wirft die Frage auf, ob die Regierung diese ausgezeichnete Gelegenheit zu benutzen versteht; die Regierung müsse alle Beamte verabschieden, welche die Bevölkerung gereizt hätten; sie müsse alle feindseligen Dekrete aufheben, eine weitgehende Amnestie bewilligen und bald die Cortes wahlen ansetzen, um den Willen des Volkes zu erforschen.

## Unentschlossenheit der Regierung.

**Lissabon, 11. Februar.** Der Ministerrat befaßte sich in seiner gestrigen Sitzung mit der Begnadigung der Meuterer des Kriegsschiffes „Vasco da Gama". Ein definitiver Beschluß wurde nicht gefaßt, da die Minister den Bericht des Staatsrates abwarten wollen. In politischen Kreisen wird behauptet, die Regierung beabsichtige eine Abänderung der Polizeiorganisation.

## Verhaftungen.

**Madrid, 10. Februar.** Nach Blättermeldungen sind in Lissabon drei Sergeanten und ein Gefreiter verhaftet worden, weil sie für einen künftigen Aufstand Waffen beiseite geschafft haben.

# England.

## Der Kampf um die Flottenvorlage.

**London, 11. Februar.** Das parlamentarische Zentrum der liberalen Parteien hat beschlossen, eine Protestnote an Sir Campbell Bannerman zu richten, worin Einspruch gegen jede Verringerung der Flottenbauten erhoben wird.

## Eine Demonstration.

**London, 11. Februar.** Beim Eintreffen König Eduards in Brighton, wo er einige Tage lang als Gast des Herzogs von

Zive sein wird, versuchten Sozialisten, eine Kundgebung zu veranstalten. Sie schickten sich an, dem königlichen Wagen zu folgen und ein Meeting zu inszenieren, wurden jedoch von der Polizei zerstreut.

## Rußland.

### Ein neuer Staatsstreich?

**Paris**, 11. Februar. Der Petersburger Korrespondent des „Petit Parisien" berichtet, es gehen neuerdings mit großem Nachdruck Gerüchte um, daß, wenn die Duma, wie es wahrscheinlich sei, sich weigern werde, die Marinekredite zu bewilligen, sie aufgelöst werden würde, wie dies bei den beiden vorherigen Dumas der Fall gewesen sei. Nach dieser Auflösung würde keine neue Duma mehr einberufen werden; Stolypin würde sich dann zurückziehen und einer reaktionären Regierung Platz machen, an deren Spitze Akimow und Durnowo stehen würde.

## Bulgarien.

### Gutgemachte Maßregelung.

**Sofia**, 10. Februar. Durch Verfügung des Unterrichtsministers erhielten alle von der früheren Regierung neuernannten Universitätsprofessoren den Abschied und wurden durch die im Vorjahre wegen der Studentendemonstrationen gemaßregelten Professoren ersetzt.

## Amerika.

### Vom Wettrüsten.

**Washington**, 10. Februar. Der Ausschuß des Repräsentantenhauses für Marineangelegenheiten befürwortete außer dem Bau von zwei Schlachtschiffen der Delaware-Klasse den Bau von 10 Torpedobootzerstörern sowie acht Unterseebooten. Insgesamt wurden für das Etatsjahr 101 Millionen Dollars für Marinezwecke bewilligt.

# Gewerkschaftliches.

## Berlin und Umgegend.

### Wirrwarr!

Die ehemaligen „Lokalisten" scheinen jetzt völlig versprengt. Wieviel Anhänger in der anarcho-sozialistisch-syndikalistischen Gewerkschaftsform sich noch zusammengefunden haben, vermögen wir zurzeit nicht festzustellen, weil uns bis zur Stunde die letzte Nummer der „Einigkeit" noch nicht zugegangen ist. Wir vermuten, daß dies kein bloßer Zufall ist und haben Sorge getragen, daß wir das Blatt auf anderem als dem bisherigen Wege erhalten.

Die Zerbröckelung des Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverbandes ist eine völlige. Die Kämpfe werden von beiden Seiten mit allen Mitteln geführt. Wir haben schon mitgeteilt, daß Wiesenthal den Redakteur Schonheim des „Deutschen Metallarbeiters" und den Kassierer Wiesner ihrer Aemter entsetzte. Das geschah, nachdem Wiesenthal selbst von einer Vorstandssitzung mit 8 gegen 4 Stimmen seiner Funktionen als Geschäftsleiter enthoben war. Jede Seite der Streitenden hat also die andere „abgesetzt".

Vorläufig ist Wiesenthal der „Mächtigere"; denn er hat die Zeitung und das Verbandsvermögen in seine Hände zu bringen gewußt. Wie das geschah, schildert ein Flugblatt, das von dem — sogen wir „syndikolistischen" — Splitter des zersplitterten „Allgemeinen" Verbandes herausgegeben wurde.

Der Verein Berlin hatte bis dato ein Vermögen von 20 500 M. auf der Deutschen Bank angelegt. Giranten desselben waren Moritz, Kassierer, Zedler, Vorsitzender, und Güdde, Schriftführer des Vereins. Das Scheckbuch befand sich im Gewahrsam des Kassierers Moritz, der auf Wiesenthals Seite steht. In einer der letzten Vereinsvorstandssitzungen wurde dem Vereinsvorstand der Auftrag zuteil, 7000 M. zwecks Regelung verschiedener Ausgaben abzuheben. Zedler unterschrieb als Girant, wie bisher üblich, am 23. Januar ein Blanko-Akzept, das der Kassierer Moritz anstatt mit der beschlossenen Summe von 7000 M. zu versehen mit 20 400 M. ausfüllte. Diese Summe hob er bereits am Montag, den 27. Januar, ab, ohne den anderen Giranten eine Mitteilung davon zu machen. Am 30. schöpfte Zedler Verdacht, daß mit seiner Blanko-Unterschrift Mißbrauch getrieben sei und ging zur Bank. Dort wurde ihm die Mitteilung, am anderen Tage wiederzukommen. Am folgenden Tage, den 31., erfuhr Zedler auf der Bank den nackten Tatbestand, daß 20 400 Mark von Moritz abgehoben und nur 112 M. noch vorhanden seien.

Inzwischen hatte das „Wiesenthal-Kollegium" (Ausdruck des Flugblattes) von einzelnen Maßnahmen seiner Gegenpartei Kenntnis erhalten und so kam es, daß der Vereinsvorsitzende Zedler, als er am Sonnabendnachmittag sein Bureau aufsuchte, von Moritz aus demselben hinausgewiesen wurde. Zedler leistete dem erklärlicherweise mit Hinweis auf seine Eigenschaft als Vorsitzender des Vereins, der das Bureau gemietet habe und mit weiterem Hinweis auf seine geschäftliche Tätigkeit keine Folge, und so sprang sofort der gleichfalls im Bureau anwesende Wiesenthal für Moritz ein und ließ die Polizei holen, die dann Zedler entfernte.

Damit war diese, je nachdem man will, lustige, besser gesagt aber traurige Komödie in der Arbeiterbewegung nicht zu Ende. Die Syndikalisten machten gegen Wiesenthal und Moritz Anzeige wegen Veruntreuung der 20 400 M. Wiesenthal war aber wieder der raschere gewesen. Er verließ das Polizeipräsidium, wo er, um ein Einschreiten der Behörde zu verhindern, „Aufklärung" über die Vorfälle gegeben hatte, schon in dem Augenblicke, als seine Gegner dasselbe zwecks Erstattung der Anzeige betraten. Da das abgehobene Geld nicht angegriffen, sondern nur anderwärts deponiert ist, dürfte auch der Staatsanwalt kaum Arbeit bekommen, sondern höchstens der Zivilrichter.

Am Sonntag fand nun in Dräsels Festsälen eine Generalversammlung des Allgemeinen Metallarbeiterverbandes statt, in der sich — wenn es nicht zu einer geschlossenen Einigung der Rohrleger mit dem Metallarbeiterverband kommt — eine dritte Absplitterung vorbereitete. Die Generalversammlung, in der zunächst Wiesenthals Gegner statutenmäßig Anspruch auf die Leitung machten, kam wegen Lärmens zur Auflösung. Damit hatte aber Wiesenthal gerechnet, der sofort eine neue, rechtzeitig vorher angemeldete Versammlung eröffnete und das Bureau mit seinen Freunden besetzte. Auch diese Versammlung mußte später abgebrochen werden, weil sie solange tagte, daß sie das Feld resultatlos einer anderen Gesellschaft räumen mußte, an die der Saal vermietet war.

In der zweiten Versammlung — und das scheint uns das wichtigste — wurde nun die folgende Resolution eingebracht:

Die heute, den 9. Februar 1908, in Dräsels Festsälen tagende Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Metallarbeiter-Verbandes, des Vereins Berlin, nimmt Kenntnis von der Verwirrung und den Zerwürfnissen innerhalb unserer Organisation, da dieselben so schwerwiegender Natur sind, daß ein verständiger und gütiger Ausgleich innerhalb des Gesamtverbandes ausgeschlossen erscheint. Da die Rohrleger und Helfer Berlins und Umgegend aber als große Gruppe des Verbandes in diesem Jahre bei Kündigung des Tarifverhältnisses durch die Uneinigkeit arg in Mitleidenschaft gezogen werden, ja sogar die Gefahr besteht, daß diese Branchenorganisation vollständig aufgerieben wird, beantragen die Unterzeichnten, heute in der Generalversammlung eine fünfgliedrige unparteiische Kommission, also von nicht in Funktionen sich befindenden oder befunden habenden Kollegen zu wählen, welche mit der uns am nächsten stehenden Organisation, dem D. M. A. V. im Namen des Vereins Berlin zwecks günstiger Uebertrittsbedingungen in Verbindung tritt. Wir ersuchen speziell die Rohrleger und Helfer, im Interesse unserer Branche sich diese Resolution zu ihrer eigenen zu machen. Es ist dies um so notwendiger, da der großen vereinigten Kapitalistenmasse eine große vereinigte Arbeitermasse gegenüber gesetzt werden muß, was wohl jeder von uns in letzter Zeit als notwendig kennen zu lernen Gelegenheit hatte. Auch als Sozialdemokraten haben wir die Pflicht, die Einheitsorganisation der Gewerkschaften durch Anschluß an dieselbe fördern zu helfen.

Wie wir erfahren, ist die Anzahl der Rohrleger, die hinter dieser Resolution stehen, so stark, daß damit die Beherrschung des Rohrlegergewerbes durch die hinter Wiesenthal stehende Gruppe in Frage gestellt ist. Damit wäre eine etwa beabsichtigte selbständige Rohrlegerorganisation ebenso dem Zerfall überliefert, wie die daneben bestehende syndikalistische Gruppe. Die Organisation, die sich den stolzen Namen „Allgemeiner Metallarbeiterverband" zulegte, teilt also schnell das Schicksal derer um Kater.

Zum Segen für die deutsche Arbeiterbewegung, die eine ernste Sache und keine Komödie ist!

### Lohnabzüge in der A. E. G.

In einer am Sonntag im Swinemünder Gesellschaftshaus abgehaltenen sehr zahlreich besuchten Versammlung nahmen die Arbeiter und Arbeiterinnen der Wickelei und Isolierabteilungen der A. E. G., Brunnen- und Voltastraße, Stellung zu den in allen Abteilungen vorgenommenen Abzügen. Der Branchenleiter Bartke wies in seinem Referate nach, daß die Interesselosigkeit der Arbeiter dieses Betriebes an den Organisationsarbeiten ihrer Branchenkollegen zum großen Teil schuld sei an den jetzt unhaltbaren Zuständen. Nach der letzten verunglückten Maifeier glaubten dieselben ihren Interessen am besten durch unerhörte Ueberstundenschieberei zu dienen. Auch mache die Zerrissenheit der Organisierten in verschiedene Verbände wie Transport-, Fabrikarbeiter- und andere Verbände ein einheitliches und schnelles Handeln fast unmöglich. In der sehr regen Diskussion stellte sich heraus, daß die Firma ihre Konkurrenzfähigkeit mit der Erniedrigung der bisherigen Stundenverdienste ermöglichen will, was einer modernen, sich liberal geberdenden Firma nicht zur Ehre gereicht. Auch wurde der Nachweis erbracht, daß die Abzüge zum großen Teil die Firma selbst am schwersten schädigen, da bei den jetzigen Preisen schon die äußersten Anstrengungen gemacht werden müssen, um eine zuverlässige Arbeit liefern zu können. Die früher übliche Sauberkeit und Gediegenheit ist bei den ständigen Abzügen nicht mehr möglich, zum Schaden für das Renommee der Firma. Auch wurde moniert, daß der Gewerbeinspektor eine Neuerung im Verlöten, nicht, wie man erwarten konnte, im Betriebe, sondern außerhalb des Betriebes besichtigt hat, was das Vertrauen zu diesem Beamten nicht fördern kann. Es wurde beschlossen, in allen Abteilungen, in denen Abzüge vorgenommen sind oder werden, alle Instanzen durchzugehen, um die geplanten Abzüge rückgängig zu machen. Die Arbeiter warten die Verhandlungen ab und werden sich vorbehalten, welcher Weg einzuschlagen ist. Man sah es den verbitterten Gesichtern an, daß es ihnen Ernst ist mit der Abwehr der Verschlechterungen.

## Deutsches Reich.

### Der Reichsverband und die Gelben

sind eifrig an der Arbeit. In Magdeburg sind innerhalb der letzten 14 Tage zwei neue sogenannte „Werkvereine" gegründet worden, für den Betrieb der Firma Otto Gruson u. Co. und für die Maschinenfabrik Buckau A.-G. Damit bestehen in Magdeburg fünf gelbe „Arbeiter"vereine und außerdem noch der Verein reichstreuer Arbeiter, der offiziell zu dem Reichsverband in nahen Beziehungen steht. Am Sonnabend sprach der Herausgeber des gelben Blattes „Bund", Herr Rudolf Lebius, im Arbeiterverein des Krupp-Grusonwerks über „Unsere moderne (!) Arbeiterbewegung". Erheiternd wirkte seine Erklärung des Begriffes „modern". Die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften seien altmodisch, dagegen repräsentierten die „gelben" Werkvereine die moderne Arbeiterbewegung, da sie sich den Verhältnissen anzupassen wüßten. Eine hübsche Umschreibung für den Ausdruck „Streikbruch!" — Der Reichsverband richtet gegen Ende dieses Monats einen auf vier Wochen berechneten Kursus zur Ausbildung von Rednern in Magdeburg ein, zu dem „national gesinnte Männer aus allen Ständen und Berufen" herangezogen werden sollen, insbesondere Arbeiter und Handwerker, die bereits einige Wortgewandtheit besitzen, denen es aber an geistigem Rüstzeug und Schulung fehlt! Der Lehrplan sieht so aus: 1. Arbeiterrecht auf Grund der Gewerbeordnung. 2. Die Entwickelung der deutschen politischen Parteien (Geschichte, Taktik und Ziele der Sozialdemokratie). 3. Heer und Flotte. 4. Handwerks- und Mittelstandsfragen. 5. Kolonialpolitik. 6. Redekunst, parlamentarische Ordnung und praktische Agitation. 7. Arbeiterverhältnisse des In- und Auslandes. Besonders werden auch die Arbeitgeber gebeten, geeignete Teilnehmer namhaft zu machen. Der Reichsverband, der in Magdeburg einen Generalsekretär namens Leufen angestellt hat, will jetzt mit Gewalt die Sozialdemokratie vernichten. In den letzten Tagen überschwemmte er ganz Magdeburg, besonders abhängige kleine Handwerker und Kleinkrämer mit seinen Drucksachen, in denen er zum Beitritt aufforderte, wobei er als Lockmittel prahlerisch seine „Erfolge" hervorhob. Daß charaktervolle Leute nichts mehr mit ihm zu tun haben wollen, hat er allerdings nicht verraten! —

**Für Metallarbeiter ist bei Annahme von Arbeit darauf zu achten, daß jetzt bestimmte Firmen Leute einstellen, um Lohndrückerei vornehmen zu können. Aus dem Grunde und anderen Ursachen bestehen Differenzen in Roßleben: Maschinenfabrik und Eisenwerk Roßleben, Aktiengesellschaft in Suhl und Heinrichs bei Suhl, Simson u. Co., Waffenfabrik, Kriegsfahrzeug- und Fahrradwerke; in Schönebeck a. E.: Metallindustrie und Fahrradfabrik Weltrad.**

**In obigen Werken kann kein solidarisch gesonnener Metallarbeiter Arbeit annehmen.**

**Achtung, Zimmerer! In Hagen i. W. haben in der Fabrik von Funke u. Huck sämtliche Zimmerer wegen Reduzierung des Stundenlohnes um 4 Pf. die Arbeit eingestellt. In Betracht kommt noch, daß die Firma bisher schon 2 Pf. unter dem tarifmäßigen Lohn von 51 Pf. pro Stunde zahlte. Da die Fertigstellung der Arbeit drängt, versucht die Firma von außerhalb Zimmerer heranzuziehen und ist dieserhalb der Zuzug von Zimmerern nach Hagen streng fernzuhalten.**

## Ausland.

**Die amerikanischen Kohlengräber** haben zwei starke Organisationen, die United Mine Workers of Amerika und die Western Federation of Miners. Die erste ist die stärkste und gehört dem amerikanischen Arbeiterbunde — American Federation of Labor — an. Die zweite war bisher die Hauptstütze der International Workers of the World, eines Arbeiterbundes mit sozialistischen Tendenzen, der gegründet wurde als Gegengewicht gegen die American Federation of Labor, aber zu keiner Bedeutung gelangte. Zwischen den beiden Organisationen der Kohlengräber wird es voraussichtlich bald zu einer Verbindung kommen, denn die Führer treten eifrig für ein Zusammengehen ein. John Mitchell, der seit 10 Jahren die United Mine Workers leitete (er ist kürzlich krankheitshalber zurückgetreten) und großes Ansehen genießt, empfiehlt die Verbindung als sehr wünschenswert und notwendig. Auf der 19. Jahreskonferenz, die die United Mine Workers jüngst in Indianopolis abhielten, wurde gezeigt, wie dieser Verband seit 1897 gewachsen ist. Damals war die Zahl der Mitglieder nur 9731, die im Jahre 1907 auf 263 726 gestiegen war. Im letzten Jahr war die Zunahme allein 35 905. Das feste Vermögen des Verbandes, das als Kriegsfonds bereit liegt, beträgt 900 000 Dollar. Die Organisationsarbeit ist unter den Kohlengräbern eine schwere und erfordert viel Umsicht und Menschenkenntnis. Da sind alle Nationen der Erde vertreten und die Leitung muß Agitatoren in allen Sprachen heranbilden, um das Gewerkschaftsprinzip zu propagieren und die Leute zum Anschluß an den Verband zu bewegen. Durch ihre starke Organisation haben die Kohlengräber manchen guten Erfolg errungen. Seit 1898 sind — nach Mitchells Tabellen, die er der Konferenz in Indianopolis vorlegte — die Löhne um etwa 70 Proz. in die Höhe gegangen und die Arbeitszeit ist in vielen Distrikten von 10 auf 8 Stunden verkürzt worden. Der Einfluß der Sozialisten ist nicht sehr stark in diesem Verbande, obgleich mancher wichtige Posten von Sozialisten besetzt ist. In der Western Federation — dem Bunde der Kohlengräber der Weststaaten mit etwa 100 000 Mitgliedern — haben sie dagegen sehr großen Einfluß gewonnen. Haywood, ein Führer dieses Bundes, der kürzlich in dem bekannten Prozeß zu Idaho von der Anklage der „Verschwörung" freigesprochen wurde, ist Sozialist. Er erschien auf der Konferenz des Bruderbundes in Indianopolis und hielt dort eine Rede zugunsten der Vereinigung beider Verbände. — Man brachte Haywood eine große Ovation dar und beglückwünschte ihn zu seinem Sieg im Prozeß zu Idaho. Durch diesen Prozeß, der von der ganzen Arbeiterschaft aufmerksam verfolgt wurde, ist Haywood zu einer nationalen Berühmtheit gelangt. In der sozialistischen Partei spricht man davon, ihn für die Präsidentenwahl im Herbst d. J. als Kandidaten aufzustellen, umsomehr, als er gerade in Gewerkschaftskreisen sehr populär ist.

### Kongreß der italienischen Eisenbahner.

Die geeinigte Organisation der italienischen Eisenbahner hat vom 29. Januar bis zum 4. Februar in Rom ihren zweiten Kongreß abgehalten. Von den 57 Sektionen des „Syndikats der Eisenbahner" waren 48 durch 60 Delegierte vertreten. Aus dem am vorletzten Tage abgegebenen Rechenschaftsbericht des Vorstandes geht hervor, daß diese Gewerkschaft zurzeit 33 500 zahlende Mitglieder zählt, ein Jahreseinkommen von 183 145 Lire hat, dem eine Ausgabe von 181 700 Lire gegenübersteht, und einen Kassenfonds von 48 667 Lire. Das Gewerkschaftsblatt, „Tribuna dei Ferrovieri", das alle vierzehn Tage erscheint, kostete im letzten Jahre 28 000 Lire und ergab an Einnahmen, da es den Mitgliedern kostenlos zugestellt wird, nur 423 Lire.

Aus den Verhandlungen des Kongresses sei die mehrtägige Diskussion über den Bericht des Zentralkomitees hervorgehoben, die den mißglückten Generalstreik vom Oktober 1907 betraf. Der Referent, Genosse Bielanovida, versuchte das Verhalten des Zentralkomitees bei dieser Gelegenheit zu rechtfertigen und vertrat die Ansicht, daß die Eisenbahnerorganisation nicht stark genug sei, um einen Generalstreik gegen die Regierung siegreich durchzuführen. Auch Rigola und Quarlino, als Vertreter der Konföderation der Arbeit, geben Erklärungen ab, um das Verhalten der Konföderation zu verteidigen. Der infolge des Mailänder Streiks gemaßregelte Eisenbahner Ercole berichtete, daß den Mailänder Eisenbahnern der Streik von den Reformisten aufgezwungen worden sei. Als Redner sich gegen den Streik aussprach, hätten ihn die Reformisten angeschrien: „Ihr seid Verräter, wenn Ihr nicht streikt!" Nachher hätten dann gerade die Reformisten die Eisenbahner im Stich gelassen. Nach langer, heftiger Diskussion wurde mit 36 gegen 23 Stimmen, bei einer Stimmenthaltung, eine Tagesordnung angenommen, die das Abstehen vom Streik billigt und das Verfahren der Konföderation tadelt, die die Tagesordnung gegen den Streik unter Umgehung der Eisenbahner direkt der Presse mitteilte. Gegen dieses Votum stimmten die Syndikalisten, die eine Tagesordnung vorgelegt hatten, in der dem Zentralkomitee wegen seines Verhaltens im Oktober Mißbilligung ausgesprochen wurde.

Auch in der Frage der Taktik der Organisation behielten die Integralisten die Oberhand und brachten, gegenüber der antiparlamentarischen Tagesordnung der Syndikalisten, eine Tagesordnung zur Annahme, die unter der Betonung des Prinzips des Klassenkampfes der Gewerkschaft von Fall zu Fall die Wahl der Kampfmethode freistellt.

In bezug auf das Memorial, das die Eisenbahner am 1. Mai der Staatsbahndirektion vorlegen werden und mit dessen Ausarbeitung eine Kommission beschäftigt ist, wurde einstimmig beschlossen, die Wiedereinstellung der gemaßregelten Eisenbahner als erste Bedingung aufzustellen.

Ferner wurde beschlossen, den Sektionen den Beitritt zu den Arbeitskammern zur Pflicht zu machen und das Eisenbahnersyndikat an die allgemeine Konföderation der Arbeit anzuschließen.

# Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Die französische Schlappe.

**Paris**, 11. Februar. (W. T. B.) Der „Agence Havas" wird aus Mediouna vom 4. Februar telegraphiert:

Die Kolonne des Oberst Boulegourd, die am 2. Februar ein Gefecht hatte, war, ohne Widerstand zu finden, bis 23 Kilometer von Taouet vorgedrungen, hatte ein Dorf besetzt und ungefähr 4000 Stück Vieh weggenommen. Das Gros der Abteilung rückte dann gegen eine ansehnliche Häusergruppe vor, welche sie in Brand steckte, als Marokkaner in großer Menge herankamen und die an Zahl schwächere Kolonne umzingelten. Das zur Bewachung der Viehherde zurückgelassene Detachement eilte zur Hülfe, die Jäger feuerten mehrere Male, und in diesem Augenblick wurde Leutnant Ricard umringt und getötet. Ein anderer Leutnant, der Kommandant der Mitrailleusenabteilung, befreite sich mit blanker Waffe. Als die Marokkaner die verlassene Herde sahen, führten sie dieselbe fort, indem sie vom Kampfe abließen, während die Kolonne Boulegourd sich staffelförmig bis Berreschid zurückzog. Die Marokkaner, welche an dem Kampfe teilnahmen, werden auf 3000 bis 4000 geschätzt und gehörten zu den Mzanozostämmen und zur Mahalla Hafids.

### Die englischen Wahlrechtskämpferinnen.

**London**, 11. Februar. (W. T. B.) Die Anhängerinnen des Frauenstimmrechts zogen heute vor das Parlament und versuchten, den Eintritt zu erzwingen. Zwölf Frauen wurden verhaftet.

**London**, 11. Februar. (W. T. B.) Die Anhängerinnen des Frauenstimmrechts, die heute vor das Parlament gezogen waren, versuchten später die Polizei zu überraschen und versteckten sich in den Gewerbehallen, um in den Sitzungssaal des Unterhauses einzudringen. Infolge ihrer Unfähigkeit, sich schnell genug vorwärts zu bewegen, hatte die Polizei jedoch Zeit, ihren Plan zu vereiteln. **54 Frauen wurden verhaftet.**

### Vom Schnellzug erfaßt.

**Breslau**, 11. Februar. (W. H.) Gestern abend wurde der Wagen des Mühlkutschers Sonnabend aus der Vinzenzmühle bei Canth kurz nach ½6 Uhr von einem von Breslau kommenden Schnellzug erfaßt. Der Wagen wurde vollständig zertrümmert, ein Pferd getötet und das andere so schwer verletzt, daß es getötet werden mußte. Der Kutscher erlitt so schwere Verletzungen, daß er in der Nacht im Krankenhause zu Canth starb. Der 42jährige Mann hinterläßt Frau und zwei Kinder.

Verantw. Redakt.: Georg Davidsohn, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

# Reichstag.

**98. Sitzung vom Dienstag, den 11. Februar 1908, nachmittags 1 Uhr.**

Am Bundesratstische: v. Bethmann-Hollweg.

Ein schleuniger Antrag Ablaß und Genossen (frs. Vp.) wegen Einstellung eines gegen den Abg. Dr. Potthoff (frs. Vg.) schwebenden Strafverfahrens wird debattelos angenommen.

Es folgt die dritte Beratung der **Brüsseler Zuckerkonvention** und des Protokolls über den Beitritt Rußlands zum Zuckervertrag sowie des Uebereinkommens mit Rußland über den Zuckerverkehr zwischen Deutschland und Rußland.

Damit verbunden wird die dritte Beratung des durch einen Antrag Bassermann abgeänderten Antrages Graf Schwerin-Löwitz: „Die Zuckersteuer wird vom 1. April 1909 ab auf 10 M. von 100 Kilogramm Reingewicht herabgesetzt, sofern bis dahin Gesetze zustande kommen, die eine Erhöhung der eigenen Einnahmen des Reiches um mindestens 35 Millionen Mark jährlich bezwecken. Kommen solche Gesetze erst nach dem 1. April 1909 zustande, so erfolgt die Herabsetzung der Steuer gleichzeitig mit deren Inkrafttreten.“

Abg. Dr. **Südekum** (Soz.): Am vorigen Freitag hat bei der zweiten Lesung des vorliegenden Gesetzentwurfes Graf Schwerin-Löwitz einige Aeußerungen getan, die nicht unwidersprochen bleiben dürfen. Er sagte, die Agrarier seien nunmehr diejenigen, welche für die Konsumenten die Preise verbilligen, während die Sozialdemokraten den Zuckerverbrauch verteuern. Außerdem fügte er hinzu, jetzt seien die Agrarier bereit, ein wichtiges Lebensmittel, den Zucker, prozentual viel mehr zu verbilligen, als sie vorher das Getreide und andere Lebensmittel verteuert hätten. Zuerst das letzte. Genau so gut wie ohne jede Rücksicht auf die Konsumenten, ohne jede Rücksicht auf das Volkswohl die Agrarier eine **ungemein gefährliche Verteuerung des Brotes und Fleisches** herbeigeführt haben, genau so gut treten sie jetzt für eine Verbilligung des Zuckers **ohne jede Rücksicht für die Konsumenten** ein, nämlich nur **in ihrem eigenen Interesse.** (Sehr wahr! bei den Sozialdem.) Wenn ihr eigenes Interesse nicht mitspielte, wenn ihr eigenes Interesse eine Verteuerung des Zuckers ihnen gutscheinen ließe, so würden sie sich nicht scheuen, eine Erhöhung der Zuckersteuer auf 50 und selbst 100 Mark zu fordern. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Dieser Angriff gegen uns scheitert an der ganzen Geschichte meiner Partei und der Agrarier.

Dazu kommt noch etwas anderes. Den Zucker kann man nicht ohne andere Substanzen zu sich nehmen, er ist nur eine Zutat, und je mehr man Butter, Obst, Mehl, Eier verteuert hat, um so weniger kann man Zucker genießen. Nur dann kann der Konsum des Zuckers steigen, wenn man die **Lebensmittel verbilligt,** zu denen man ihn als Zutat genießt. Es ist also eine demagogische Behauptung, die allenfalls im Munde des Herrn Kreth verständlich wäre, die aber, von dem Grafen Schwerin getan, ganz energisch zurückgewiesen werden muß, daß hier eine Rücksicht auf die Konsumenten vorliegt. Wir haben am Freitag klar zum Ausdruck gebracht, daß wir eine Verbilligung des Zuckers durch Herabsetzung der Zuckersteuer wollen und zwar in erster Linie im Interesse der Konsumenten, wir entziehen uns aber auch nicht der Tatsache, daß sie auch im Interesse der Produzenten liegt, das hier mit dem der Konsumenten identisch ist. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn man sich die Verhandlungen der Kommission vergegenwärtigt und daran denkt, wie Sie dort Ihr Ohr dem Staatssekretär verschlossen, und wenn man dann Ihren Umfall am Freitag sieht, so erkennt man, daß es in der Kommission für Sie nicht nötig gewesen wäre, dem Staatssekretär seine Stellung unmöglich zu machen. Offenbar hat Ihnen aber daran gelegen, **den Reichsschatzsekretär zu stürzen und die Reichsfinanzreform aufzuschieben.** Unsere Stellung zu dem Antrage Bassermann ist dadurch gegeben, daß wir, verzeihen Sie den harten Ausdruck, den darin enthaltenen Unsinn nicht mitmachen wollen. (Unruhe rechts und bei den Liberalen.) Das Recht, sich zu blamieren, erkennen wir den Blockparteien als ein unveräußerliches Menschenrecht an. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Was soll es denn heißen, daß die Zuckersteuer vom 1. April 1909 herabgesetzt wird, sofern bis dahin Gesetze zustande kommen, die eine Erhöhung der eigenen Einnahmen des Reiches um mindestens 35 Millionen Mark jährlich bezwecken. Wenn also durch diese Gesetze eine Erhöhung der Reichseinnahmen nur um 34 Millionen Mark bezweckt wird, so wird die Zuckersteuer nicht herabgesetzt. Was heißt überhaupt der Ausdruck „bezwecken“? Dieser vorsichtige Ausdruck erinnert an das Fiasko der vorigen Reichsfinanzreform, wobei der Voranschlag auch erheblich anders war als das Ergebnis. Einem solchen Antrag zuzustimmen, können Sie uns nicht zumuten. Daraus aber zu folgern, wie es Graf Schwerin-Löwitz getan hat, wir seien Gegner der Herabsetzung der Zuckersteuer, ist **durchaus unfair.** (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das mußte hier festgestellt werden, was hiermit geschehen ist.

Hiermit schließt die Generaldiskussion.

Abg. Kreth (k., persönlich): Die Behauptung, unser Benehmen sei unfair, zeigt nur, wie schmerzlich unser Verhalten für die Sozialdemokraten ist. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Die Zuckerkonvention wird angenommen. In der Spezialdiskussion über den Antrag Bassermann ergreift das Wort

Abg. **Ledebour** (Soz.): Ich möchte doch auf die Tragweite dieses Antrages aufmerksam machen. Motiviert wurde er damit, daß der Reichstag der Hüter der Reichsfinanzen sei. Aber im Gegensatz zu dem ursprünglichen Antrag Schwerin, dem auch wir in der Kommission zugestimmt haben, hat dieser Antrag die Eigentümlichkeit, die Herabsetzung der Zuckersteuer nicht zur Durchführung zu bringen, wenn die Finanzen des Deutschen Reiches in günstiger Lage sind. Denn die Zuckersteuer soll ja nur dann herabgesetzt werden, wenn bis zum 1. April 1909 Gesetze zustande gekommen sind, die eine Erhöhung der Reichseinnahmen um mindestens 35 Millionen Mark jährlich bezwecken. Wenn die wirtschaftliche Entwickelung uns eine günstige Entwickelung der Finanzen gibt, so daß eine Notwendigkeit für die Einführung neuer Steuern nicht vorliegt, so hat der Reichstag auf Grund dieses Gesetzes keine Handhabe, die Herabsetzung der Zuckersteuer in die Wege zu leiten. Wenn z. B. die Ausgaben für die Flotte erheblich herabgesetzt würden, so würde danach die Zuckersteuer nicht herabgesetzt werden können. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn wir aber mit einem großen Defizit zu rechnen haben, dann wird außer der Summe, die zur Deckung des Defizits dienen soll, noch eine Summe in den Etat eingesetzt werden müssen, welche zum Ersatz für die Herabsetzung der Zuckersteuer dienen soll. Die Herabsetzung der Zuckersteuer kann also nie bei guter, sondern nur bei schlechter Finanzlage des Reiches erfolgen. Ein derartig in sich widerspruchsvoller Antrag darf im Interesse der Reichsfinanzen nicht angenommen werden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. **Pachnicke** (frs. Vg.): Der Abg. Dr. Südekum nannte den Antrag Bassermann Unsinn. Für uns bedeutet es eine Gewissenhaftigkeit, bei einem Einnahmeausfall des Reiches auch für die Deckung zu sorgen. Die vom Abg. Ledebour aufgeworfene Frage ist nur eine Doktorfrage; denn daran ist doch kein Zweifel, daß wir nicht weniger, sondern mehr Ausgaben zu machen haben werden. (Zustimmung im Block.)

Abg. **Ledebour** (Soz.): Hiernach soll die Regierung an eine Reichsfinanzreform also nur unter dem Gesichtspunkt einer Steuervermehrung gehen. Außerdem kommt noch hinzu, daß durch dies Gesetz für einen vorübergehenden Ausfall, der von Jahr zu Jahr geringer wird, eine dauernde Steuererhöhung eintreten soll.

Damit schließt die Diskussion.

Der Antrag Bassermann wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des Zentrums angenommen.

Hierauf wird die zweite Beratung des **Militäretats** fortgesetzt beim Kapitel Artillerie- und Waffenwesen und Technische Institute.

Hierzu liegen folgende Resolutionen der Budgetkommission vor:

1. Den Reichskanzler zu ersuchen, Arbeiten für die Militärverwaltung nur an solche Firmen zu vergeben, welche bei den Arbeitsbedingen die gesetzlichen Vorschriften festhalten und nicht hinter den Bestimmungen etwaiger Tarifverträge der Branche am Orte zurückbleiben, sowie die Militärverwaltung anzuweisen, die Festsetzung oder Neuordnung von Arbeitsbedingungen in den Militärbetrieben unter Mitwirkung der Arbeiterausschüsse vorzunehmen.

2. Forderung der Gewährung des Lohnes auch für die gesetzlichen Feiertage durch die Militärverwaltung.

3. Die verbündeten Regierungen werden versucht, a) zu prüfen, ob die Löhne der bei der Heeresverwaltung — ausschließlich der Feldzeugmeisterei — beschäftigten Personen mindestens den ortsüblichen Sätzen entsprechen und im Bedarfsfalle das Nötige zu veranlassen; b) spätestens im nächsten Etat Maßnahmen zu treffen, für die in der Feldzeugmeisterei beschäftigten Personen den Neunstundentag einschließlich der bezahlten Pausen durchführen zu können.

Abg. **Arning** (natl.) wünscht größere Berücksichtigung der Handwerker bei Lieferungen der Militärwerkstätten.

Abg. **Pauli-Potsdam** (k.): Die Beamten der Militärwerkstätten haben uns eine große Anzahl von Petitionen um Besserstellung übermittelt. Vor allem verdienen die Wünsche der Meister bei den artilleristischen Instituten Berücksichtigung. Zu gering besoldet sind auch die Oberbüchsenmacher. Die Militäranwärter bei den Werkstätten sind unzufrieden damit, daß sie nicht auch die Teuerungszulage erhalten haben. Das war aber bei der gegebenen Situation unmöglich. Freilich, Herr Dr. Potthoff hat ihnen in einer Versammlung im Juli erzählt, sie seien bei der Vorlage nur vergessen worden, er sei leider bei der Beschlußfassung im Reichstage nicht anwesend gewesen und seine Freunde hätten geglaubt, sie fielen unter die Vorlage. Damit hat Herr Dr. Potthoff seinen Freunden ein Armutszeugnis ausgestellt, das wir nicht unterschreiben. Uebrigens habe ich von dem großen Einfluß des Herrn Dr. Potthoff hier im Hause noch nichts gemerkt. Die Schwäche seiner Position hier wird nur übertroffen durch den Umfang seiner Einbildungskraft. (Heiterkeit links.) Wenn Herr Dr. Potthoff sich soviel zutraut, würde ich ihn als Nachfolger des Herrn v. Stengel vorschlagen (Große Heiterkeit), damit er uns mit einem Male 400 Millionen aus dem Erdboden stampft.

Die Arbeiter sind von dem Wohlwollen der oberen Behörden überzeugt; aber die unteren Behörden handeln nicht immer nach den Wünschen der oberen Behörden. So hat z. B. eine Direktion im Gegensatz zu allen anderen die Lohnerhöhung von 30 Pf. den Akkordarbeitern nicht gewährt. Die Direktion der Pulverfabrik läßt keine gelernten Handwerker in die erste Lohnklasse aufrücken; ein ständiger Arbeiterwechsel ist die Folge. — Den Arbeitern, denen man Urlaub gewährt, sollte man auch die Militärfahrkarte zugestehen; Kosten würden dadurch ja überhaupt nicht entstehen. — Die Wohnungsmieten in Spandau haben eine erschreckende Höhe erreicht. Die Heeresverwaltung sollte daher in einem Nachtragsetat eine Summe zum Bau von Arbeiterwohnungen fordern. Auch für den Konsumverein in Haselhorst — in Haselhorst wohnen nur von der Heeresverwaltung beschäftigte Arbeiter — sollte die Heeresverwaltung ein Gebäude mit einer Wohnung für den Verkäufer errichten. Möge die Heeresverwaltung dafür sorgen, daß in allen ihren Instituten gleichmäßig Gerechtigkeit herrsche, damit nicht immer wieder eines gegen das andere ausgespielt werden kann. (Bravo! rechts.)

Abg. **Cuno** (frs. Vp.): Entsprechend der bei dem Marineetat angenommenen Resolution beantragt die Budgetkommission auch hier, daß die Heeresverwaltung bei Vergebung von Arbeiten nur Firmen berücksichtigt, welche tarifmäßige Löhne bezahlen und bestehende Tarifverträge einhalten. Der zweite Teil der Resolution verlangt, daß bei der Neuordnung oder Regelung der Arbeitsverhältnisse die Arbeiterausschüsse zu hören sind. Die Sozialdemokraten verlangen die Hinzufügung der Arbeiterorganisationen hinter Arbeiterausschüsse. Aber wir wollen keine Vermengung der Aufgaben der Arbeiterorganisationen und der Arbeiterausschüsse; hier handelt es sich nur um die Regelung der inneren Verhältnisse der Betriebe der Heeres- und der Marineverwaltung, und deshalb sind die Arbeiterausschüsse hier am Platze, nicht die Arbeiterorganisationen. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Abg. **Böhle** (Soz.):

Unsere Heeresverwaltung ist keineswegs mit einem großen Maß sozialpolitischer Einsicht ausgerüstet. Deutlich zeigt das die Statistik der Löhne aus dem Jahre 1906; man ersieht daraus, daß die Heeresverwaltung gar kein Verständnis für das Leben der Arbeiter und der Arbeiterbevölkerung hat. Wir finden in der Statistik angegeben, daß

**unter 800 M. Lohn**

2962 männliche Arbeiter und 4521 weibliche Arbeiter hatten. Leider ist nicht angegeben, bis wie weit unter 800 M. der Lohn herabgeht. Von 800 bis 899 M. Lohn hatten 534 männliche und 295 weibliche Arbeiter, mit 900 bis 999 M. Lohn sind 1264 männliche und 77 weibliche Personen aufgeführt, und schließlich einen Lohn über 1000 M. hatten 1923 männliche und eine weibliche Person. Ich sagte schon, daß die untere Lohngrenze nicht angegeben ist, aber aus der Beitragszahlung zur Invaliditätsversicherung kann man sie herausrechnen. Es waren im ganzen 1643 Personen, welche Beiträge der ersten Lohnklasse zahlten, diese haben also

# Kleines Feuilleton.

### Zur Schärfung des Sprachgefühls.

Der Sammlung Hermann Turgers „Zur Schärfung des Sprachgefühls“ (3. Aufl. Berlin, Berggold, 1907) entnehmen wir folgende Nebeneinanderstellung:

„In der heutigen Versammlung sämtlicher Mitgliedschaften der streikenden Hafenarbeiter wurden letztere ermahnt, auch heute, am Silvesterabende, die größte Ruhe zu bewahren. — Heute wurde ein durch einen Unfall zu Schaden gekommener streikender Arbeiter beerdigt. Etwa 4000 Streikende mit Fahnen und Musikchören beteiligten sich an der Beerdigung.“ (Drahtbericht aus Hamburg).

Die ausständigen Hafenarbeiter wurden in der heutigen Versammlung sämtlicher Mitglieder ermahnt, auch heute, am Silvesterabend, die größte Ruhe zu bewahren. — Heute wurde ein verunglückter ausständiger Arbeiter beerdigt. Etwa 4000 Ausständige mit Fahnen und Musikkapellen (Musikkorps) beteiligten sich an der Bestattung.

„Letztere“ ist falsch; denn „ersterer — letzter er“ kann nur von zwei Begriffen gesagt werden; hier ist aber von den Ausständigen allein die Rede. — „Zu Schaden gekommen“ ist hier nicht passend; damit bezeichnet man meist leichtere, zuweilen auch schwerere Verwundungen und Verletzungen, aber nicht solche tödlicher Art. — „Musikchöre“ eine häufig vorkommende Verwechselung von Korps und Chor. Die Zusammensetzungen Musikkorps, Armeekorps, Freikorps, Ballettkorps u. a. sind nicht aus dem griechischen Wort Chor = Reigen, sondern aus dem französischen corps = Körperschaft gebildet. Dagegen heißt es Sängerchor, Kirchenchor, Männerchor, Frauenchor u. ä.

**Höherer Schulunterricht für Proletarierkinder.** Die Gemeindevertretung Kopenhagens hat auf Grund eines Magistratsvorschlages beschlossen, Mittelschulen mit unentgeltlichem Unterricht und unentgeltlicher Lieferung der Lernmittel zu errichten, die als besondere Klassen den Gemeindeschulen angegliedert werden. Ueber die Aufnahme entscheiden lediglich Begabung und Lerneifer der Schüler. Die Mittelschule soll aus vier Klassen bestehen. Das Mittelschulexamen berechtigt zur Aufnahme in besondere Realklassen, in denen der Schüler es im Laufe eines Jahres zum Realexamen bringen kann, und zum Besuch eines Gymnasiums, wo man nach Verlauf von drei Jahren das Studentenexamen machen kann. In den Realklassen, die von der Stadt errichtet werden, sobald die nötige Anzahl von Schülern das Reifezeugnis dazu erlangt hat, wird zweifellos auch Unentgeltlichkeit des Unterrichts wie der Lernmittel durchgeführt.

### Humor und Satire.

#### Immerhin.

**Die Sonne geht auf und unter**
Schon lange vieltausendmal,
Noch immer eilen so munter
Die Bächlein ins blühende Tal.

Hier lieg ich im weichen Moose
Unter dem rauschenden Baum,
Die Zeit, die wesenlose,
Entschwindet als wie ein Traum.

Von kühlen Schatten umdämmert
Versink' ich in selige Ruh',
Ein Specht, der lustig hämmert,
Nickt mir vertraulich zu.

Mir ist, als ob ich riefe:
Heija! mein guter Gesell'!
Für ewig aus dunkler Tiefe
Sprudelt der Lebensquell.

Mechtshausen 1907. Wilhelm Busch.

### Notizen.

— **Theaterchronik.** Im Kleinen Theater findet Dienstag, den 18. d. M., die Erstaufführung des vieraktigen Lustspiels „2×2 = 5“ von Gustav Wied statt.

— **Bühnenchronik.** Ludwig Barnay soll, wie auswärtige Blätter verkünden, von der Direktion des kgl. Schauspielhauses zurückzutreten beabsichtigen. Da Barnay im Alter von 66 Jahren steht, können Gesundheitsrücksichten als Grund angegeben werden. — Die künstlerische Bedeutung des Schauspielhauses wurde in der lustigen Zeitung des Böse-Buben-Balles sehr hübsch durch die Anzeige charakterisiert: Kgl. Schauspielhaus, alle Tage: „Winterschlaf“.

— **Aus den Berliner Museen.** In dem Eingangsraum zur italienischen Abteilung des Kaiser Friedrich-Museums sind die Bilder aus der Sammlung Kann ausgestellt, die Boda für uns vor dem Export nach Amerika gerettet hat. Es sind zwei kleine Rembrandts: eine feine Christusstudie und eine lichtvolle Studie zum Thema Christus und die Samariterin (von 1655). Ferner eine kleine, frühe Landschaft von Jacob Ruysdael: Windmühlen am Wasser, ein Winterbild von Aart van der Neer, eine Winterlandschaft von Ph. Wouwermans, ein prächtiges Stilleben von dem Blamen Jan Fyt, Gonzales Coex, der „kleine van Dyck“ ist mit einem Familienbild vertreten. Aus der Sammlung Kann wurde auch ein Porträt von einem deutschen Primitiven erworben, das venezianische Einflüsse zeigt. Außerdem wurde dem Museum neu einverleibt ein altniederländisches Frauenbildnis, das Roger van der Weyden, dem Nachfolger der Eycks, zugewiesen wird.

— **Taschenwörterbücher.** In Langenscheidts Sammlung von Taschenwörterbüchern (Langenscheidtsche Verlagsbuchhandlung, Berlin-Schöneberg) sind jetzt auch die italienische und die dänisch-norwegische Sprache berücksichtigt worden. Sie bieten zu einem außerordentlich billigen Preise (3,50 M. der Doppelband: z. B. italienisch-deutsch und deutsch-italienisch; 4 M. wenn jeder Teil besonders gebunden ist) einen reichhaltigen die moderne Sprachentwickelung berücksichtigenden Wortschatz mit erprobter guter Aussprachebezeichnung in klarem Druck. Für die Zwecke des täglichen Lebens genügen diese handlichen Wörterbücher, die auch auf der Reise bequem mitzuführen sind, vollauf. Man wird in ihnen, die durchweg an 1000 Seiten stark sind, sogar Wörter finden, die der Zeitungsleser vergeblich in größeren Werken sucht.

— **Das Elend unserer Münzen und Briefmarken,** die jeden künstlerisch Empfindenden beleidigen, zu beheben, versuchte der Dürer-Bund durch ein Preisausschreiben. Wie der „Kunstwart“ berichtet, war das Ergebnis des Ausschreibens für die Münze ein sehr erfreuliches, und an Preisen konnten an namhafte Künstler 3550 M. verteilt werden. Der Briefmarkenwettbewerb hatte weniger gute Erfolge. Inzwischen hat die bayerische Regierung auch Preise für neue Briefmarkenentwürfe ausgeschrieben. Wenn die vom Dürer-Bunde preisgekrönten Entwürfe der Oeffentlichkeit im weiten Maße bekannt gemacht werden, können sie die Unzufriedenheit mit den Reichsmünzen und Germania-Marken steigern helfen. Das ist dann wenigstens ein Anfang. Der Kunstabsolutismus, der in diesen Dingen maßgebend ist, läßt auf Besserung zunächst allerdings kaum hoffen.

— **Der „Salon der Dichter“.** Gleich den Malern und Bildhauern werden nun auch die jungen französischen Poeten in Paris ihren „Salon“ haben: im Grand Palais wird ihnen ein Saal eingeräumt, in dem allwöchentlich ein Abend der Vorlesung eigener Werke dienen wird. Die Vorlesungen werden öffentlich und kostenlos sein; zur Sichtung der Arbeit wird sich eine besondere Jury bilden; man hofft, damit manchen Dichter, dem die Verhältnisse im Buchhandel und der Presse den Weg in die Oeffentlichkeit erschweren, zu fördern.

— **Neues von Sven Hedin.** Professor Dr. A. Supan teilt Nachrichten mit, die er von Sven Hedin, dem kühnen Erforscher Zentralasiens, erhalten hat. Danach hat Sven Hedin die Quelle des Brahmaputra entdeckt. Sie entspringt einer gigantischen Gletschermasse der Himalayakette. Auch eine Exkursion nach der Quelle des Indus hat er unternommen und dabei Gegenden betreten, die noch kein Europäer gesehen. Von hier drang er nach Nordosten vor, in bisher unbekannt gewesenes Land. Er besuchte hunderte von Tempelklöstern, von denen man bisher in Europa nichts gewußt, wobei er reiches Material sammelte. Seine Tagebücher umfassen 4900 Seiten, tausend Seiten mehr als auf seiner Forschungsreise 1899—1902. Ferner sammelte er 600 Gesteinsproben, zeichnete zahlreiche Naturansichten und machte Vermessungen und photographische Landaufnahmen. Sven Hedin bemerkt, daß er nun ein Jahr und drei Monate in Tibet verweilt habe und sich im kommenden Frühjahr zur Heimreise rüsten werde.

— **Elektrotechnische Patente.** Einen Einblick in die Statistik der Erfinder auf dem Gebiet der Elektrizität gibt der „Elektrotechnische Anzeiger“, nach dessen Angaben in allen Kulturländern zusammen jährlich etwa 5000 elektrotechnische Patente erteilt werden. Davon haben jedoch nur etwa 900 auch in Deutschland Gültigkeit, und diese verteilen sich auf 700 Inländer und 200 Ausländer. Alle anderen sind für Deutschland patentrechtlich ungeschützt.

**ein Einkommen von unter 350 M.**

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Daß man dem Arbeiter zumutet, mit einem Einkommen von jährlich 350 M. auszukommen, ist doch ein starkes Stück. Die Folge dieser schlechten Entlohnung ist, daß überall, wo Militärwerkstätten vorhanden sind, die Städte der Militärverwaltung unter die Arme greifen müssen, indem die bei der Militärverwaltung beschäftigten Personen vielfach die Armenverwaltung in Anspruch nehmen müssen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Militärverwaltung erklärt, sie richte sich nach dem ortsüblichen Tagelohn, aber dieser wird für einen ganzen Bezirk nach der Auffassung einer die wirtschaftlichen Verhältnisse oft nicht beachtenden Aufsichtsbehörde festgesetzt; die Militärverwaltung sollte sich an die Städteverwaltungen wenden, und die Löhne nach denjenigen Löhnen festsetzen, welche die städtischen Arbeiter erhalten. In Straßburg hat man im vorigen Jahre die Löhne um 25 Pf. aufgebessert. Herr Pauli sprach vorhin davon, daß sie in Spandau um 30 Pf. erhöht seien. Man macht also hier zwischen Straßburg und Spandau einen Unterschied. Diese Aufbesserung ist aber nicht einmal allen Arbeitern zugute gekommen, sondern die einzelnen Direktionen haben Ausnahmen gemacht. Nach der im Juli herausgekommenen Verfügung sollte die Aufbesserung allen Arbeitern zugute kommen, und manchen Arbeitern ist sie auch sofort vom Juli ab ausgezahlt. Andere dagegen haben sie erst im November erhalten. Nach der Verfügung muß doch das Geld bereits im Juni angewiesen worden sein. Was ist mit diesen Summen geschehen? Ich bitte dringend um eine Antwort seitens der Militärverwaltung. Ferner haben die Arbeiter den dringenden Wunsch, daß ihnen die gesetzlichen Feiertage bezahlt werden. Auch die kranken Arbeiter werden in einer Weise bezahlt, die nicht human genannt werden kann. Für einen erkrankten Arbeiter wird kein anderer eingestellt, sondern die Kollegen haben seine Arbeit einfach mitzumachen, noch dazu ohne daß die Verwaltung ihm einen Zuschuß zum Krankengeld gewährt. Früher wurde eine Handwerkerzulage bezahlt im Betrage von 50 Pf. pro Tag. Mit der Lohnaufbesserung am 1. April 1901 wurde sie abgeschafft. Der Lohn wurde von 2,50 M. auf 3 M. erhöht, zugleich aber die Zulage von 50 Pf. gestrichen, so daß in Wirklichkeit

**keine Lohnerhöhung**

eintrat. Auch das Kilometergeld für die auswärts Arbeitenden brachte man bis zu drei Kilometer in Wegfall und berechnete es darüber hinaus nach der Luftlinie, nicht nach den wirklich zurückgelegten Strecken. Zu der Pensionskasse der Arbeiter leistet die Militärverwaltung für die Einzelnen Beiträge nach ihrem Belieben, so daß also für einen Arbeiter, der sich nach Auffassung des Vorarbeiters nicht gut führt, der Beitrag in Wegfall kommt. Charakteristisch ist das Verhalten der Militärverwaltung gegen die alten Arbeiter. Ein Mann, der 1898 beim Artilleriedepot eingetreten und schon nach fünf Jahren Vorarbeiter geworden war, wurde 1907 krank und dauernd erwerbsunfähig. Er bezieht eine Invalidenrente von 18,95 M., wozu ihm die Militärverwaltung eine freiwillige Unterstützung von 11,75 M. gewährt. Der Mann, der bisher einen Tagesverdienst von 5 M. hatte, soll jetzt seine Familie mit drei unerwachsenen Kindern von diesen 30,70 M. monatlich ernähren. Es ist nur natürlich, wenn er der Armenverwaltung zur Last fällt. Unter allen Umständen muß auch den Arbeitern der Heeresverwaltung eine

**Pensionsberechtigung**

zuerkannt werden. Auch die Behandlung der Arbeiter ist eine unangemessene. 1890 trat ein Arbeiter beim Artilleriedepot ein, der 1895 Vorarbeiter wurde und als solcher bis 1907 gearbeitet hat, und zwar in der ganzen Zeit in der Innenstadt. 1907 erlitt er einen Unfall, und nach seiner Wiederherstellung verlangte die Militärverwaltung von dem 64 Jahre alten Manne, er solle seine Tätigkeit nach einem außer der Stadt gelegenen Fort verlegen. Da der Mann erklärte, er sei Invalide und könne das nicht, wurde ihm die bisherige Tätigkeit gestattet, aber nur, wenn er auf seine Zulage von 50 Pfennig verzichtete. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Demselben Mann wurde auch der Urlaub versagt mit der Begründung, nachdem er eben erst krank gewesen, brauche er jetzt keine Erholung. Einige Fälle von krasser Behandlung der Arbeiter will ich anführen, weil ich annehme, daß wenn auch nur wenige Fälle hier genannt werden, andere Vorgesetzte sich das merken werden und sich in ihrem Verkehr mit den Arbeitern so benehmen werden, wie man es von einem anständigen Manne verlangen kann. Der Feldwebel Zieten, der jetzt nicht mehr in Straßburg ist, hatte für seine Arbeiter und Arbeiterinnen nur Schimpfworte. Für ihn waren sie nur „Kerls", „freche Bande" und dergl. Der andere Fall betrifft den Vizefeldwebel König. Im vorigen Jahre drangsalierte er eine Vorarbeiterin so lange, daß sie sich versetzen ließ. Statt dies seiner vorgesetzten Behörde zu melden, hat er eigenmächtig eine andere Arbeiterin an ihren Platz gestellt, sie in der Liste aber einfach als Arbeitern weitergeführt, und außerdem eine nicht anwesende Arbeiterin für sie in der Liste geführt, für welche ihm auch der Betrag an Lohn angewiesen worden ist, so daß er in der Lage war, der Vorarbeiterin den Lohn als Vorarbeiterin zu zahlen. Der Mann huldigte auch sehr dem Alkohol und ließ sich oft Flaschenbier holen; sobald aber eine Kontrolle kam, versteckte er die Bierflaschen hinter die Gewehrständer. Wenn Diebstähle passieren, so werden sie von König den Arbeitern in die Schuhe geschoben, anstatt daß er die Fälle untersuchen läßt. Dabei hält König selbst eine ganze Anzahl Gewehre, Schlösser usw. in Schränken versteckt, die, wenn die Kontrolle kommt, mit leeren Pappkisten vollgestopft werden und betreibt dann mit diesen Dingen einen schwungvollen Handel. — Das Statut des Arbeiterausschusses in Straßburg ist derart, daß der Arbeiterausschuß danach gar kein Recht hat. Er ist nicht berechtigt, Anträge und Wünsche einzelner Arbeiter, Beschwerden einzelner oder mehrerer Arbeiter gegen Vorgesetzte entgegenzunehmen oder zur Sprache zu bringen. Die Tagesordnung für seine Sitzungen wird

**von der Militärbehörde festgesetzt.**

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und andere als von ihr auf die Tagesordnung gestellte Dinge dürfen im Arbeiterausschuß überhaupt nicht verhandelt werden. Unter solchen Umständen ist die Einrichtung des Arbeiterausschusses keinen Schuß Pulver für die Arbeiter wert. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich bitte um Berücksichtigung der Petition der Arbeiter der Artilleriewerkstätten Straßburgs, die Bezahlung der gesetzlichen Feiertage und Erhöhung der Löhne verlangt, die gerade in Straßburg besonders niedrig sind. Man sollte endlich dazu übergehen, den Arbeitern ein Existenzminimum zu gewähren, etwa in der Höhe von 23 M. für die fünfköpfige Familie. Weiter führen Arbeiter Beschwerde über schlechte Behandlung, über Günstlingswirtschaft und darüber, daß bei der Akkordfestsetzung eigentlich kein Arbeiter weiß, was er verdient.

Eine Beschwerde geht dahin, daß ein Arbeiter drei Maschinen bedienen muß, eine weitere dahin, daß das Abfallholz den Arbeitern nicht mehr zur Verfügung gestellt, sondern ohne Grund in die Luft geheizt wird. — Interessant war mir, daß Herr Pauly sich als Freund eines Konsumvereins bekannte. Hoffentlich tritt er auch im übrigen in Zukunft für die Konsumvereine im allgemeinen ein. — Wenn die Militärverwaltung die von mir vorgebrachten Wünsche der Arbeiter berücksichtigt, wird sie auch zufriedene Arbeiter finden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Will (Z.) geht ebenfalls ein auf die Arbeiterverhältnisse bei den Militärwerkstätten in Straßburg und bedauert, daß die dortigen Arbeiter schlechter gestellt sind als die Militärarbeiter in Köln und Spandau. Auch die Meistergehilfen verdienen eine Lohnaufbesserung und Neuregelung ihrer Arbeitsordnung. Bei der Vergebung von Arbeiten möge die Militärverwaltung die Firmen berücksichtigen, die angemessene Löhne bezahlen.

Abg. Struve (frs. Vg.) polemisiert gegen den Abg. Pauli wegen seiner Angriffe auf den Abg. Dr. Potthoff. Die älteren Kollegen haben mir versichert, der Abgeordnete Pauli habe seine Spandauer Rede heute zum zehnten Male gehalten. (Heiterkeit.) Ich erkenne gern an, daß auch die Kollegen rechts die Ausführungen des Abg. Pauli über die Klagen der Beamten mit eisigem Schweigen aufgenommen haben. Die Parteien sind nämlich übereingekommen, um Zeit zu sparen, jetzt nicht über allgemeine Beamtenwünsche zu reden, sondern erst dann, wenn das Beamtengesetz kommt. Aber die Frage will ich an die Militärverwaltung richten, warum die zugesagte Aufbesserung an die Privatbeamten in Spandau nicht bezahlt worden ist.

Es geht ein Antrag des Zentrums ein, zu der Resolution der Budgetkommission bei der Regelung der Arbeitsverhältnisse hinter Arbeiterausschüsse „und Arbeiterorganisationen" einzufügen.

Abg. Böhle (Soz.): Wir werden wie beim Marineetat für den Antrag stimmen und freuen uns, daß der Reichstag Gelegenheit zu einer nochmaligen Abstimmung darüber hat.

Abg. Eickhoff (frs. Vp.) wünscht größere Berücksichtigung der Privatindustrie, insbesondere der Solinger Waffenindustrie durch die Heeresverwaltung.

Abg. Pauli-Potsdam (k.): Herr Struve wird wohl auch nicht wissen, was Herr Potthoff in Spandau gesagt hat. Hat Herr Dr Potthoff dort das gesagt, was ich anführte, so waren meine Ausführungen durchaus berechtigt.

Generalleutnant Sixt v. Armin: Die Frage, ob ein Beamter einen Brief an einen Abgeordneten richten darf, kann ich so ohne weiteres nicht beantworten. Es wird darauf ankommen, was in dem Briefe steht. Selbstverständlich wird ein Beamter dabei mit einem gewissen Takt verfahren und jedenfalls das Dienstgeheimnis wahren müssen. Im übrigen wüßte ich nicht, was an sich gegen eine solche Korrespondenz einzuwenden wäre. Die Privatindustrie wird, wenn Bedarf vorliegt, nach Möglichkeit von der Heeresverwaltung berücksichtigt. — Die übrigen Wünsche und Anregungen der Herren Redner werden wie immer eingehend geprüft werden. Ein besseres Verhältnis zwischen den fest, angestellten und den auf Kündigung angestellten Beamten erstreben auch wir. Alle jetzt auf Kündigung angestellten Beamten werden aber unmöglich festangestellt werden können. — Mit dem Bau von Arbeiterwohnungen in Spandau wird in kurzem wieder fortgefahren werden. Wir haben uns mit dem Reichsamt des Innern in Verbindung gesetzt, um aus dem dortigen Fonds für Arbeiterwohnungen schöpfen zu können. — Daß bei den Direktionen Mangel an Wohlwollen gegenüber den Arbeitern besteht, muß ich bestreiten, bis mir an Einzelfällen das Gegenbeweis erbracht wird. — Die Gehaltsverhältnisse ist unklar, das muß ich zugeben. Deshalb hätte aber auch Herr Böhle daraus keine Folgerungen ziehen dürfen. Davon, daß wir kein Herz für die Arbeiter haben und nicht für sie sorgen, wie das eine gewisse Presse immer behauptet, ist keine Rede. Es trifft auch nicht zu, wie Herr Böhle sagte, daß die Arbeiter nicht wissen, was sie im Akkord verdienen. Unsere Lohnordnung ist in dieser Beziehung sehr klar. — Wenn alle Wünsche, die hier geäußert sind, erfüllt werden sollten, würde sich unser Betrieb so verteuern, daß erhebliche Arbeiterentlassungen notwendig würden. Wir werden fortfahren systematisch und mit Wohlwollen die Arbeiterverhältnisse bei den Militärwerkstätten zu verbessern, aber wir lassen uns nicht durch uferlose Wünsche in Bahnen drängen, die schließlich nur zum Nachteil der Arbeiter führen können. (Bravo! rechts.)

Damit schließt die Debatte. Die Kapitel werden bewilligt, die Abstimmung über die Resolutionen wird bis zur dritten Lesung vertagt.

Beim Kapitel „Festungen" beklagt

Abg. Dr. Pachnicke (frs. Vg.) den langsamen Gang der Verhandlungen über die Entfestigung Königsbergs.

General Sixt v. Armin betont, daß diese Verhandlungen hoffentlich in naher Zeit zum Abschluß kommen werden.

Der Rest des Ordinariums wird nach unwesentlicher Debatte bewilligt.

Beim Extraordinarium, Titel Generalstab, moniert

Abg. Erzberger (Z.) den Vertrag der Militärverwaltung mit der Firma Mittler u. Sohn. Bei diesem Vertrage, der noch 1905 wieder auf zehn Jahre verlängert sei, verdiene die Firma Millionen. (Hört! hört!) Besondere technische Einrichtungen seien zur Herstellung der von der Firma Mittler u. Sohn gelieferten Kartenwerke nicht erforderlich. An einem Buch habe die Firma 50—70 000 M. verdient. (Hört! hört!) Nicht nur das Kriegsministerium hat einen solchen Monopolvertrag mit der Firma abgeschlossen, sondern auch der große Generalstab. Wir dürfen wohl erwarten, daß der Vertrag möglichst bald gekündigt wird. (Bravo!)

Oberstleutnant v. Goltz: Ich kann nur meine Erklärung aus der Kommission wiederholen, daß sobald der jetzige Vertrag abläuft, wir Vorbereitungen treffen werden, um auf dem Submissionswege uns mit den großen leistungsfähigen Firmen in Verbindung zu setzen, um die Arbeiten diesen Firmen zu übertragen.

Der Titel wird bewilligt.

Bei zwei weiteren Titeln „Schießstände in Gera" und „Unteroffizierschule in Sigmaringen" werden nach einem Antrag der Blockparteien insgesamt 100 000 M. gestrichen.

Die Einnahmen werden debattelos bewilligt.

Damit ist der Militäretat erledigt.

Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr (Antrag v. Richthofen (t) betreffend Privatbeamtenversicherung und Antrag Schönaich-Carolath (natl.) betreffend Regelung des Automobilwagenverkehrs.

Schluß 6½ Uhr.

# Der Etat des Auswärtigen Amtes vor der Budgetkommission.

Sitzung vom 11. Februar.

Der Etat erfordert rund 18 Millionen Mark.

Bei der Forderung für den Gesandten in Tanger fragt Erzberger nach dem Stand der

**Marokkopolitik,**

insbesondere nach dem Verbleib des vom Reichskanzler versprochenen Weißbuchs über die Marokkopolitik. Weiter fragt er, wie weit die Einrichtung einer ständigen Polizeitruppe gediehen sei.

Staatssekretär v. Schoen behauptet, der Reichskanzler habe ein Weißbuch nicht bestimmt versprochen, aber wenn die Episode abgeschlossen und wenn es die Zeit erlaubt, werde ein solches Aktenstück vorgelegt werden. Er klagt dann über viele Arbeit, und bezieht sich in seiner Darlegung über Marokko auf die Aeußerungen des Reichskanzlers im Plenum. Nach einigen internen Mitteilungen teilt der Staatssekretär mit, daß der infolge der Unruhen den Deutschen erwachsene Schaden sich auf rund 1 Million Mark beläuft, wovon 250 000 M. als Vorschuß an Entschädigung gezahlt wurde. Die Schäden sollen durch eine internationale Kommission definitiv festgestellt werden. — Eine Polizeitruppe werde im Rahmen der Algeciasakte gebildet. Die Aktion der französischen Regierung steht außerhalb der Algeciasakte, aber sie steht nicht im Widerspruch mit derselben, weil kein Staat Einspruch erhoben hat. Wir würden uns unter gleichen Umständen auch ein solches Vorgehen vorbehalten.

Ledebour tritt den Treibereien entgegen, welche Deutschland in ein aktives Eingreifen in die Marokkowirren hineintreiben wollen. Er erwartet, daß Deutschland, was auch kommen möge, nur die Politik der offenen Tür betreiben werde. Erzberger stimmte Ledebour darin bei, nur könnten sich die alldeutschen Kreise, die hier vorantreiben wollen, auf Bülow berufen. Wiemer verlangt auch mehr Material über die auswärtige Politik und der Staatssekretär sagt dasselbe zu, wenn die betreffenden Fragen abgeschlossen sind. Arendt spricht sich sehr breit über die Marokkofrage aus und ist in allen Punkten zufrieden mit der Regierung. v. Richthofen will kein Weißbuch; er glaubt, aus diplomatischen Gründen sei es besser, wenn Veröffentlichungen unterbleiben. Liebermann hat in der Marokkopolitik nur eine Sorge: wie bekommen wir unser Geld wieder, das die Marokkowirren uns gekostet haben. Er ist der Meinung, daß die Franzosen für die Kosten aufzukommen haben.

Abg. Erzberger stellt noch eine Reihe Fragen, die sich auf ein über Deutschlands auswärtige Politik veröffentlichtes Buch beziehen; wenn es Unrichtigkeiten enthalte, solle man darauf antworten. Der Staatssekretär hält das nicht für notwendig. Ledebour polemisiert gegen Arendt, der die Preßberichte über die Kommissionssitzungen einschränken will. Ferner verlangt Ledebour, daß die Regierung entschieden von der Marokkogeschichte abrückt. Gröber und Erzberger halten es juristisch für richtig, wenn die Regierung die französische Marokkoexpedition als außerhalb der Algeciasakte stehend betrachtet, sie bezweifeln aber, daß das politisch der richtige Standpunkt sei. Man wolle kein Säbelrasseln, aber mit lauter Liebenswürdigkeit komme man nicht weiter. Ledebour wendet sich gegen diese Anschauung. Nach kurzen Bemerkungen des Staatssekretärs über die Entschädigungsfrage wird die Position Gesandtschaft in Tanger bewilligt.

Bei der Gesandtschaft in Teheran bringt Referent Frhr. v. Hertling das

**russisch-englische Abkommen**

zur Sprache und Erzberger befürchtet, daß man hier leicht eine zweite Auflage der Marokkopolitik erleben könne. Die deutschen Interessen seien zweifellos geschädigt. Wie stehe es z. B. mit der Bagdadbahn? Seit 80 Jahren seien Rußland und England uneinig, auf einmal kommt dieses Abkommen. Da liegt die Befürchtung nahe, daß sie über die Bagdadbahn sich auch einigen. Der Staatssekretär erklärt, Deutschland habe in jenen Teilen Asiens nur wirtschaftliche Interessen, es sei also an dem Abkommen nicht interessiert. In Persien sei durch das Abkommen die offene Tür für alle Nationen gewahrt. Die Regierung habe also keine Ursache sich durch das Abkommen beunruhigt zu fühlen oder gar dagegen Stellung zu nehmen.

Auf die Bagdadbahn habe das Abkommen keinen Bezug, das sei von den Regierungen ausdrücklich ausgesprochen worden. Die Bagdadbahn sei von der Türkei einer deutschen Gesellschaft konzessioniert worden und schon ein Stück weit gebaut. Politische Hintergedanken habe Deutschland dabei nicht, nur rein wirtschaftliche Interessen würden verfolgt. Die Befürchtungen, welche öfter in der ausländischen Presse auftauchen, seien Phantasien, Deutschland denke nicht an Kolonisation der berührten Distrikte durch deutsche Landwirte oder an Hafenerwerbungen usw. —

Wiemer glaubt, Erzberger habe die Regierung zu Maßnahmen gegen das Abkommen drängen wollen, er möchte diesen Standpunkt nicht einnehmen, will aber die Angelegenheit auch nicht auf die leichte Achsel genommen wissen. — Auch diese Position wird nach weiteren Bemerkungen Erzbergers und v. Schoens bewilligt.

Der Zuschuß von 30 000 M. an die Deutsche Kolonialgesellschaft veranlaßt Erzberger zu der Frage, wie das Geld verwendet werde. Es wird der Voranschlag der „Auskunftsstelle für Auswanderer", für welche das Geld bestimmt ist, verlesen. Bei zirka sechs Beamten, deren erster 7500 Mark Gehalt erhält, verursacht das Bureau jährlich 39 000 Mark Kosten. Liebermann und Paasche möchten mehr bewilligen, Erzberger möchte die Stelle dem Kolonialamt angliedern. Ministerialdirektor Körner meint, die Stelle sei geschaffen worden auf Anregung des Reichstages; sie stünde unter Kontrolle des Reichskanzlers. Gröber verlangt, daß solche Auskünfte amtlich gegeben werden, während Semler und Wiemer der Auskunftsstelle ihren privaten Charakter gewahrt wissen wollen. Ledebour wendet sich dagegen; die Regierung solle die Verantwortung auch übernehmen, wenn Auswanderungslustige in Kolonien gelockt werden, wo sie nicht bestehen können. Die Position wird genehmigt.

Von den Einmaligen Ausgaben im Betrage von 360 050 M. wird der Posten von 175 000 M. für Errichtung eines Konsulatsgebäudes in Tientsin nach kurzer Debatte gestrichen. Es besteht keine Notwendigkeit für diese Ausgabe. Die übrigen Ausgaben werden bewilligt.

Die Erörterung allgemeiner mit dem Auswärtigen Amte zusammenhängender Fragen wird auf morgen vertagt.

# Aus der Duma.

Petersburg, 9. Februar.

Die zweite Dumasession, die nach den Weihnachtsferien begonnen hatte, hat in diesem kurzen Zwischenraum schon manches Interessante gezeitigt. Vor allem verdient Beachtung die Bildung einer neuen Bauernpartei, die möglicherweise mit der Zeit eine bedeutende Umwälzung der Parteiverhältnisse in der Duma herbeiführen wird infolge ihrer Stellung zur Agrarfrage, die den Kitt bildet, welcher diese „parteilose Bauerngruppe" zusammenhält. Es war längst kein Geheimnis mehr, daß die der „Rechten" und „parteilosen Rechten" angehörigen Bauern, die in politischen Fragen ganz unter dem Einfluß der „Echt-Russen" stehen, in der Agrarfrage eine von ihnen total verschiedene Stellung einnehmen, und daher vorauszusehen, daß der Bruch über kurz oder lang kommen würde. Den Anstoß dazu hat aber augenscheinlich der Aufenthalt der bäuerlichen Abgeordneten in ihren Heimatsdörfern gegeben, wo ihnen von ihren Wählern recht klar gemacht wurde, was ihrer harrt, wenn sie sich in der Duma auch weiterhin über die Agrarfrage ausschweigen. So hat denn die neugebildete Bauerngruppe beschlossen, mit allen Kräften auf eine möglichst baldige Aufrollung der Agrarfrage hinzuwirken. Und da ihr ausgearbeitetes Agrarprogramm sich wesentlich an das kadettische anschließt und Zwangsenteignung vorsieht, so ist mit Sicherheit zu erwarten, daß die zukünftige Erörterung der Agrarfrage manche Ueberraschungen in ihrem Schoße birgt und zu ganz unerwarteten Ergebnissen führen kann.

Doch ist die „Bauerngruppe" im großen und ganzen weniger beachtet worden, als dies unter anderen Bedingungen der Fall gewesen wäre, denn die allgemeine Aufmerksamkeit ist auf eine der wichtigsten Fragen des russischen „Parlamentarismus" gelenkt worden — auf das Budgetrecht, oder vielmehr die Budgetrechlosigkeit der Duma. Bekanntlich unterliegen nur etwa 30 Proz. des Ausgabeetats einer freien Kritik und Abänderung seitens der Duma. Ueber 40 Proz. der Ausgaben dürfen zwar betrachtet werden, aber die Aenderung bezw. Streichung der einzelnen Posten kann nur auf Grund einer Aenderung bezw. Aufhebung der Gesetze, auf denen sie fußen, erfolgen, was die Beschreitung des langwierigen gesetzgeberischen Weges erfordert und daher eine ungeheure Erschwerung der Ausübung des Budgetrechtes bedeutet. Ueber 25 Proz. des Budgets unterliegen überhaupt nicht der Betrachtung der Duma. Außerdem muß die Duma ihr ohnehin karges Budgetrecht mit dem Staatsrat teilen. Nun haben die Kadetten in der Duma den Antrag auf Aufhebung derjenigen Paragraphen des Budgetgesetzes gestellt, welche die freie Verfügung der Duma über die 40 Proz. „leichtgepanzerter" Ausgabeposten unmöglich machen. Im übrigen wollen sie alles beim alten lassen, im besonderen weisen sie entrüstet den Gedanken zurück, an den „starkgepanzerten" Budgetposten und am Budgetrecht des Staatsrats rütteln zu wollen.

Daß die Regierung dem kadettischen Antrag ein starres Nein entgegensetzen wird, war ja vorauszusehen: sie verstößt es

ganz gut, daß, wer den Schlüssel zur Kasse hat, auch die Macht besitzt. So erklärte auch der Finanzminister, der kadettische Antrag sei für die Regierung unannehmbar. Aber auch bei den Oktobristen stieß der Antrag auf heftigen Widerstand — trotzdem sie stets versichert haben, gegebenenfalls für die Budgetrechtserweiterung einzutreten. Sie seien, so lassen sie durch den Baron Meyendorf erklären, nur für „teilweise Vereinfachung des gesetzgeberischen Verfahrens in betreff des Budgets" zu haben. Und warum? Weil, einmal im Besitze des Rechts der Verweigerung einzelner Posten, könnte die Duma auf diese Weise ganze Institutionen aus der Welt schaffen — was ja eigentlich auch die geheime Absicht der Kadetten ist; aber einen solchen Eingriff ins Staatsleben seitens der Duma halten die Oktobristen für unzulässig! „Ganz meine Meinung!" könnte die Regierung dieser wackeren „Oppositionspartei" zurufen. Die sozialdemokratische Fraktion erklärte sich mit dem kadettischen Antrag einverstanden, denn gegenüber dem gegenwärtigen Zustand würde seine Annahme zweifellos einen Fortschritt bedeuten, jedoch behielt sie sich das Recht vor, bei seiner Beratung Zusatzanträge zu stellen, die bezwecken, der Duma zu ihrem vollen Budgetrecht zu verhelfen. Der kadettische Antrag wurde schließlich an eine Kommission verwiesen, doch ist nach der Stellungnahme der Oktobristen mit Sicherheit zu erwarten, daß er nur in arg gerupftem Zustande ins Plenum zurückkehren wird. Die Siegesfreude der kadettischen Presse ist daher entschieden verfrüht.

Auch an dem üblichen Purischkewitsch-Skandal hat es in den paar Wochen nicht gefehlt: von der Dumatribüne herab hat der „echt-russische" Clown den Kadettenführer Miljukow Schuft, Lump und Verräter beschimpft. Daraufhin wurde er auf 15 Sitzungen ausgeschlossen. Das Geschimpfe an und für sich hat ja nicht viel zu sagen, interessant ist aber der Anlaß dazu. Es handelte sich um die „Kommission für Staatsschutz", die im Plenum um die Erlaubnis nachsuchte, ihre Sitzungen für geschlossen, d. h. für Nicht-Mitglieder nicht zugängig, erklären zu dürfen, mit der Motivierung, daß im entgegengesetzten Fall militärische und andere Mitteilungen vertraulichen Charakters an die Presse gelangen könnten. Die Spitze des Antrages richtete sich gegen die Opposition, — denn die Kommission selbst besteht ausschließlich aus Rechten und Oktobristen, und Purischkewitsch hat mit seiner Erklärung, beim Erscheinen Miljukows in der Kommission müßte der Kriegsminister seinen Rock zuknöpfen und sich entfernen, und mit dem ihm zugeschleuderten Wort „Verräter" nur das klar ausgesprochen, was die Oktobristen in ihren schlauen Reden zu verbergen suchten. Obwohl sie für den Ausschluß von Purischkewitsch gestimmt haben, denken sie im tiefsten Herzen selber nicht anders: sonst hätten sie ihren ungeheuerlichen Antrag, einen Teil der Duma von der Kenntnis der Vorgänge in der Duma selbst auszuschließen, nicht gestellt. Uebrigens wird der Antrag wahrscheinlich angenommen werden. Von dem „schwarzen Block" ist eben alles zu erwarten.

Sieht man von der Beschlußfassung über den kadettischen Antrag ab, so findet sich in der ganzen gesetzgeberischen Arbeit der Duma der letzten Session kaum etwas Beachtenswertes. Denn ihre Sitzungen sind meist mit der Erörterung solcher hochwichtigen Angelegenheiten ausgefüllt, wie z. B. „über Verabfolgung von Brennholz zum Zweck der Speisezubereitung für die höheren Stabsoffiziere während ihres Aufenthaltes in den Sommerübungsplätzen." !! Es ist ja gewiß schön und gut, wenn ein Parlament die Staatsmaschine bis ins letzte Rädchen hinein beherrscht, aber der russischen Duma harrt noch so viel ungetane grundlegende Arbeit, daß die Beschäftigung mit unbedeutendem bureaukratischen Kram geradezu den Stempel der Böswilligkeit an sich trägt. Die Duma tritt an die großen Aufgaben nicht heran, nicht weil sie nicht kann, sondern weil sie nicht will. Im heiligen Rußland soll ja alles beim alten bleiben, höchstens soll das morsche alte Gebäude mit einer modern aussehenden Farbe übertüncht werden; und einem bedeutenden Teil der Duma geht selbst dies zu weit. Von dieser Duma ist keine Erneuerung Rußlands zu erwarten.

# Aus der Partei.

### Ein „sozialdemokratisch Fühlender".

Vor dem Schöffengericht zu Mannheim wurde am Freitag ein Privatbeleidigungsprozeß des Herrn Rexhäuser, Redakteur des „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker" verhandelt. Die Klage richtete sich gegen einen Herrn Katz, Verleger des in Mannheim erscheinenden „Papiermarktes", eines Blattes, das die Bestrebungen des gegen die Buchdruckertarifgemeinschaft gegründeten Buchdrucker-Arbeitgeberverbandes vertritt. In einer Polemik hatte der „Papiermarkt" von einem Blatt und einem Redakteur gesprochen, die nicht einmal den persönlichen Mut besitzen, ihre wahre politische Gesinnung frei und offen jederzeit zu bekennen, von Gesinnungslumpen usw. Aus der Verhandlung, über die die „Mannheimer Volksstimme" einen längeren Bericht bringt, seien zwei Stellen wiedergegeben. Die erste lautet:

„. . . Eine Frage nach seiner Parteizugehörigkeit beantwortet der Kläger (Rexhäuser) dahin, er gehöre der sozialdemokratischen Partei nicht an, als Redakteur gebiete ihm jedoch die Pflicht, einen neutralen Standpunkt einzunehmen. Wohl habe er auf der Vertrauensmänner-Konferenz der Gewerkschaften in Berlin gesagt, er fühle sozialdemokratisch, er stehe jedoch auf dem Standpunkte, **daß die sozialdemokratischen Endziele nur sozialrevolutionäre Tiraden, Kindereien, Utopien sind.** Es sei doch ein Unterschied zu machen zwischen Sozialismus und Sozialdemokratie. . . ."

Die zweite:

„. . . **Rexhäuser wandte sich in seinem Schlußwort nochmals mit Schärfe gegen die Aufstellungen des gegnerischen Anwalts und gegen die Angriffe des Artikels.** Ganz besonders protestiert er gegen den Vorwurf der Gesinnungslumperei. Wenn er damals in Berlin gesagt habe, er fühle sich als Sozialdemokrat, so fühle er auch jetzt noch mit der Sozialdemokratie, und wenn er nicht offizielles Mitglied der Partei sei, so sei er es deshalb nicht, weil er die Konsequenzen des Parteiprogramms nicht mehr auf sich nehmen könne, welche nicht mehr haltbar seien. . . ."

Wir geben diese Stellen natürlich nicht wieder, um die „sozialrevolutionären Tiraden, Kindereien und Utopien" gegen Herrn Rexhäusers Kritik zu verteidigen. Wir bringen die Zitate vielmehr lediglich deshalb, weil es nicht uninteressant ist, zu sehen, wie das „sozialdemokratische Fühlen" des Herrn Rexhäuser beschaffen ist.

(Der Prozeß endete mit der Verurteilung des Herrn Katz zu 60 M. Geldstrafe, Rexhäuser erhielt auf eine Widerklage hin 20 M. Geldstrafe zudiktiert.)

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

#### Ein Gezeichneter.

Der Breslauer Staatsanwalt, der erst kürzlich, wie der „Vorwärts" in Nr. 210 1907 berichtet, sich mächtig für einen Streikbrecher und schweren Rowdy ins Zeug gelegt, hatte gegen die „Volkswacht" im öffentlichen Interesse Anklage wegen Beleidigung eines christlichen, trunksüchtigen Arbeitswilligen namens August Mende erhoben. Durch einen Artikel, in dem an der Hand von Tatsachen der Mende als Denunziant, Trunkenbold und Faulpelz geschildert worden war, fühlte er sich beleidigt. In der Verhandlung am Sonnabend vor der ersten Strafkammer aber verließ er über und über mit Wunden bedeckt den Kampfplatz. Es war nämlich durch vereidete Zeugen folgendes festgestellt worden:

Mende hatte wiederholt Genossen **wider besseres Wissen denunziert.**

Mende hatte wiederholt die Genugtuung, die von ihm Denunzierten zu Gefängnis und Geldstrafen verurteilt zu sehen.

Mende hatte seinen eigenen Meister wider besseres Wissen des Meineids bezichtigt und ihn der Staatsanwaltschaft denunziert.

Mende war wiederholt betrunken vor Gericht erschienen, so daß ihn einmal ein Vorsitzender auffordern mußte, vom Richtertisch etwas zurückzutreten, weil er nach Fusel roch.

Mende war wiederholt als Zeuge unvereidigt gelassen worden, weil die Gerichte erklärten, daß er infolge seines Suffs keine Ahnung von der Heiligkeit des Eides habe, grob fahrlässig handele und sehr unzuverlässig sei.

Mende hatte als Zeuge erklärt, nach einer früheren Verhandlung nur in zwei Schnapskneipen gewesen zu sein. Mehrere Zeugen aber sagten unter Eid aus, sie hätten ihn in sechs Kneipen beim Schnapstrinken beobachtet.

Mende war wegen Meineides angeklagt gewesen, aber freigesprochen mit der Begründung, daß er er infolge seines Zustandes unzuverlässig und unfähig sei, die Bedeutung des Eides zu kennen.

Mende hatte Genossen wegen Beleidigung denunziert, obwohl dieselben nachweislich an dem von ihm benannten Tage überhaupt nicht in Breslau waren!

Mende war derart „berühmt", daß sein Vorgesetzter eidlich bekundete: Gutes habe man ihm über Mende überhaupt nicht erzählt.

Und so weiter!

In der Verhandlung log Mende derart frech drauf los, daß der Vorsitzende ihn mehr wie dreimal erregt anfahren mußte und ihn schließlich mit sofortiger Festnahme drohte. Und mit der Begründung, daß Mende nicht fähig sei, die Bedeutung seiner Aussage und des Eides zu ermessen, wurde er auch diesmal nicht vereidigt.

Und für diesen Burschen hatte sich der Staatsanwalt „im öffentlichen Interesse" engagiert!

Selbstverständlich wurde Genosse Wolff auf Grund dieser Beweisaufnahme — freigesprochen? O nein! Es war doch in Breslau! Er wurde zu 20 Mk. Geldstrafe verurteilt, und zwar, weil — ihm wohl der Beweis gelungen sei, daß Mende ein Trunkenbold und Denunziant sei, nicht aber der, daß Mende ein träger Arbeiter sei!! Die Anklage aus § 186 (Behauptung nicht erweislich wahrer Tatsachen) war fallen gelassen und nur § 185 angewendet worden.

Und nun die zweite Ueberraschung: Während der Gerichtshof beriet, rief der Staatsanwalt laut durch den Saal: „Mende, kommen Sie 'mal her!" Und als er gekommen, sagte der Staatsanwalt zu ihm — und zwar offensichtlich so laut, daß die in der Nähe sitzenden Berichterstatter der „Volkswacht" es hören mußten:

„Mende, Sie haben ja schon wieder gegen die „Volkswacht" eine Anzeige erstattet. Wieder wegen Beleidigung. Hören Sie nun den Bescheid. Die Staatsanwaltschaft lehnt es ab, im öffentlichen Interesse Anklage zu erheben. Sie sind also hiermit auf den Weg der Privatklage verwiesen. Oder wollen Sie nicht lieber die Anzeige freiwillig zurücknehmen? Nein? Na, dann bleibt Ihnen nur der Privatklageweg."

Und betrübt mußte der Denunziant von dannen ziehen. Die Lektion, die dem Staatsanwalt durch die Beweisaufnahme erteilt worden war, hatte also geholfen. Die Lust, die Behörde vor den Karren von Rowdies und notorischen Lügnern zu spannen, dürfte der Breslauer Staatsanwaltschaft auf lange Zeit hinaus arg vergällt sein. . . .

Immerhin verzeichnen wir es mit Genugtuung, daß wenigstens in diesem einen Falle der Staatsanwalt seinen Eifer öffentlich bereut hat! —

---

**Ein Freispruch.** Das Organ unserer polnischen Genossen, die „Gazeta robotnicza" zu Kattowitz, sollte durch einen Artikel über den Geschichtsunterricht die Volksschule, eine Staatseinrichtung, verächtlich gemacht haben. Der Genosse Caspari stand dieser Tage vor Gericht. Das Verfahren endete indes mit Freispruch.

# Aus der Frauenbewegung.

### Dienstbotenglück.

Die honette Gesellschaft leugnet das Vorhandensein eines Dienstbotenelendes. Sie spricht von Dienstbotennot. Zu bedauern sollen nach ihr nur die Herrschaften sein. Einmal wegen des Mangels an Dienstboten, dann auch wegen der Ansprüche, die diese stellen in bezug auf Lohn und Behandlung. Vor mehreren Jahren erklärte einer derer vom geflickten Strohdach im Zirkus Busch: Unsere Dienstboten haben es besser wie unsere Frauen und Töchter. Diese können sich kaum ein neues Kleid anschaffen. Und aus der Manege und aus den Logen klatschte man Beifall. — Warum spielen denn die Töchter da nicht Dienstboten? Warum treten die Damen der besseren Kreise als Lohndrücker auf, vermindern den Arbeiterinnen in der Luxusbranche usw. die Erwerbsgelegenheit? Warum helfen sie dem Dienstbotenmangel nicht ab und erobern sich die beneidenswerten Stellen?

Einer Lohnfronderin Los ist immer noch erträglicher als das in der Haus- und Gesindesklaverei. Wenn man die wirtschaftliche Lage der Dienstboten an dem Zöfchen einer reichen, auf großem Fuße lebenden Familie bewertet, dann sieht's sich nicht mübel an. Das Zöfchen, das gewissermaßen mit zur Repräsentation gehört, teilweise als Dekoration dient, einem Haushalt angehört, wo der Hausknecht die grobe Reinigung besorgt, Zentralheizung vorhanden ist, die Sorge um die Kinder Gouvernanten und Kinderfräulein überlassen bleibt, da ist das physische Leben der Dienenden in vielen Fällen gewiß beneidenswert. Das dienende Mädchen lebt sorgloser und oft auch besser, als der große Teil des Mittelstandes. Und die soziale Gebundenheit kommt ihm wohl selten zum Bewußtsein. Untertänigkeit und Autoritätsglaube sind ihm anerzogen.

Will man das soziale und wirtschaftliche Elend der Dienstboten erkennen, dann studiere man die Verhältnisse in der breiten Schicht des Mittelstandes, des Kleinbürgertums. Hier, wo die Frau Dame spielen will, soll der Dienstbote den Haushalt nicht belasten, sondern oft genug noch entlasten. Das Mädchen soll Hausknecht, Waschfrau, Kinderfräulein, Köchin, Scheuerfrau, Zimmermädchen, kurzum alles in einer Person sein. Es kann kein jammervolleres Leben geben, als das eines armen Geschöpfes, das in der Welt alleinstehend, durch wirtschaftliche Fesseln und die Ketten der Gesindeordnung geknebelt, der Willkür und Rücksichtslosigkeit solcher Herrschaft ausgeliefert wird, bei der es für alle Lasttier ist. Und solche Herrschaften fühlen sich noch als Wohltäter. Durch grenzenlose Ausbeutung der Arbeitskraft wird die Person vor Verführung bewahrt, keine Minute freie Zeit wird gewährt. Das nennt die wohltätige Dame — Familienanschluß. Wie es mit solchem Familienanschluß bestellt ist, will ich auf Grund eigener Wahrnehmung schildern:

Im Laufe der letzten vier Jahre habe ich als „Pensionärin" oder Inhaberin eines möblierten Zimmers das Leben der Dienstmädchen in bürgerlichen Familien kennen gelernt. Zuletzt wohnte ich ein volles Jahr an einer Stelle.

Die Aufzählung der Pflichten und Aufgaben des hier bediensteten Mädchens soll der Spiegel sein, der ihr bedauernswertes Dasein schildert. Die „Herrschaft" wohnt im Westen Berlins. Sie besteht aus zwei Familien, zwei verwitweten Schwestern, deren eine einen 20jährigen Sohn (Student) besitzt, die andere eine 10jährige Tochter. Die Damen betreiben eine Weinhandlung und vermieten „möbliert". Die Wohnung besteht aus dem Geschäftslokal im Vorderhause, der dahinter liegenden Weinstube und einem Wohnzimmer für eine der Schwestern. Von weiteren fünf im Seitenflügel belegenen Zimmern sind zwei möbliert vermietet. Früher besorgte ein Hausbursche das Austragen der Weine und eine Aufwärterin das Aufräumen der Zimmer. Die übrigen Arbeiten verrichteten die Damen selbst. Seit April v. J. hat Pauline, ein 20jähriges Mädchen, alle Funktionen übernommen. Die Damen bemühen sich bloß noch im Laden (wenn sie nicht gerade verreist sind) alles andere ist Paulinens Sorge. Morgens um 6 Uhr beginnt ihr Tagewerk. Der Herr Student und die „Möblierten" wünschen den Kaffee und die Stiefel. Das Töchterchen ist für die Schule anzukleiden. Dann ist der Laden zu bohnern und die zwei dahinter liegenden Räume müssen gesäubert werden. Auch die fünf Zimmer zu reinigen, gehört zu Paulinens täglichen häuslichen Verrichtungen. Zu dem kommt alltwöchentlich die Hauswäsche. Schürzen, Waschkleider, Blusen, Strümpfe, Taschentücher, auch Gardinen, müssen in regelmäßigen Zwischenräumen gewaschen werden. Die „große" Wäsche wird aus dem Hause gegeben und ist nach der Lieferung von Pauline zu plätten. Der Freitag und Sonnabend sind als Reinmachetage verzeichnet, mit Teppich- und Matratzenklopfen, Fensterputzen usw. Die Küche wird jüdisch geführt. Damit das Seelenheil nicht durch einen Tropfen Blut gefährdet wird, sind zur täglichen stundenlangen Wässerung des Fleisches, mit immer frischem Aufguß, zwei Wannen Wasser nötig, die per Eimer in die unter dem Laden befindliche Kellerküche getragen werden müssen. Als sehr unliebsame Unterbrechung kommt noch das Weinaustragen hinzu, das Pauline meistens mitten aus der Arbeit reißt, denn die eingegangenen Aufträge müssen zur bestimmten Zeit erledigt werden. Das nötigt Pauline, sich vom Waschfaß fort, naß und erhitzt, „in den Staat zu werfen" und ihre Arbeit für den folgenden Tag auf mehrere Stunden zu unterbrechen. Bei ihrer Rückkehr harren dann schon andere Pflichten und das Versäumte bleibt für den nachzuholen. Dadurch ergeben sich immer Rückstände im Tagespensum, die eine freie Minute zur Unmöglichkeit machen. Zudem kommen die Einkaufs- und Ausgehtage der Damen, an denen Pauline auch noch als Verkäuferin tätig sein muß. Auch sind die Herrschaften fleißige Theaterbesucher. Sie begnügen sich nicht mit ein oder zwei Abenden in der Woche, sondern waren, wie ich feststellen konnte, mehrfach wöchentlich alle Abende im Theater. Pauline hatte den Laden zu schließen und um 11 oder 12 Uhr mit dem Abendbrot aufzuwarten.

Kurzum, Pauline mußte von morgens 6 Uhr bis um 12 Uhr nachts zur Verfügung stehen. An ein Pausieren war kein Gedanke. Ununterbrochene Hatz war ihr Tagewerk. Vom Keller ging's in den Laden, zur Kundschaft, wieder in die Kellerküche, in die hinteren Räume, dann zum Einholen und so fort, ohne Pause, ohne Erholung. Daß bei solcher Arbeit Pauline sich öfter erkältete, ist nur zu erklärlich. Tagelang litt sie an heftigen Zahnschmerzen — aber sie mußte vorwärts in der Tretmühle. Einige Male fand ich sie, als ich gegen 1/2 11 Uhr nach Hause kam, in meinem Zimmer auf dem Sofa hockend, eingeschlafen. Sie hatte einen Moment ausruhen wollen und da hatte der Schlaf sie übermannt. Stundenlang hörte ich sie dann noch hantieren; sie holte das Versäumte nach. —

Im Sommer machte die „gnädige Frau" nebst Tochter eine Erholungsreise. Die Schwester wollte sich natürlich für das Zuhausebleiben schadlos halten. Sie schlief an Regentagen bis um 11 Uhr oder kam bei schönem Wetter erst um diese Zeit von einem Morgenspaziergang durch den Tiergarten zurück. Pauline hatte inzwischen den Laden zu hüten. In den nächsten paar Stunden mußte sie dann sämtliche Zimmer reinigen und das Essen kochen. Um 3 Uhr nachmittags traten die Freundinnen der Schwester an, um sie zu einem Ausflug abzuholen. Pauline, „die Verkäuferin", trat in Aktion. Abends nach 9 Uhr mußte sie ihre häuslichen Obliegenheiten vollenden.

Sonntags wird erst um 2 Uhr nach Ladenschluß gespeist. Pauline ist dann „schon" um 5 Uhr frei und darf mit einem altersschwachen Hund, der ihrer Obhut anvertraut ist, spazieren gehen.

Das sind Paulinens „Sommerfreuden" und sie sind noch erträglich gegen die Wintervergnügen. Als Schlafraum dient dem Mädchen die ungeheizte Küche der großen Wohnung, die zugleich als Trockenboden benutzt wird und fast nie ohne nasse Wäsche ist. Das Feldbett macht sich nur durch sein Gestell bemerkbar. In dieser naßkalten Luft sind, nach der Aussage des Mädchens, die Glieder morgens wie erstarrt. Jedes Kleidungsstück, das es anzieht, ist klamm. Pauline fürchtet sich, in der kalten Küche die Wäsche zu wechseln und scheut erklärlicherweise auch morgens eine gründliche Waschung. So leidet auch die körperliche Pflege.

Die Zimmer werden auch nicht geheizt; niemand von den „Möblierten" ist zu Hause. Das Mädchen muß also stundenlang in den kalten Zimmern hantieren, nirgends ein Eckchen zum Aufwärmen. Und zum Ueberfluß noch hinaus in die Kälte, um den Wein zu expedieren.

Die Folgen dieser „beneidenswerten Existenz" ließen nicht lange auf sich warten. Pauline spielte „den Geschwollenen". Bald sah man sie nur noch mit wattiertem Gesicht und verbundenem Kopfe, aber unermüdlich Teppiche klopfen, Fensterputzen usw. Denn „das bißchen Reißen" befreite sie nicht von dem großen Reinemachen vor dem Feste. Die Gardinen mußten gewaschen und aufgesteckt werden usw. Nebenbei waren vor Weihnachten noch täglich 20 bis 30 Flaschen Wein wegzubringen. Von furchtbaren Schmerzen geplagt, ging Pauline dann zum Arzt, der operativ eingreifen mußte, da sich die Geschwulst durch den andauernden Kältezustand verhärtet hatte. Der operative Eingriff mußte in kurzen Zwischenräumen noch dreimal wiederholt werden, wobei das Mädchen immer ohnmächtig wurde. Als Weihnachtspräsent erhielt es dann aber auch 15 Mark und einen Unterrock, Schürze, Taschentücher usw. und brauchte trotz Schmerzen und Schwäche ihre Arbeit nicht auszusetzen.

So kann man sich den Luxus erlauben, Dienstboten zu halten, sich bedienen zu lassen und doch zu — sparen. Für Paulinens Bezüge konnte man keinen Hausburschen und dazu noch eine Aufwärterin haben. Andererseits übernahm Pauline zu den Arbeiten des Hausburschen und der Aufwärterin, die sonst von den Damen zu verrichtende Küchenarbeit, die kleine Wäsche, das Plätten usw. — und spielte obendrein Verkäuferin und Kammermädchen.

Und wenn ein gesundes Mädchen vom Lande nach kurzer Dienstzeit sich abgearbeitet hat, dann wird es krankheitshalber entlassen und geht dann leicht den Weg des physischen und moralischen Verkommens.

F.

---

### Versammlungen — Veranstaltungen.

**Zehlendorf.** Mittwoch, den 12. Februar, 8 Uhr bei Mieck, Karlstr. 15, Vortrag.

**Wilmersdorf.** Donnerstag, 13. Februar, im Luisenpark, Wilhelmsaue 112: Vortrag des Herrn Dr. Keibel: „Der Bau des weiblichen Körpers und die Symptome von Frauenkrankheiten".


Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, der Restaurateur

**Ernst Beyer**

am Sonnabend, den 8. d. M., abends 9 1/2 Uhr, im Alter von 58 Jahren verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 12. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Sophien-Kirchhofes, Bergstraße, aus statt.

**Wwe. Beyer,**
Schwedterstraße 228.

**Englischen Unterricht,**
einzeln und im Zirkel, erteilt 36372*
**Gertrud Swienty,**
Schöneberg, Sedanstraße 57, III.

**Baustelle**

290 Quadratruten, Industriegegend bei Teltow, Baulinie C — drei Etagen — Gas, Wasserleitung, zum Preise von nur 20 M. pro Quadratrute zu verkaufen.

Anzahlung 2500 Mark, Rest mit 4 1/2 Proz. auf langjährige Hypothek.

Offerten unter K b an die Expedition des „Vorwärts".

## Sparsame Raucher

rauchen Fehlfarben der
**7 Pf.-Cigarre Nr. 22**
**– 10 Stück 50 Pf.,**
vorzügliche Qualität,
großes Format.

**J. NEUMANN**

**Cigarren-Fabriken. — 150 Zweiggeschäfte,** davon in Berlin: Brunnenstr. 32, E. Anklamerstr. — Chausseestr. 22, E. Invalidenstr. — Chausseestr. 43, E. Schwartzkopffstr. — Dresdenerstr. 5, E. Adalbertstraße. — Friedrichstr. 171, E. Französischestr. — Invalidenstr. 148, E. Bergstr. — Jerusalemerstr. 41, E. Krausenstr. — Kaiser Wilhelmstr. 19, E. Münzstr. — Königstr. E. Spandauerstr. 56. — Markgrafenstr. 17, E. Junkerstr. — Oranienstraße 30, E. Adalbertstr. — Potsdamerstraße 57-58, E. Bülowstr. — Prinzenstr. 91, E. Ritterstr. — Rosenthalerstr. 48, E. Neue Schönhauserstr. — Uhlandstr. 33, E. Lietzenburgerstraße. — Wallstr. 14a, E. Neue Grünstr. — Wienerstraße 22, E. Grünauerstr. — Rixdorf, Bergstr. 146.

**Malinda-Cigarren**

in **allen Preislagen**
sind und bleiben die **besten Qualitäts-Cigarren** der **Gegenwart** und **Zukunft.**
Der **beste Beweis** für die **Vorzüglichkeit dieser Cigarren** ist, daß **obige Marke** jedes Jahr in **vielen Millionen** Stück verraucht wird. 18782*

**Vor Nachahmung wird gewarnt.**
**Zu haben in den Zigarrengeschäften.**
General-Vertreter: **S. Rund,**
Berlin O., Marsilius-Str. 23. Amt VII. 10479.

**Passage-Theater.**
Abends 8 Uhr:
**Danny Gürtler**
der König der Böheme
und das große Februar-Programm!

**Buggenhagen**
Moritzplatz im Theatersaal täglich
**Albert Böhme**
und das
**großartige Februar-Programm.**
Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.
Im unteren Konzertsaal täglich die **allerersten Militär-Kapellen:** Becker, Przywarski, Görisch, Neumann, Offeney, Lüttich.

Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon **Anzug** od. **Paletot** nach **Mass**, schick, dauerh. Zutaten, von **20 Mark** an. **Moritz Laband,** Neue Promenade 11 (Südth. Börse).

**Leih-Haus** Charlottenburg — **Friedrich-Karl-Platz 12** Beleih. v. Brillant., Gold- u. Silbersach. Uhren, Büch., Wäsche, Kleidungsst. 2c.

**Billige Rohtabake.** **Max Jacoby,** Strelitzerstr. 52

**Gardinen, Portieren, Decken, Federbetten,** Bettwäsche, Bilder, **Uhren** auf Teilzahlung. Postkarte erbeten.
**L. Matzner,** Berlin, Auguststraße 50.

# HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE — Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Sonnabend, soweit Vorrat: — ALEXANDERPLATZ

# Vorzugspreise für Lebensmittel

| | |
|---|---|
| Fr. Schwein.-Kotell. Pfd. | 80 Pf. |
| Pr. Schweine-Lies. Pfd. | 65 Pf. |
| Prima Rückenfett Pfd. | 60 Pf. |
| Pr. Delik.-Speck ohne Ripp. Pfd. | 85 Pf. |
| Prima fetter Speck Pfd. | 75 Pf. |

| | |
|---|---|
| Ia Prima Cervelat .. Pfd. | 1.10 |
| Ia Prima Salami .... Pfd. | 1.10 |
| Ia Pa. Schinkenwurst Pfd. | 1.10 |
| Westf. Bauernwurst . Pfd. | 95 Pf. |
| Mettwurst Braunschw. Art Pfd | 85 Pf. |
| Jagdwurst ..... Pfd. | 90 Pf. |

| | |
|---|---|
| Ia Delik.-Leberwurst Pfd. | 70 Pf. |
| Ia feine Leberwurst . Pfd. | 90 Pf. |
| Ia Landleberwurst .. Pfd. | 85 Pf. |
| Ia Sard.-Leberwurst Pfd. | 1.00 |
| Prima Rotwurst angerch. Pfd. | 52 Pf. |
| Prima Hausschl. Rotwurst Pfd. | 70 Pf. |

| | |
|---|---|
| Frühstückssardin. Dose | 32 Pf. |
| Sardinen M. „Carmen" Dose | 48 Pf. |
| Sardinen M. „Renommee" 1/2 Dose | 1.35 |
| Sardinen M. „Saupiquet" 1/2 Dose | 1.45 |
| Sardinen M. „Saupiquet" 1/1 Dose | 2.70 |

| | |
|---|---|
| Ia prima Nussschink. | 1.0 |
| Ia Delikat.-Fleischw. | 75 Pf. |
| Ia Sülzkotell. St. 40, 2 St. | 75 Pf. |
| Delikat. Sülze c. 1 Pfd. Rieg. | 70 Pf. |
| Ia Del.-Schinkenspeck | 1.00 |

**Prima Apfelsinen** Dtz. 30 40 50 Pf.

**Prima Tafeläpfel** 3 Pfd. 55 Pf. Orig.-Korb ca. 20 Pfd. Pfd. 16 Pf.

| | |
|---|---|
| Sardinen M. „Perrier" 1/4 Dose | 60 Pf. |
| Sardinen M. „Perrier" 1/2 Dose | 1.15 |
| Hummer I Kronen, 1/1 Dose | 2.40 |
| Pains diverser Geschmack Dose | 45 Pf. |
| Sprotten in Oel . Dose | 70 Pf. |

Prima starke **Fasanenhähne** . Stück 2.60

**Pa. Birkwild** Hähne Stück 2.00 Hennen Stück 1.80

**Schneehühner** .. Stück 1.05

## Gemüsekonserven

| | 1/1 Dose | 1/2 Dose |
|---|---|---|
| Ia prima Stangenspargel 36/30 | 1.45 | 78 Pf. |
| Riesenbruchspargel ..... | 1.25 | 68 Pf. |
| Bruchspargel I extrastark .... | 1.15 | 63 Pf. |
| Kaiserschoten extrafein ..... | 1.20 | 65 Pf. |
| Schoten mittelfein ..... | 55 Pf. | 33 Pf. |
| Schoten Siebung III ..... | 45 Pf. | 28 Pf. |
| Leipziger Allerlei extra .... | 98 Pf. | 54 Pf. |
| Schoten u. Karotten I ... | 75 Pf. | 43 Pf. |
| Dicke Bohnen ..... | 68 Pf. | 39 Pf. |
| Pfefferlinge ..... | 46 Pf. | 28 Pf. |
| Spinat ..... | 40 Pf. | — Pf. |

## Besonders preiswert:

| | 1/1 Dose | 1/2 Dose |
|---|---|---|
| Stangen-Spargel 20/24 | 1.55 | 83 Pf. |
| Schoten Siebung I | 85 | 48 Pf. |
| Leipziger Allerlei Ia | 75 | 43 Pf. |
| Mirabellen ..... | 68 | 39 Pf. |
| Me ange-Früchte ... | 95 | 53 Pf. |
| Erdbeeren ..... | 95 Pf. | |
| Marmelade Ia ca. 10 Pfd.-Eimer ... | 2.20 | |
| Marmelade Ia ca. 5 Pfd.-Eimer .. | 1.20 | |

## Früchtekonserven

| | 1/1 Dose | 1/2 Dose |
|---|---|---|
| Pflaumen süsse 1/2 Frucht ... | 54 Pf. | 32 Pf. |
| Saure Kirschen mit Stein . | 72 Pf. | 41 Pf. |
| Kaiserkirschen ohne Stein .. | 1.00 | |
| Pfirsiche Ia, 1/2 Frucht, geschält | 1.35 | 73 Pf. |
| Aprikosen 1/2 Frucht ..... | 1.15 | 63 Pf. |
| Birnen extra ..... | 78 Pf | 44 Pf. |
| Apfelmus ..... | 58 Pf. | |
| Senfgurken ..... à Glas | 85 Pf. | |
| Zuckergurken ..... à Glas | 1.05 | |
| Ananas in Würfeln ..... | 1.55 | 83 Pf. |
| Ananas zur Bowle 1/4 D. 48 Pf | 1.65 | 88 Pf. |

**Kaffee** gebr.

| Mischung | I | II | III | IV | V | VI |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Pfund | 85 | 90 | 1.05 | 1.15 | 1.35 | 1.55 |

**Kakao** Prima Pfund Mk. 1.20

**Tee** hochfeine Mischung.

| Mischung | I | II | III | IV | V | VI |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Pfund | 1.15 | 1.80 | 2.20 | 2.70 | 3.50 | 4.20 |


Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

# Heute Mittwoch findet für Berlin und Vororte der Zahlabend statt.

## Die Kaufmannsgerichtswahlen der Arbeitgeberbeisitzer

**finden heute, den 12. Februar, von 12—4 Uhr statt:**

Die sozialdemokratischen Arbeitgeber haben auf

**Liste II**

ihre Kandidaten vereinigt.

Pflicht aller sozial und frei denkenden Arbeitgeber ist es, ihr Wahlrecht auszuüben und ihre Stimme für

**Liste II**

(Liste der sozialdemokratischen Arbeitgeber) abzugeben.

**Die Wahl ist geheim!**

Jeder wählt an der Wahlstelle des Stadtbezirks, in welchem das Geschäftslokal liegt.

## Partei-Angelegenheiten.

**Stralau.** Heute abend 8 Uhr findet in allen Bezirken der Zahlabend statt. Da derselbe pünktlich eröffnet wird, ersuchen wir die Genossen, vollzählig zur Stelle zu sein. Der Vorstand.

**Treptow-Baumschulenweg.** Im heutigen Zahlabend wird über den Antrag der Funktionäre: die Wahlvereinsbezirke den Kommunalwahlbezirken entsprechend einzuteilen, beraten werden. Der erste Kommunalwahlbezirk umfaßt das Gebiet von der Mitte der Kiefholzstraße bis zur Spree und von Berlin bis zur Mitte des Dammweges inklusive den Gebäuden im Plänterwald. Der zweite das Gebiet von der Mitte des Dammweges ausschließlich der Gebäude im Plänterwald bis zur Gemarkung Kanne und von der Spree bis Mitte Kiefholzstraße. Der dritte von der Kiefholzstraße bis Rixdorf und von der Gemarkung Kanne bis zur Mitte des Dammweges. Der vierte von der Mitte des Dammweges bis Berlin und von der Mitte der Kiefholzstraße bis Rixdorf. Es gelangen die bestellten Protokolle und Broschüren zu ermäßigten Preisen zur Ausgabe. Zahlreiches Erscheinen ist deshalb erforderlich. Der Vorstand.

**Ober-Scheineweide.** Donnerstag, den 13. Februar, abends 8½ Uhr, findet im Wilhelminenhof eine Volksversammlung statt, in welcher Gemeindevertreter Julius Grunow über das Verhalten der Gemeindeverwaltung zu dem eingebrachten Antrag über „Inangriffnahme von Notstandsarbeiten“ referieren wird. Zu dieser Versammlung findet heute, Mittwoch, abends 8 Uhr, eine Handzettelverbreitung von den Bezirkslokalen aus statt. Die Genossen sind verpflichtet, vollzählig zu erscheinen. Der Vorstand.

**Reinickendorf-Ost.** Zu dem am Sonnabend, den 22. Februar, stattfindenden Stiftungsfest (Walkotte-Abend) sind die Billetts heute abend bei den Bezirksführern zu haben. Wir ersuchen die Genossen, sich recht rege für den Vertrieb zu verwenden. Der Vorstand.

**Spandau.** Am heutigen Mittwoch findet in allen Bezirken Zahlabend statt.

## Berliner Nachrichten.

**Die Fortschaffung des Scherbelberges.**

Der Magistrat hat nunmehr der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage unterbreitet, die die Abräumung des Müllabladeplatzes an der Stralauer Allee zum Gegenstand hat. In der Begründung sagt der Magistrat:

„Auf dem östlichen Teil des Geländes zwischen Bosse- und Bödickerstraße sind nach einer früheren Aufmessung zirka 180 000 Kubikmeter Hausmüll aufgefahren worden. Diese großen Müllmengen lagern zurzeit noch daselbst, denn bis auf eine geringe Abschachtung, welche die Kanalisationsbauverwaltung beim Bau eines Entwässerungskanales im Zuge der Persiusstraße über den Platz hat ausführen lassen, ist an dem früheren Zustand nichts geändert.

Die nicht mit Müll bedeckten Flächen des Abladeplatzes werden zurzeit von der Pächterin, der Firma A. Tabbert, zu zeitweiliger Ablagerung von Straßenkehricht benutzt.

Im Laufe der Jahre ist die Bebauung bis an diesen Abladeplatz herangerückt. Die Goßlerstraße und der größte Teil der Bödickerstraße ist längs des Platzes gepflastert und meist bebaut, so daß der Abladeplatz mit seinen großen Müllbergen und den Ablagerungen von Straßenkehricht von Wohnhäusern eingefaßt ist.

Von Vereinen und einzelnen Anwohnern wird über die häßlichen Zustände in jener Gegend immer häufiger geklagt und die endliche Beseitigung verlangt.

Wenn die Schilderungen der vorhandenen Uebelstände auch nicht immer der Wirklichkeit entsprechen, so ist doch nicht zu leugnen, daß die Klagen in mancher Beziehung berechtigt sind.

Es liegt aber auch im eigensten Interesse der Stadtgemeinde, das wertvolle Gelände durch Abtragen des Müllberges baureif zu machen; denn die Kosten für die Abfuhr werden reichlich aufgewogen werden durch die dann ermöglichte Verwertung der neu geschaffenen Baustellen.

Nach den unverbindlich eingegangenen Angeboten haben wir die zu machenden Aufwendungen auf 750 000 M. im Höchstbetrage festgesetzt.

Mit der Ausführung dieser Arbeiten würde ein Gelände von etwa 38 695 Quadratmeter baureif gemacht werden, welches einen Verkaufswert von mehreren Millionen besitzt.

Wenn die Ausführung dieser Arbeiten an sich auch nicht dringlich ist, so halten wir es doch für angezeigt, angesichts der allgemeinen wirtschaftlichen Lage dieselbe ungesäumt in Angriff zu nehmen und dem Unternehmer die Verpflichtung aufzuerlegen, bei den in Berlin vorzunehmenden Arbeiten nur solche Arbeiter zu beschäftigen, welche in Berlin wohnen und mindestens drei Monate im letzten Jahre hier gearbeitet haben.“

Aus dieser Begründung geht hervor, daß dem Magistrat nicht so sehr darum zu tun ist, Notstandsarbeiten zu schaffen, als vielmehr darum, das Gelände der Bebauung zu erschließen. Was die Verpflichtung anbelangt, die die Stadt den Unternehmern auferlegen will, bezüglich der zu beschäftigenden Arbeiter, so vermissen wir in der Vorlage die Bedingung, den Arbeitern einen bestimmt festgesetzten Mindestlohnsatz zu zahlen. Eine solche Bedingung gehört unweigerlich in den Vertrag mit dem die Arbeit ausführenden Unternehmer hinein, damit derselbe nicht die große Arbeitslosigkeit noch besonders in seinem Interesse ausnutzt.

**Ein schwerer Automobilunfall** hat sich gestern nachmittag in der Potsdamer Straße zugetragen. In der Nähe der Lützowstraße kam es zwischen dem Gala-Automobil der Firma Rudolf Hertzog und einem Geschäftswagen zu einem heftigen Zusammenstoß. Der Chauffeur mit Namen Dulemka wurde vom Sitz heruntergeschleudert und erlitt am Oberarm schwere Verletzungen. Der Insasse des Automobils, Herr Hertzog, kam bei dem Unfall mit dem Schrecken davon. Nachdem D. auf der Rettungswache in der Steglitzer Straße die ersten Notverbände erhalten hatte, wurde er von Herrn H. in dem Automobil nach einem Krankenhause gebracht.

**Im Grunewald erschossen** hat sich ein unbekannter Mann, dessen Leiche vorgestern im Jagen 52 von einem Förster aufgefunden wurde. Der Tote dürfte etwa 45 Jahre alt gewesen sein. Es handelt sich anscheinend um eine Persönlichkeit aus den besseren Ständen. Der Lebensmüde ist von stattlicher Erscheinung gewesen und trug einen dunklen Voll- und Schnurrbart. Bekleidet war er mit schwarzem Jackettanzug, dunklem Paletot und schwarzem steifen Hut. Die Leiche wurde nach der Halle des Selbstmörderfriedhofes bei Schildhorn übergeführt.

**Massenvergiftungen von Hunden** sind in der letzten Zeit in Pankow vorgekommen. Vermutlich handelt es sich hier um das Treiben einer Mannsperson, die die Hundemorde systematisch begeht. So sind in der Alten Schönholzer Straße allein vier Hunde vergiftet worden. Viele Hundebesitzer wagen es infolge dessen gar nicht, ihre Tiere auf die Straße zu schicken.

**Die Selbstmorde von Arbeitslosen** häufen sich immer mehr. Der 34 Jahre alte Militärinvalide Heinrich M. aus der Pannierstraße 15 war seit Monaten arbeitslos. Vergeblich suchte er Tag für Tag nach Beschäftigung und schließlich geriet er in helle Verzweiflung. Vorgestern bereitete er seinem Leben gewaltsam ein Ende. Während seine Frau in der Küche den Kaffee zubereitete, jagte sich der Unglückliche eine Revolverkugel in den Kopf. Unter den Händen eines hinzugerufenen Arztes starb der Lebensmüde bald darauf.

**Bei einem Oleumattentat schrecklich zugerichtet** wurde die Ehefrau Helene Schubert aus der Kösliner Straße 19. Zwischen der Sch. und einer Nachbarsfrau hatte schon seit Monaten bittere Feindschaft geherrscht. Die letztere hatte der Sch. wiederholt gedroht, sie werde ihr noch einmal einen gehörigen Denkzettel geben. Als die Frau von einem Ausgange ahnungslos die Treppe hinaufstieg, trat unvermutet die Feindin aus ihrer Wohnung heraus und übergoß sie mit Oleum. Die ätzende Flüssigkeit floß der Ueberfallenen über das ganze Gesicht hinweg und richtete es schrecklich zu. Auch andere Körperteile wurden schwer verbrannt. Auf der nahen Unfallstation erhielt die Schwerverletzte die erste ärztliche Hülfe. Die Augen sind ihr ebenfalls mit Oleum übergossen worden und es ist zu befürchten, daß Frau Sch. die Sehkraft verlieren wird.

**Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend.** In der Ausschußsitzung am 9. Februar wurden aufgenommen in den Sängerbund: „Gesangverein der Isolierer und Steinholzleger“ (Berlin); Gesangverein „Freiheit“ (Brandenburg a. H.). Die Abstimmung über die Aufnahme des Gesangvereins „Sängerglück“ wurde bis zur nächsten Ausschußsitzung vertagt. — Zum Bundesdirigenten wurde Herr Blobel einstimmig wiedergewählt. Zu Revisoren wurden gewählt die Sangesbrüder Kupfer, Rätebusch, Schmidt (Verein „Sorgenfrei“). — Die Wahl der Kontrolleure ergab folgendes Resultat: Przibilla, Fischer, Gaffke, Kessels, Knappe, Ballentin, Zieger. Ersterer fungiert gleichzeitig als Beisitzer im Vorstand. — Ort und Tag zur Abhaltung des Bundes-Sängerfestes zu bestimmen, wurde auf Antrag dem Vorstand übertragen, nachdem ein Vorschlag, das Sängerfest geteilt, d. h. in zwei Lokalen zu feiern, vom Ausschuß nicht gutgeheißen wurde. — Das Provinzial-Sängerfest wird beschlossen am 5. Juli in Luckenwalde abzuhalten. — Vom Vorstand wird darauf hingewiesen, daß die in der Uebungsstunde am 9. Februar gesungenen Lieder zur Maifeier gesungen werden; die Vereine werden daher dringend ersucht, diese Lieder fleißig zu üben. Die Noten der „Marseillaise“ werden durch Druck neuhergestellt und sind im Bedarfsfalle vom ersten Kassierer zu beziehen. — Das Aufnahmegesuch des infolge Vereinigung im vergangenen Jahre aufgelösten Vereins „Maiengruß“ wird auf Antrag bis zur nächsten Ausschußsitzung vertagt und soll dann als erster Gegenstand den Ausschuß beschäftigen. — Eine Beschwerde des Obmanns der „Liedergemeinschaft“ wegen Nichtzulassung (weil ohne Mandat erschienen) zur Generalversammlung führt zu einer längeren Debatte, in der wiederholt betont wird, daß in diesem Falle eine Ausnahme hätte gemacht werden müssen, selbst wenn das Statut darüber nichts besagt. Diese Angelegenheit erledigt sich durch einen Schlußantrag.

**Wer ist der Verstorbene?** Am 9. Januar d. J., abends 9 Uhr 30 Minuten, wurde vor dem Hause Jägerstraße 1/2 in Rixdorf ein dem Arbeiterstande angehöriger, etwa 40- bis 45jähriger unbekannter Mann auf dem Straßendamm bewußtlos liegend aufgefunden. Wie festgestellt, stürzte derselbe infolge der an diesem Abend herrschenden Glätte hin und erlitt durch den unglücklichen Fall eine derartig schwere Kopfverletzung, daß er nach Verlauf von 9 Stunden im Krankenhause, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben, verstarb. Papiere oder sonst zur Ermittelung Dienendes trug der Verstorbene nicht bei sich. Der Unbekannte war etwa 1,70 Meter groß, hatte blonde Haare und Zahnlücken; er war bekleidet mit einem blauweiß gestreiften Hemd, baumwollener Unterjacke, weiß punktiertem Jackett, dunkler Hose und schwarzem, steifem Hut. Etwaige Mitteilungen werden in jedem Polizeirevier oder im Polizeipräsidium, Zimmer 332, 2 Treppen, entgegengenommen, eventuell wird um Nachricht zur Tagebuchnummer 873 IV 47 08 ersucht. Mitteilungen können auch an das Polizeipräsidium zu Rixdorf zu J.-Nr. 290 IV. 08 gerichtet werden.

**Feuerwehrbericht.** Am Montag hatte die Feuerwehr an zahlreichen Stellen zu tun. In der Kaiser-Wilhelm-Straße 18b stand der Dachstuhl des vierstöckigen Gebäudes in großer Ausdehnung in Flammen. Um eine weitere Ausdehnung zu verhüten, mußte die 1. Kompagnie unter Leitung des Brandinspektors Leyboldt mit vier Schlauchleitungen von Dampfspritzen längere Zeit kräftig Wasser geben. Die Aufgänge waren anfänglich so verqualmt, daß zum Vorgehen zwei große mechanische Leitern benutzt werden mußten. Um an den Brandherd zu gelangen, wurden die Rohrführer mit Atmungsapparaten ausgerüstet. Schließlich gelang es, den Brand auf den Dachstuhl, der niedergebrannt ist, zu beschränken. Er soll in einem Bodenverschlage ausgekommen sein. Der Schaden ist beträchtlich, da in den Bodenverschlägen eine Menge Hausrat aufbewahrt wurde, von dem nichts gerettet werden konnte. In der letzten Nacht hatte der 15. Zug einen sehr gefährlichen Brand in der Stephanstraße 36 zu bekämpfen. Das Feuer war in einem Laden ausgekommen und hatte an Petroleum reiche Nahrung gefunden. Durch energisches Vorgehen gelang es, die Flammen auf den Laden zu beschränken. In der Prinzenstraße 91 brannte in einer leerstehenden Wohnung Werg, der Fußboden, die Türbekleidung usw. Auch dort mußte tüchtig Wasser gegeben werden. Ein zweiter Dachstuhlbrand beschäftigte die Wehr in der Prinzessinnenstraße 3, wo sie über eine mechanische Leiter angriff und dadurch eine weitere Verbreitung verhütete. Wegen eines Brandes, der ein Kolonialwarengeschäft erfaßt hatte, wurde die Wehr nach der Admiralstraße 18a gerufen, und wegen einer Leuchtgasvergiftung nach der Jerusalemer Straße 44-45. Die vergiftete Person konnte gerettet werden. In der Lindenstraße 15 brannten Gardinen, in der Straße Neu-Kölln am Wasser 20 Bodenverschläge. Außerdem wurde mit Erfolg ein Sauerstoffapparat in der Josefstraße 15 benutzt.

## Vorort-Nachrichten.

**Rixdorf.**

**Eine eigenartige Behandlung** wurde am Montag früh zwei hiesigen Bauarbeitern durch einen Gendarm in dem benachbarten Rudow zu teil. Beide arbeitslose Bauarbeiter waren von hier nach Rudow gegangen, um zu sehen, ob sie auf dem Rixdorfer Krankenhausneubau Beschäftigung finden würden. Als dies nicht der Fall war, gingen sie auf den schräg gegenüber liegenden Privatneubau. Kaum hatten sie diesen Bau verlassen, als ein Gendarm auf einem Rade bei ihnen vorbeifuhr. Nach kurzer Entfernung kehrte dieser um und fragte die beiden Arbeitsuchenden wo sie hinwollten. Nach Rixdorf war die Antwort. Doch das schien den Beamten noch nicht zu befriedigen. Beide Arbeiter hatten sich nämlich zur Fürsorge, im Falle sie Arbeit bekamen, Schürze und Pantoffeln mitgenommen und diese Utensilien zu einem Paket zusammengebunden. Sie wurden gefragt, was sie in den Paketen hätten und um das dem Beamten ad oculos zu demonstrieren, verlangte dieser, daß sie das Paket selbst aufbinden sollten. Der eine Arbeiter glaubte indes, das nicht notwendig zu haben und meinte, wenn Sie sich davon überzeugen wollen, so bitte binden Sie das Paket allein auf. Diese Antwort versetzte den Gendarm dermaßen in Erregung, daß er den Arbeiter vor die Brust stieß und ihn zu arretieren drohte. Das verlangen wir sogar, meinten die Arbeiter, damit wir uns überzeugen können, mit wem wir es zu tun haben und eventuell Beschwerde zu führen imstande sind. Doch der Beamte nahm merkwürdigerweise hiervon Abstand; er nahm nur noch eine verworrene Einsicht in die Invalidenkarten, um bald darauf auf seinem Rade zu verschwinden. Leider war es den Arbeitern nicht möglich, festzustellen, wie der Gendarm hieß. Aber vielleicht meldet er sich. Die Arbeiter glauben ihn mit Bestimmtheit wieder zu erkennen. Selbst wenn der Gendarm auf Spitzbuben fahndete, hatte er sich in ruhiger Weise zu überzeugen, mit wem er es zu tun hatte. Eine genauere Instruktion darüber, wie sich Polizei und Sicherheitsbeamte dem Publikum gegenüber zu bewegen haben, ist dringend am Platze.

**Arbeiter-Samariter-Kolonne.** Morgen Donnerstag, abends 9 Uhr, hält die für Rixdorf neugegründete 5. Abteilung ihren 3. Uebungsabend bei Thiel, Bergstr. 151/152, ab. Herr Dr. Schwabach spricht über „Verletzungen, Wundbehandlung und Blutstillung“. Daran anschließend finden praktische Uebungen statt. Denjenigen, welche sich dafür interessieren, ist noch Gelegenheit geboten, sich an dem Kursus zu beteiligen. Einschreibegeld 25 Pf., Monatsbeitrag 25 Pf.

**Genosse Moritz Meyer,** Mechaniker, Mainzerstr. 18 wohnhaft, bittet uns mitzuteilen, daß er mit dem Mitglied des Wahlvereins Bauarbeiter Moritz Meyer, gegen den das Ausschlußverfahren schwebt, nicht identisch ist.

**Schöneberg.**

**Stadtverordnetenversammlung.**

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird von verschiedenen Seiten an den Magistrat die Anfrage gerichtet, wann endlich mit dem Bau des neuen Rathauses begonnen wird. Der Magistratsvertreter erwiderte, daß das Projekt ausgearbeitet sei und die Stadtverordnetenversammlung in Kürze dazu Stellung nehmen kann.

Dem Antrage des Magistrats, eine gemischte Deputation, bestehend aus 6 Stadtverordneten und 3 Magistratsmitgliedern, zwes Vorbereitung der Uebernahme des Abfuhrwesens in städtische Verwaltung und Aufstellung eines zweckentsprechenden Programms einzusetzen, wird nach kurzer Debatte zugestimmt. Die Deputation wird ermächtigt, Städte, welche derartige Einrichtungen schon besitzen, zu bereisen.

Dem Beschlusse der Stadtverordnetenversammlung, die Wahlzeit der dritten Abteilung auf einen Sonntag zu verlegen, hat der Magistrat die Zustimmung versagt mit der Begründung, daß die Polizei dann gegen die Flugblattverteiler und Stimmzettelverteiler einschreiten könne.

Stadtv. Oestreich (Lib. Frkt.) spricht sein Bedauern über den Beschluß des Magistrats aus, er findet die Begründung nicht für stichhaltig. Redner beantragt, den Magistrat zu ersuchen, in erneute Erwägung darüber einzutreten, ob nicht die Wahlen der dritten Abteilung an einem Sonntag sich vollziehen lassen.

Stadtv. Wollermann (Soz.) hält die vom Magistrat angeführten Gründe seiner Ablehnung für hinfällig. Flugblätter werden heute schon des Sonntags verteilt. Es kämen höchstens die Stimmzettelverteiler in Betracht; aber auch hier können Vorrichtungen getroffen werden, daß dieselben nicht auf der Straße zu stehen brauchen. Bei den Kaufmanns- und Gewerbegerichtswahlen, die des Sonntags stattfinden, sei von einem Einschreiten der Polizei noch nichts zu merken gewesen. Dem Magistrat stehe nicht das geringste im Wege, dem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung zuzustimmen.

Stadtv. Linicus (Unabh. Vg.) ist mit der ablehnenden Haltung des Magistrats einverstanden. Am Sonntag gäbe es immer noch eine große Anzahl von Wählern, die ihr Wahlrecht nicht ausüben können, z. B. Straßenbahn- und Eisenbahnbeamte. Er beantragt, die Wahlen der dritten Abteilung an drei hintereinanderfolgenden Tagen vorzunehmen, wie dies vorbildlich in Wilmersdorf geschehe.

Oberbürgermeister Wilde hält die jetzige Wahlzeit für ausreichend. Der Sonntag gehört der Erholung, da würden viel mehr Leute abgehalten werden.

Die Stadtvv. Küter (Soz.), Oestreich (Lib.) und Molkenbuhr (Soz.) treten den Ausführungen des Oberbürgermeisters und des Stadtv. Linicus entgegen, indem sie auch auf die Kirchenwahlen hinweisen, die des Sonntags stattfinden. Im übrigen könnten ja die Wahlen nach Beendigung der Kirchzeit ihren Anfang nehmen.

Dem Stadtv. Schneider (Unabh. Vg.) ist schon die Ausdehnung der Wahlzeit bis 8 Uhr abends zu weitgehend. Bis 6 Uhr könne jeder sein Wahlrecht ausüben. Würden die Wahlen des Sonntags stattfinden, dann können auch die Schutzleute von der Ausübung ihres Wahlrechts abgehalten werden. Die Sozialdemokraten brauchten nur eine große Anzahl von Versammlungen abzuhalten, die Schutzleute müßten dann tätig sein, um die Leute im Zügel zu halten. (Allgemeines Gelächter.)

Der Antrag des Stadtv. Oestreich wird darauf mit 31 gegen 27 Stimmen abgelehnt und der Antrag des Stadtv. Linicus zurückgezogen. Damit werden die Wahlen wie bisher an Wochentagen vorgenommen, und zwar in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends. Die zweite Abteilung wählt von 12—8 Uhr und die erste Abteilung von 2—6 Uhr.

Eine mehrere Stunden währende Debatte brachte dann der Antrag der Liberalen Fraktion, worin der Magistrat ersucht wird, in einer Petition an den preußischen Landtag dahin vorstellig zu werden, daß die Bestimmung der Städteordnung, die Hälfte der Stadtverordneten müsse aus Hausbesitzern bestehen, baldmöglichst beseitigt werde. Die sozialdemokratische Fraktion beantragte, den Antrag dahin zu erweitern, daß das Dreiklassenwahlrecht ebenfalls beseitigt wird.

Diese beantragte Erweiterung des Antrages hielten einige Herren nicht für geschäftsordnungsmäßig, sie mußten sich aber eines besseren belehren lassen.

Stadtv. Starke (Lib. Frkt.) begründet den Antrag seiner Fraktion. Die Bevölkerungsziffer spreche eine so beredte Sprache, daß der Antrag wohl kaum Widerspruch erfahren könnte. Die Steuerleistung hat mit dem Hausbesitzerprivileg nichts zu tun. Seine Fraktion habe absichtlich davon Abstand genommen, bei dieser Gelegenheit weitergehende Anträge auf Aenderung des Kommunalwahlrechts zu stellen, weil der Antrag mit der Wahlrechtsfrage nicht verquickt werden soll.

Stadtverordnetenvorsteher Lohausen (Lib. Vg.) stellt namens seiner Fraktion den folgenden Antrag: „Die Stadtverordnetenversammlung richtet das Ersuchen an den Magistrat, beim Vorstand des preußischen Städtetages die Anregung zu geben, Ermittelungen darüber anzustellen, ob und inwieweit die gegenwärtigen Verhältnisse im Grundbesitz eine Aenderung des § 16 der Städteordnung angezeigt erscheinen lassen." — Redner hält diesen Weg für den aussichtsvolleren. Die Schöneberger Petition allein würde keinen Eindruck machen. Seine Fraktion werde gegen den Antrag der Liberalen Fraktion stimmen, da das doch nur der Anfang zu weitergehenden Anträgen sei. Die Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages halte er für selbstverständlich. Seine Fraktion halte das Weiterbestehen des Dreiklassenwahlrechts für kein Unglück und durchaus für notwendig.

Stadtv. Hepner (Unabh. Vg.) ist für Beibehaltung des Hausbesitzerprivilegs. Die Hausbesitzer sind an den Ort mehr gebunden wie die Mieter und haben deshalb auch eine größere Verantwortung für die Zahlungsverpflichtungen der Stadt.

Stadtv. Molkenbuhr (Soz.) gibt zu, daß die Petition keinen besonderen Eindruck auf den preußischen Landtag in seiner heutigen Zusammensetzung machen werde. Die Konservativen haben schon von jeher eine Abneigung gegen die Interessen der großen Städte gezeigt. Trotzdem dürfe man sich nicht davon abhalten lassen, die Abänderung des jetzigen Wahlrechts fortgesetzt zu fordern. Wenn jede Stadt einzeln vorginge, sei mehr zu erwarten. Das Hausbesitzerprivileg kann mit der Steuerleistung nicht in Einklang gebracht werden. Kein vernünftiger Mensch könne dieses Vorrecht der Hausbesitzer heute noch gutheißen. Der Grundbesitz liegt in manchen Städten in wenigen Händen. Auch unter den Hausbesitzern befinden sich sehr viel zweifelhafte Elemente, gegen die bereits mit besonderen Gesetzen vorgegangen werden mußte. Das Dreiklassenwahlrecht ist das ins Mammonistische übertragene Vorrecht der Grundbesitzer. Bildung und Besitz sind zwei getrennte Dinge. Redner weist auf einen Vorgang in Essen hin, wo sich zu Lebzeiten Krupps 4 Wähler in der ersten Klasse befanden. Nach dessen Tode rückten mit einemmal 600 Wähler in die erste Klasse ein, die nach kurzer Zeit wieder aus der ersten Klasse verdrängt wurden, als sich die Tochter Krupps verheiratete. Etwas derartig Verrücktes könne doch kein Mensch gutheißen. Die Interessen der Stadt werden viel mehr gefördert, wenn jegliches Vorrecht in der Gemeinde beseitigt wird. Mit dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht werde dem Gemeinwohl besser gedient.

Stadtv. Zobel (Lib. Frakt.) wendet sich gegen die Mitglieder der Liberalen Vereinigung, die sich heute gegen eine alte liberale Forderung ausgesprochen haben. Auch bei der letzten Stadtverordnetenwahl haben sich die Herren von der Liberalen Vereinigung für Abschaffung des Hausbesitzerprivilegs ausgesprochen; heute pfeife man auf diese Versprechungen.

Stadtv. Lohausen (Lib. Vereinigung) sucht sich den Vorwürfen des Stadtv. Zobel gegenüber zu rechtfertigen. Das Wahlrecht in der Gemeinde kann nicht so gestaltet werden wie im Staate. An dem Tage, wo wir in der Gemeinde das allgemeine Wahlrecht haben, wären die Haus- und Grundbesitzer ruiniert.

Stadtv. Luley (Lib. Vereinigung) tritt für Beibehaltung des Hausbesitzerprivilegs ein. In Schöneberg sei bei dem Bestehen dieses Privilegs in den letzten zehn Jahren Musterhaftes geleistet.

Die weitere Debatte geht dann wie üblich auf das persönliche Gebiet über, wobei es zwischen einzelnen Mitgliedern der bürgerlichen Fraktionen zu lebhaften Auseinandersetzungen kommt. Auch der Ordnungsruf des Vorstehers fehlte nicht.

In namentlicher Abstimmung wird der Antrag der Liberalen Fraktion mit 31 gegen 28 Stimmen abgelehnt; damit war auch der sozialdemokratische Abänderungsantrag gefallen. Der Antrag der Liberalen Vereinigung fand ebenfalls nicht die Mehrheit.

Die Anträge betreffend Neubau des Reform-Gymnasiums, Errichtung einer Stadtgärtnerei und Genehmigung des Fluchtlinienplans für das Südostgelände wurden besonderen Ausschüssen überwiesen und die übrigen 9 Punkte der Tagesordnung vertagt.

In Sachen der einheitlichen Ladenschlußzeit an den Sonntagen hat sich der Magistrat gemäß dem am 2. Dezember 1907 gefaßten Beschluß der Stadtverordnetenversammlung an den Polizeipräsidenten gewandt. Derselbe hat geantwortet, daß im Reichsamte des Innern ein neuer Entwurf über die Sonntagsruhevorschriften im Handelsgewerbe ausgearbeitet sei. Dieser Entwurf werde wahrscheinlich eine Einheitlichkeit der Ladenschlußzeit bringen.

---

## Steglitz.

**Als eine Fata Morgana** erwies sich in der Gemeindevertretersitzung die Teuerungszulage für unsere Volksschullehrer. Nachdem der in der Januarsitzung gestellte diesbezügliche Antrag der Etatskommission zur Vorberatung überwiesen war, glaubten sich sicher die Lehrer zu der Hoffnung berechtigt, daß der Antrag zum Beschluß erhoben würde. Die in großer Zahl auf der Tribüne versammelten Jugenderzieher sollten jedoch eine schmerzliche Enttäuschung erleben. Die Etatskommission beantragte Ablehnung des Antrages und die Hausbesitzermehrheit beschloß selbstverständlich demgemäß. Die Redner der Mehrheit mußten zwar die herrschende Teuerung zugeben, aber da es nicht möglich war, einen verhungerten Schulmeister auf den Tisch des Hauses niederzulegen, konnten sie einen „Notstand unter den Lehrern" nicht anerkennen, zumal sie die grandiose Entdeckung gemacht haben, daß es — natürlich außerhalb ihres Kreises — Menschen gibt, die mit noch weniger Einkommen leben müssen, als die Volksschullehrer in Steglitz beziehen. Und dann das häßliche Wort „Teuerungszulage", das so nach Almosen riecht. Man muß die formvollendete, von hohem sittlichen Pathos getragene Rede des G.-V. Gädeke, seines Zeichens Lehrer an der königl. Blindenanstalt und — Hausbesitzer, gehört haben, mit der er die seinen Kollegen drohende Teuerungszulage bekämpfte. Dann erst wird man begreifen, welchen Schimpf die Mehrheit mit ihrem ablehnenden Beschlusse von unserer Lehrerschaft ferngehalten hat. „Immer nobel, wenn dir ooch hungert!" sagt der schnoddrige Berliner. Vielleicht eignen sich diese Worte als Motto für die Dankadresse, die die hiesigen Volksschullehrer ihrem Kollegen Gädeke zu überreichen nicht versäumen sollten. Das Wohlwollen der Mehrheit für unsere Volksschullehrer zeigte sich auch noch bei der Beratung eines neuen Ortsstatuts für die Schuldeputation. Ein Antrag, der verlangte, daß dieser Körperschaft neben den Rektoren auch ein Lehrer angehören muß, wurde von derselben Mehrheit abgelehnt, vermutlich, um die Herren Lehrer nicht mit Sitzungen zu behelligen. — Der weitere Antrag: „Einsetzung einer Untersuchungskommission über die Ernährung der Schulkinder" erfreute sich derselben liebevollen Behandlung. Das fehlte gerade noch: Untersuchungen anstellen, wobei sich schließlich etwas Unangenehmes herausstellt. Machen wir nicht! Ist auch gar nicht nötig. Der Gemeindevorsteher hat nicht erst auf diesen Antrag gewartet, er hat schon längst durch die Rektoren Ermittelungen anstellen lassen (natürlich sehr vorsichtig, damit die Kinder ja nicht den Zweck merken). Die ganz vereinzelten Fälle, die sich dabei herausgestellt haben, wurden mildtätigen Händen überwiesen. Die Mehrheit hielt damit die Sache für erledigt. — Einstimmigkeit wurde erzielt bei dem wenig aufregenden Antrag auf Beitritt unserer Gemeinde zum Verkehrs-Zweckverband Groß-Berlin und ebenfalls bei der nachträglichen Aufnahme von fünfzehn Wählern in die Gemeindewahllisten.

## Lichtenberg.

### Achtung Gewerbegerichtswahl!

Am heutigen Mittwoch, nachmittags von 3—8 Uhr, finden die Wahlen der Beisitzer der Arbeitnehmer zum hiesigen Gewerbegericht statt.

Wahlberechtigt ist, wer das 25. Lebensjahr vollendet hat und zur Zeit der Wahl am Orte wohnt oder beschäftigt ist.

Da bei der Wahlhandlung die Arbeiter sich legitimieren müssen, liegen im Rathause in der Dorfstraße und in der Vorwärtsspedition bei O. Seikel, Kronprinzenstraße 50, Formulare aus, welche die Wähler ausfüllen mögen.

Diejenigen Wähler, welche am Orte arbeiten, lassen diese Formulare vom Arbeitgeber unterschreiben und wählen in dem Bezirk, in welchem der Arbeitgeber wohnt oder seine gewerbliche Niederlassung hat.

Alle am Orte wohnhaften, aber nicht arbeitenden Wähler lassen dieselbe vom Einwohnermeldeamt des Ortes unterstempeln. Auch genügt für diese Wähler die Quittung der letztgezahlten Steuer oder Mietskontrakt.

Gewählt wird in **vier Bezirken.**

Das Wahllokal im **ersten Bezirk** ist Restaurant Paul Schwarz, Dorfstr. 25/26.

Kandidat: **Karl Kruse**, Former, Hagenstr. 51.

**Zweiter Bezirk.** Wahllokal: Restaurant von Gürsch (Kronprinzen-Garten), Frankfurter Chaussee 128.

Kandidaten: **Moritz Henschel**, Maler, Frankfurter Chaussee 90. **Gustav Holdack**, Fabrikarbeiter, Pfarrstr. 32. **Ludwig Luster**, Maurer, Gürtelstraße 25 a.

**Dritter Bezirk.** Wahllokal: Gasthof zum Schwarzen Adler, Gebr. Arnhold, Frankfurter Chaussee 5/6.

Kandidaten: **Albert Hammermann**, Holzarbeiter, Frankfurter Chaussee 19. **Waldemar Graf**, Hutmacher, Frankfurter Chaussee 19.

**Vierter Bezirk.** Wahllokal: Prachtsäle des Ostens (Inhaber Oskar Cranz), Frankfurter Allee 151/152.

Kandidaten: **Richard Hoff**, Eisendreher, Frankfurter Chaussee 153. **Otto Schilling**, Bauarbeiter, Mainzer Straße 25.

Arbeiter Lichtenbergs! Agitiere jeder Einzelne auf seiner Arbeitsstätte für diese Wahl, damit die vorgeschlagenen Kandidaten nicht nur gewählt werden, sondern auch eine imponierende Stimmenzahl auf sich vereinigen.

**Gewerkschaftskommission Berlin (Abteilung Lichtenberg.)**

---

**Ein erfreuliches Resultat** ergab die am gestrigen Tage stattgefundene Wahl der Arbeitgeber-Beisitzer zum Gewerbegericht.

**I. Bezirk.** Zu wählen 2 Kandidaten. Abgegebene Stimmen 42: Gegner 25, Kartell 17. Gewählt: Gegner.

**II. Bezirk.** Zu wählen 3 Kandidaten. Abgegebene Stimmen 50: Gegner 24, 25 u. 25, Kartell 25, 25 u. 25. Gewählt: 1 Kartell, 2 Auslosung.

**III. Bezirk.** Zu wählen 1 Kandidat. Abgegebene Stimmen 51: Gegner 22, Kartell 29. Gewählt: Kartell.

**IV. Bezirk.** Zu wählen 2 Kandidaten. Abgegebene Stimmen 21: Gegner 4 u. 4, Kartell 17 u. 16. Gewählt: Kartell.

## Treptow-Baumschulenweg.

**Aus der Gemeindevertretung.** In einem Schreiben teilte der Schöffe, Gartenbaudirektor Hoffmann, mit, daß er wegen häufiger Abwesenheit von Treptow auf Grund seiner Privattätigkeit das Amt eines Schöffen nicht mehr ausüben könne. Die Neuwahl soll in der nächsten Sitzung geschehen. Der Beitritt der Gemeinde zum Verkehrsverbande für Berlin und seine Vororte wurde im Prinzip beschlossen und die von der Verkehrsdeputation beschlossenen Abänderungsanträge zum Statutenentwurf nach kurzer Debatte angenommen. Hiernach wird gewünscht, daß auch die Siemensbahn den Straßenbahngesellschaften zugerechnet wird, daß ferner Beschlüsse nicht mehr mit mehr als zwei Drittel, sondern auch mit weniger als zwei Drittel sämtlicher Stimmen gefaßt werden können, und zwar, weil zu befürchten ist, daß eine Gemeinde, welche über 1/3 sämtlicher Stimmen verfügt, wie dieses im Statut vorgesehen, Anträge dadurch zu Fall bringen kann. — Die Erhebung von Beiträgen für die Unterhaltung des Straßennetzes wurde in einem Ortsstatut festgesetzt. Die Höhe der Beiträge wird mit Rücksicht auf die Verschiedenheit der Vorteile der Grundbesitzer für einzelne Teile des Straßennetzes in jedem einzelnen Falle durch Gemeindebeschluß in dem durch § 9 des Kommunalabgabengesetzes geordneten Verfahren bestimmt. Zu den Kosten gehören auch die Aufwendungen für den Erwerb der zur Straße erforderlichen Grundflächen, welche die Grundbesitzer zu tragen haben. Bei der Pflasterung der Baumschulenstraße, womit in diesem Frühjahre begonnen werden soll, wird dieses Ortsstatut zum erstenmal in Anwendung gebracht. Der Anteil der Gemeinde hierzu beträgt 50 000 M., das sind 20 Proz. Zum Schluß wurde noch von unseren Genossen auf die bei nassem Wetter unpassierbare Elsenstraße hingewiesen. Der Stadtgemeinde Berlin, welche an diesen betreffenden Stellen die Unterhaltungspflicht hat, soll nahegelegt werden, für Befestigung zu sorgen.

## Adlershof.

**Die letzte Gemeinderatssitzung** war in der Hauptsache der Etatsberatung gewidmet. Vor Eintritt in dieselbe wurde der neugewählte Schöffe Kaiser in sein Amt eingeführt und zwei Einsprüche gegen die Aufstellung der Gemeindewählerlisten als berechtigt anerkannt. In dem Voranschlage für das Rechnungsjahr 1908 ist auch die Wertzuwachssteuer und Einnahmen und Ausgaben für das Gewerbe- und Kaufmannsgericht vorgesehen. Bei der Beratung dieser Punkte wurde vom Gemeindevorsteher die Einbringung besonderer Vorlagen für die nächste Zeit in Aussicht gestellt. Es gewinnt damit den Anschein, als wenn diese Punkte endlich in den Kommissionen zur Beratung gelangen sollen. Die Etatskommission hatte in der Verteilung des Steuerbedarfs wie im Vorjahre 150 Proz. Zuschlag zur Staatseinkommensteuer und eine Herabsetzung der Grund- und Gebäudesteuer von 4 vom Tausend auf 3,7 vom Tausend vorgeschlagen. Hierzu stellten unsere Vertreter den Antrag, den Zuschlag zur Staatseinkommensteuer auf 140 Proz. herabzusetzen und die Grund- und Gebäudesteuer auf 4 vom Tausend bestehen zu lassen. Genosse Hildebrandt wies nach, daß von der Herabsetzung der Grund- und Gebäudesteuer nur die ganz großen Grundbesitzer einen Vorteil genießen, welche ihr Einkommen meistens in anderen Gemeinden versteuern. Der mittlere und kleine Grundbesitz, wie er heute noch in Adlershof vorherrschend ist, hat aber nur geringen Nutzen davon, während an einer Herabsetzung des Steuerzuschlages alle Steuerzahler partizipieren würden. Auch würde die Herabsetzung der Grund- und Gebäudesteuer ein Geschenk für die Grundbesitzer darstellen, da die jetzige Höhe der Steuer schon längere Jahre besteht und auf die Mieter abgewälzt ist. Im übrigen hatte der Gemeindevorsteher erklärt, daß die jetzigen Mehreinnahmen nur durch den Antrag des Abgeordneten Dr. Gerschel im Abgeordnetenhause herbeigeführt seien, nach welchem die Arbeitgeber verpflichtet sind, die Einkommen der bei ihnen Beschäftigten genau anzugeben, so daß bis auf den letzten Pfennig das Einkommen des Mannes, der Frau und der Kinder zur Steuer herangezogen wird. Schon aus letzterem Grunde erfordert die Gerechtigkeit, daß der Steuerzuschlag herabgesetzt wird und die Grund- und Gebäudesteuer in bisheriger Höhe bestehen bleibt. Der Antrag unserer Genossen wurde gegen zwei Stimmenthaltungen angenommen. Auch in dem zur Beratung stehenden Voranschlage mußten noch 1000 M. zum Ersatz des geleisteten Pflastergeldes für die Hackenbergstraße, welche seinerzeit widerrechtlich mit herausgabt waren, eingesetzt werden. Die Einnahmen aus den direkten Steuern betragen: Kommunalsteuerzuschlag 125 000 M. (gegen 97 920 im Vorjahre), Grund- und Gebäudesteuer 92 000 M. (88 000 M.), Gewerbesteuer 25 000 M. (23 625 M.), Betriebssteuer 600 M. (1225 M.); aus den indirekten Steuern: Hundesteuer 2400 M. (1800 M.) — diese Steuer soll von 10 M. auf 15 M. pro Hund erhöht werden —, Lustbarkeitssteuer 1600 M., Biersteuer 5500 M., Umsatz- und Wertzuwachssteuer 15 400 M. (20 000 M.). An Marktstandgeld ist eine Einnahme von 2500 M. (1800 M.) vorgesehen. Zu den Schullasten trägt der Staat 9160 M. bei. Der Titel Friedhofsverwaltung hat eine Einnahme von 1560 M. und eine Ausgabe von 600 M. Die aufgenommenen Anleihen haben die Höhe von 982 993,67 M. erreicht, zu deren Verzinsung und Amortisation 41 516,54 M. eingestellt sind. An Kreissteuern sind 40 225 M. (35 525 M.) zu entrichten. Für Unterhaltung der Straßen usw., Marktverwaltung und Anschlagsäulen sind 25 350 M. (22 500 M.) erforderlich. Die Unterhaltung der Gemeindegrundstücke und Gebäude erfordert 5443 M. (5325 M.), Schulverwaltung 95 225 M. (88 660 M.), Gemeindeverwaltung 63 091,16 M. (57 541,16 M.). Für die Armenverwaltung sind 12 620 27 M. (10 210,87 M.) eingestellt. Der Voranschlag der außerordentlichen Verwaltung schließt mit 325 000 M. ab und es sind darin enthalten: der Bau eines Schulhauses (Anbau an die zweite Gemeindeschule) 150 000 M., Regulierung und Pflasterung der Bismarckstraße zwischen dem Adlergestell und der Helbigstraße 75 000 M. und Bau eines Rathauses 100 000 M. Die Kanalisationsverwaltung schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 43 800 M. ab.

## Britz.

**Aus der Gemeindevertretersitzung.** Die bisherige Schuldeputation wird aufgelöst und eine solche auf Grund des neuen Schulgesetzes gebildet. Ein Antrag des Genossen Schliebitz, einen Vertreter der dritten Wählerklasse in die Schuldeputation zu wählen, wurde einstimmig abgelehnt. Genosse Kitzing tadelte den Beschluß des Ausschusses, der dahin geht, keinen Vertreter der dritten Wählerklasse in die Schuldeputation zu wählen, weil dieser als Sozialdemokrat von der Regierung nicht die Bestätigung erhalten würde. Kein bürgerlicher Vertreter nahm zu dem Antrag Schliebitz, noch zu den Anzapfungen des Genossen Kitzing das Wort. Sie wählten die Herren Wendt und Rese in die Schuldeputation und zeigten damit, wie wenig sie geneigt sind, einer gerechten Forderung der Arbeiterschaft entgegenzukommen. Zugleich bewiesen sie sich als Freunde des Grundsatzes: Ducke dich nur leise, oben anzustoßen ist nicht weise. Somit besteht die Deputation aus zwei Mitgliedern des Gemeindevorstandes, zwei Mitgliedern der Gemeindevertretung und zwei Schulrektoren. Genosse Schliebitz rügte dann noch, daß die Gemeindeturnhalle in der Werderstraße dem bürgerlichen Turnverein unentgeltlich zur Verfügung stehe, während die freie Turnerschaft auf ein diesbezügliches Gesuch nicht einmal eine Antwort erhalten habe. Der Gemeindevorsteher bestritt, daß der Verein der freien Turnerschaft keine Antwort erhalten habe. Auch träfe nicht zu, daß den bürgerlichen Vereinen die Turnhalle unentgeltlich zur Verfügung stehe. Dem Verein würde schon die Rechnung zugestellt werden, er würde allerdings nur die Selbstkosten der Gemeinde zu entrichten haben. Die freie Turnerschaft könne die Halle nicht zur Benutzung erhalten, weil es ein Rixdorfer Verein sei und nur einige Britzer als Mitglieder dabei wären, zudem wohnten die Antragsteller ebenfalls in Rixdorf. Den Mitgliedern der freien Turnerschaft stände, soweit sie Britzer sind, nichts entgegen, sich dem Verein anzuschließen, dem jetzt die Turnhalle zur Verfügung stehe. Genosse Schliebitz stellt auf Grund einer ihm vorgelegten Liste fest, daß der freien Turnerschaft in Britz nur Britzer angehören. Durch den steigenden Verkehr ist die Freilegung der Gradenstraße notwendig geworden, dieselbe soll 25 Meter breit angelegt werden. Die Gemeindevertretung erteilt hierzu die Genehmigung. Weiter wurde beschlossen, einen Schmutzwasserkanal am Tempelhoferweg zwischen der Chausseestraße und dem Erdmannschen Grundstück anzulegen. Die hierzu erforderlichen Kosten im Betrage von 14 000 M. sollen auf dem Wege einer Anleihe beschafft werden. Auf Wunsch der Genossen Schliebitz und Kitzing, denen sich Gemeindevertreter Zickert anschließt, sollen möglichst Britzer Arbeiter beschäftigt und die Arbeiten in Rücksicht auf die bestehende Arbeitslosigkeit beschleunigt werden. Zum Armenpfleger wurde an Stelle des Herrn Schuster der Eigentümer Karl Albrecht aus der Werder-Straße gewählt, zum Schiedsmann Herr Wegener und zum Stellvertreter Herr Böcker, Rudower Straße.

## Weißensee.

**Aus der Gemeindevertretung.** Vier Einsprüche gegen die Richtigkeit der Gemeindewählerliste waren erhoben, von denen einer zu Recht anerkannt wurde. Die Beschaffung einer neuen Einrichtung der Gemeindeturnhalle wurde einer Kommission übergeben, in der auch die Leiter der hiesigen Turnvereine vertreten sind. Um den Bau einer Bahn nach Freienwalde zu beschleunigen, wurde eine Kommission gewählt, die die beteiligten Ortschaften besuchen und mit den Behörden verhandeln soll. Der Kommission ist auch Genosse Fuhrmann zugeteilt. Die Vermehrung der Polizeisergeanten um vier Stellen gab dem Genossen Taubmann Veranlassung, anzufragen, ob die Sicherheit des Ortes die Anstellungen bedinge oder die Bewachung der Zahlabende der organisierten Arbeiterschaft diesen Mehraufwand bedürfe. Die überall bemerkbar werdenden Forderungen nach Polizeibeamten können doch nur den Zweck haben, die Arbeiterschaft in ihrem Wahlrechtskampfe hindern zu wollen. Die Arbeiterschaft habe bisher einen Mangel an Polizei noch nicht bemerkt. Wie der Gemeindevorsteher betonte, sollen die bisherigen Mannschaften so überlastet sein, daß Neueinstellungen notwendig sind. Die Mehrheit stimmte denn auch der Vorlage zu. Ebenso fanden die bürgerlichen Vertreter nicht den Mut, gegen einen Entscheid des Provinzialschulkollegiums zu entscheiden, der da verlangte, für die neuaufzubauende Oberrealschule keine Mittel vom Staate zu verlangen, dagegen allen Anforderungen derselben Behörde nachzukommen. Die Gemeinde zahle nur das Geld, aber über die inneren Einrichtungen der Anstalten usw. machen wir die Vorschriften. Für die am 1. April zu eröffnende Sparkasse werden für die Sparer Heimsparbüchsen beschafft, welche gegen eine Einzahlungsgebühr von 3 M. dem Sparer übergeben werden. Die Baugesellschaft Berliner Realgesellschaft haftet der Gemeinde an Steuern usw. die Summe von 18 500 M. Damit nun die Gemeinde zu ihrem Geld kommt, ist sie gezwungen, mehrere Parzellen anzukaufen. Alle Pfändungen und sonstige Maßregeln waren fruchtlos. Die „arme Gesellschaft" ist auch damit einverstanden, um wieder mal reinen Tisch zu haben. Bei einem Arbeiter läßt man die Steuerschulden nicht so lange anstehen, da weiß man schon, wie man zu seinem Gelde kommt, allerdings ist so ein Direktor einer Baugesellschaft auch gewitzigter wie der Arbeiter.

**Die Liste 33 für die Kommunalwahlen** ist verloren gegangen. Sollte diese Liste vorgelegt werden, so wird ersucht, sie anzuhalten.

## Schönerlinde bei Fr.-Buchholz.

**Am Sonntag** fand im Sperlingskischen Gasthaus zu Schönerlinde eine gut besuchte Volksversammlung statt. Genosse Franke aus Rixdorf referierte über: „Die politische Lage und die nächsten Ziele der Sozialdemokratie." Die Ausführungen des Redners wurden mit sichtlichem Interesse und unter regem Beifall entgegengenommen.

Es war dies die erste sozialdemokratische Versammlung am Orte, welcher sehr bald weitere folgen werden, sodaß die Gründung einer Zweiggruppe des Wahlvereins Bezirk Pankow hoffentlich in nächster Zeit von statten gehen kann.

## Spandau.

**Eine Arbeitslosenversammlung** findet am Donnerstag, den 13. d. M., vormittags 11 Uhr, im Saale der Witwe Ullrich, Havelstraße 20 statt. Auf der Tagesordnung steht: Die Antwort des Magistrats und der Stadtverordneten über die Eingabe der Arbeitslosen. Zu dieser Versammlung sind die Stadtverordneten sowie die Vertreter des Magistrats eingeladen. An die Stadtvv. Bender und Lüdicke ist extra eine schriftliche Einladung ergangen.

Arbeitslose erscheint in Massen in dieser Versammlung. Tellersammlung findet nicht statt. Das Gewerkschaftskartell.

**„Der Reichsvereinsgesetzentwurf“**, lautet das Thema, über das Reichstagsabgeordneter August Brey in einer vom Gewerkschaftskartell am Freitagabend nach dem Saale der Witwe Ullrich einberufenen Volksversammlung referieren wird. Der Reichstagsabgeordnete Pauli ist brieflich eingeladen worden. Arbeiter und Arbeiterinnen! Zeigt durch Massenbesuch, daß Ihr mit dem Gesetzentwurf nicht einverstanden seid.

**Potsdam.**

**In einer zu heute, vormittags 10 Uhr, nach dem Restaurant Ladenthin einberufenen Arbeitslosenversammlung will die Arbeitslosen-Deputation Bericht erstatten über die Antwort des Magistrats** bezüglich der Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit.

Es ist daher jedes Arbeitslosen Pflicht, in der Versammlung zu erscheinen!

# Kommunales.

**Städtische Krippen und Kindergärten — abgelehnt!** Die Ausschußsitzung hat den Antrag unserer Stadtverordnetenfraktion, Krippen und Kindergärten in städtische Verwaltung zu übernehmen, gegen die vier Stimmen unserer Fraktionsvertreter und des Dr. Nathan abgelehnt. Die Mehrheit vertrat einmütig den Standpunkt, daß durch städtische Fürsorge auf diesem Gebiete die Eltern verleitet würden, ihre Pflichten gegen ihre Kinder nicht zu erfüllen und der Stadt die Verantwortung aufzuladen. Wenn die private Wohltätigkeit nicht ausreiche, so genüge es, dieser vielleicht etwas mehr von der Stadt zuzuwenden. Eine soziale Verpflichtung bestehe nicht. Es sei auch sehr davor zu warnen, auch nur den ersten Schritt auf diesem Wege zu tun, der schließlich in den Zukunftsstaat führen müsse. Die Entgegnungen unserer Vertreter fanden taube Ohren. Um so aufmerksamer wird die arbeitende Bevölkerung auf die weisen Lehren des unentwegten Freisinns aufhorchen!

# Gerichts-Zeitung.

**Die Kühnemänner als „Erzieher“ der Arbeiterpresse.**

In einer Privatbeleidigungsklage, die kürzlich auf Betreiben des Verbandes der Metallindustriellen gegen den „Vorwärts“ geführt wurde, sagte Rechtsanwalt Hennigsohn als Vertreter des Klägers, diese und andere noch zu führende Klagen hätten den Zweck, auf den Ton des „Vorwärts“ bessernd einzuwirken. — Inzwischen hat der Verband der Metallindustriellen und sein Anwalt, Herr Hennigsohn, seine Bemühungen um die Herstellung eines „guten Tones“ in der Arbeiterschaft fortgesetzt und die Betätigung seiner vermeintlichen erzieherischen Talente mit Hülfe des Gerichts an der „Holzarbeiter-Zeitung“ zu erproben versucht. — Am Dienstag trat vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte der bekannte Generalsekretär Nasse als Kläger gegen den Redakteur der „Holzarbeiter-Zeitung“, Genossen Deinhardt in Stuttgart auf.

Die „Holzarbeiter-Zeitung“ hatte in einem längeren Artikel die Mitwirkung des Herrn Nasse bei der Gründung eines Arbeitgeberverbandes der Wagenbauer besprochen und dabei die Ausdrücke „Scharfmacher“, „Generalscharfmacher“ und „sonderbarer Heiliger“ auf Herrn Nasse angewandt. — Nasse verklagte deshalb den Redakteur Deinhardt. Dieser bot den Wahrheitsbeweis dafür an, daß der Kläger in der Tat ein Scharfmacher sei. Diesen Beweis lehnte das Gericht als unerheblich ab und stellte sich auf den Standpunkt: „Scharfmacher“ sei keine Beleidigung, aber die Ausdrücke „Generalscharfmacher“ und „sonderbarer Heiliger“ könnten von überempfindlichen Menschen als Beleidigung aufgefaßt werden. Deinhardt wurde zu einer Geldstrafe von 10 M. verurteilt. — Diese Klage schwebt gegenwärtig in der Berufungsinstanz.

Inzwischen hat Generalsekretär Nasse — wieder im Interesse des guten Tones — eine **neue Klage gegen Deinhardt** als Redakteur der „Holzarbeiter-Zeitung“ anhängig gemacht. Diese Klage, die am Dienstag verhandelt wurde, stützt sich auf einen kurzen Bericht, den die „Holzarbeiter-Zeitung“ über ihren ersten Beleidigungsprozeß brachte. In dem Bericht wird gesagt, durch die verhinderte Beweisaufnahme sei es dem überempfindlichen Herrn Nasse erspart geblieben, sich seine bekannte Scharfmachertätigkeit im Dienste der Kühnemänner vor Gericht bescheinigen zu lassen. „Und so etwas“ — heißt es am Schlusse des Berichts — „wagt sich zu Hütern des guten Tones in der Oeffentlichkeit aufzuspielen.“ — Durch diese Sätze fühlt sich Herr Nasse beleidigt und sein Anwalt Hennigsohn ersuchte das Gericht, dem Angeklagten **„einen empfindlichen Denkzettel“ zu erteilen**, damit sich die „Holzarbeiter-Zeitung“, deren Ton durch die geringe Strafe von 10 M. nicht gebessert worden sei, in Zukunft eines besseren Tones bediene! — **Wolfgang Heine**, als Verteidiger des Beklagten, sagte unter anderem: Der Kläger gehöre ja zu der Gruppe, die in der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ ihre Vertretung sieht. Wenn es sich hier um eine Frage des guten Tones handeln solle, dann wäre es wichtig, die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ vorzulegen, um zu zeigen, in welcher Weise auf der Seite, zu der der Kläger gehört, der gute Ton gepflegt wird. Was hier dem Beklagten zur Last gelegt wird, das sei eine **Kleinigkeit** gegenüber dem, was die **„Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“** gegen Gewerkschaftsangestellte und Gewerkschaftsredakteure zu schreiben pflegt. Behauptungen wie die, daß die Gewerkschaftsbeamten sich von Arbeitergroschen mästen, daß sie die Arbeiter ausbeuten und terrorisieren seien noch das mildeste von den Beleidigungen, mit denen die „Arbeitgeber-Zeitung“ die Seite, auf welcher der Beklagte steht, zu treffen suche. Im weiteren führte der Verteidiger aus, daß die Auslassungen, durch welche sich der Kläger beleidigt fühlt, nicht als beleidigend angesehen werden könnten und der Beklagte deshalb freigesprochen werden müsse.

**Rechtsanwalt Hennigsohn** bemerkte, der Kläger habe keinerlei Beziehungen zur „Arbeitgeber-Zeitung“, der Ton dieses Blattes könne deshalb nicht gegen den Kläger ins Feld geführt werden. — Darauf erwiderte Rechtsanwalt Heine: Es sei erfreulich, zu hören, daß Herr Nasse zur Redaktion der „Arbeitgeber-Zeitung“ keine Beziehungen habe, aber ganz ohne Einfluß auf das Blatt sei er wohl nicht. Wenn Herr Nasse den Ton in der Presse bessern wolle, dann werde er hoffentlich Schritte tun, um die „Arbeitgeber-Zeitung“ zur Anwendung eines besseren Tons zu veranlassen.

**Das Gericht** erkannte auf eine Geldstrafe von 30 M. In der Urteilsbegründung sagte der Vorsitzende unter anderem: „Scharfmacher“ sei eine im politischen Kampf gebräuchliche Bezeichnung und deshalb nicht beleidigend. Der auf den Kläger bezogene Ausdruck „unfeine Arbeiterbekämpfung“ würde auch nicht ohne weiteres beleidigend sein, aber in Verbindung mit dem nachfolgenden Satze: So etwas wagt, sich in der Oeffentlichkeit als Vertreter des guten Tones aufzuspielen, sei die Absicht der Beleidigung zu erkennen.

Das Erkenntnis geht fehl. Aber sei es drum. Aus diesem von Herrn Nasse und dem hinter ihm stehenden Verband der Arbeitgeber extrahierten Erkenntnis ziehen wir gern die logische Folge: die Herren wagen es nicht, sich in der Oeffentlichkeit als Vertreter des guten Tones aufzuspielen. In der Tat können nur naive Leute glauben, daß es den Herren vom Arbeitgeberverband nur um den guten Ton zu tun ist. Sie handeln nach dem Wort, welches Faust dem Mephisto zurief: „Du kannst im Großen nichts verrichten und fängst es drum im Kleinen an.“ — Mit den kleinlichsten Mitteln suchen die Leute, den Gegner, dem sie nichts anhaben können, wenigstens zu ärgern. — Lassen wir ihnen das Vergnügen: es ist ein Versuch mit untauglichen Mitteln an einem untauglichen Objekt und führt lediglich zur Aufklärung darüber, daß die Herren Interessen vertreten, die denen der Arbeiterklasse durchaus entgegenstehen.

**Raubmord.**

Gestern wurde nach zweitägiger Verhandlung vor dem Hamburger Schwurgericht der im September 1907 in Rathenow verhaftete **Knecht Holz** wegen schweren Raubes und Totschlages zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Verurteilte ist der Haupttäter an dem in der Nacht zum 6. August in dem hamburgischen Dorf Tatenberg verübten Verbrechen. Damals wurde der Gemeindevorsteher dieses Dorfes, **Janssen**, ein 70jähriger Mann, **ermordet** und seine Frau und ein siebzehnjähriges Dienstmädchen gefesselt und **gemartert**. Die Täter, vier Personen, hatten es auf die **Gemeindegelder** abgesehen, die Janssen in seinem in der Schlafstube stehenden Geldschrank aufbewahrte. Dieser widerstrebte aber ihren Anstrengungen, und da das mißhandelte Dienstmädchen sich die Fesseln zu lösen und in einem unbewachten Moment ins Freie zu eilen vermochte, mußten die Verbrecher unverrichteter Sache abziehen, nachdem der eine sich die silberne Uhr des erdrosselten Janssen angeeignet hatte. Als Täter wurden von dem Dienstmädchen die bei Janssen dienenden Knechte Holz und **Güttich** sowie der Weber **Paul** aus Oesterreich und der frühere Schmied **Güssefeld** ermittelt. Paul ist in Oesterreich zu einer Kerkerstrafe von 15 Jahren verurteilt worden, während die später ergriffenen Güttich und Güssefeld im vergangenen Sommer vom Hamburger Schwurgericht zu lebenslänglichem bezw. zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt worden sind.

**Folgen unleserlicher Rezepte.**

Strafbar macht sich nach § 230 des Strafgesetzbuches, wer durch Fahrlässigkeit die Körperverletzung einer anderen Person verursacht. Nach § 33 der **Apothekenbetriebsordnung** vom 18. Februar 1902 dürfen unleserlich geschriebene Verordnungen ohne Aufklärung durch den Arzt nicht angefertigt werden. F., welcher Gehülfe in einer Berliner Apotheke war, war auf Grund der obigen Vorschriften angeklagt und verurteilt worden. In der betreffenden Apotheke erschien vor einiger Zeit ein Kaufmann L. mit einem Rezept eines Arztes Dr. W., welcher der genannten Person **Furunkulin** verschrieben hatte. F. nahm aber an, daß der Arzt **Formalin** verschrieben hatte, händigte L. eine Flasche Formalin aus und versah die Flasche mit der Aufschrift „Aeußerlich“. Kaum hatte L. einen Teelöffel voll von dem Formalin genommen, so empfand er einen brennenden Schmerz. Infolge von Verbrennungen im Munde, Rachen und Magen war L. gegen 14 Tage krank. F. betonte, er habe das Rezept auch einem Kollegen gezeigt, welcher ebenfalls Formalin gelesen habe. Die Handschrift des Arztes sei recht unleserlich gewesen. **Obschon die Sachverständigen erklärten, sie würden ebenfalls wie F. gehandelt haben, verurteilte ihn dennoch die Strafkammer zu Strafe**, weil er unter diesen Umständen gemäß § 33 der Betriebsordnung ohne Aufklärung durch den Arzt das Medikament nicht hätte abgeben dürfen. Infolge seiner Fahrlässigkeit sei die Gesundheit L.s geschädigt worden. Gegen seine Verurteilung legte F. Revision beim Kammergericht ein und stellte in Abrede, fahrlässig gehandelt zu haben, da selbst die Sachverständigen bekunden, sie hätten ebenso gehandelt wie F.; aus dem roten Zettel mit der Aufschrift „Aeußerlich“ hätte L. auch ersehen können, daß das Mittel nicht eingenommen werden durfte. **Das Kammergericht hob die Vorentscheidung auf und wies die Sache zur anderweiten Verhandlung und Entscheidung an die Strafkammer zurück.** Es führte unter anderem aus, ohne Rechtsirrtum habe das Gericht angenommen, daß F. fahrlässig gehandelt und infolgedessen die Gesundheit des L. beschädigt habe. § 33 der Betriebsordnung sei aber vorliegend nicht ohne weiteres anwendbar, da er sich auf Arzneimittel beziehe, die „angefertigt“ werden. F. habe das Medikament vorrätig gehabt und verkauft. Trotzdem könne auch in einem solchen Falle angenommen werden, daß F. fahrlässig gehandelt habe, indem er das Arzneimittel abgab, ohne sich vorher bei dem betreffenden Arzte zu erkundigen, was er verschrieben habe. Die Prüfung nach dieser Richtung hin sei von der Strafkammer vorzunehmen.

# Vermischtes.

**Vom Eilzug überfahren.** Amtlich wird vom gestrigen Tage aus Breslau gemeldet: Gestern nachmittag 5½ Uhr wurde am westlichen Ende des Bahnhofs Sadewitz auf der Strecke Breslau-Hirschberg durch den Eilzug Nr. 68 ein Fuhrwerk überfahren, dessen Kutscher nebst zwei Pferden schwer verletzt wurde. Der Wagen wurde zertrümmert. Wie das Fuhrwerk auf das Gleis geraten ist, ist bisher unaufgeklärt. Die Untersuchung ist eingeleitet.

**Gasexplosion.** Wie aus Bunzlau gemeldet wird, erfolgte gestern unter gewaltiger Detonation die Explosion des Gasometers in der Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen „Lindenhof“. Zwei Lehrlinge wurden schwer verletzt; dem einen wurde ein Bein zerrissen, der andere wurde an der Seite schwer verletzt. An den Gebäuden wurden große Verheerungen angerichtet und durch den gewaltigen Luftdruck alle Fenster zertrümmert. Die Ursache der Explosion ist noch nicht bekannt.

**Aus den Bergen.** Der Direktorialstellvertreter Eugen Wolff der Oesterreichischen Anglobank in Wien, der in Begleitung mehrerer Herren und zweier Führer den Weg von der Loetschenlucke nach Grindelwald auf Ski-Schneeschuhen machen wollte, ist beim Aufstieg zum oberen Mönchjoch, die Ski tragend, durch Verlassen des gebahnten Weges in einen 70 Meter tiefen Gletscherspalt gestürzt und tot geblieben. Eine Bergungsexpedition von 12 Führern begibt sich heute nacht auf den Weg.

**Die Pocken in Paris.** Wie Pariser Zeitungen berichten, sind gegenwärtig im 20. Pariser Bezirk etwa zwanzig Pockenfälle zur Anzeige gelangt. Die Krankheit soll durch spanische Zigeuner eingeschleppt worden sein, die seit einigen Wochen in der Nähe der Festungswerke kampieren.

**Sturm auf dem Schwarzen Meer.** Nach einer Meldung aus Konstantinopel herrscht seit Sonnabend auf dem Schwarzen Meer Sturm, der zahlreiche Schiffsunfälle mit Verlust von Menschenleben im Gefolge hatte.

**Berliner Marktpreise.** Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. (Großhandel.) Ochsenfleisch Ia 68–70 pr. 100 Pfd., IIa 62–67, IIIa 54–57, Bullenfleisch Ia 65–70, IIa 54–64, Kühe, fett 48–56, do. mager 36–44, Fresser 50–58, Bullen, dänische 51–63, Kalbfleisch, Doppellender 105–125, Mastkälber Ia 85–95, IIa 75–84, Kälber ger. gen. 55–71, do. holl. 45–50, Hammelfleisch Mastlämmer 74–76, Hammel Ia 68–70, IIa 60–65, ungar. 0,00, Schafe 45–58, Schweinefleisch 50–58, Rehwild Ia per Pfund 0,00, IIa 0,00, Rotwild Ia per Pfund 0,45–0,52, do. IIa 0,30–0,40, do. Kälber 0,45–0,55, Damwild 0,40–0,60, do. Kälber 0,70–0,80, Wildschweine per Pfd. 0,35–0,50, Frischlinge per Pfd. 0,00, Kaninchen, groß, Stück 0,80 bis 1,15, do. klein 0,40–0,60, Hasen, groß per Stück 3,70–4,00, do. mittel u. klein Stück 2,00–3,00, Wildenten per Stück 1,40–1,75, Fasanenhähne Ia, junge 2,90, do. IIa und alte 2,00, Fasanenhennen 0,00, Schneehühner Stück 1,00, Birkhähne Stück 1,60–1,75, Birkhennen Stck. 1,25–1,50, Haselhühner Stck. 0,90–1,10, Hühner Ia per Stück 1,40–2,00, dito IIa 0,80–1,30, Hamburger Küken, Stück 1,10, Poularden, deutsche, p. Pfd. 0,00, Tauben Ia 0,40–0,75, do. IIa 0,00, do. alte 0,55–0,64, do. ital. 0,00, Enten, per Stück 0,00, dito russische per Stück 0,00, dito Hamburger, per Stück 3,50–3,75, Gänse per Pfd. 0,50–0,55, do. jg. Hamb. per Pfd. 0,75–1,10, dito russische per Pfund 0,40–0,38, Poulets per Stück 0,80–1,30, Puten Ia p. Pfd. 0,70–0,75, do. IIa 0,62–0,64, Hechte per 100 Pfund 88–95, do. matt 0,00, do. groß 50–73, do. mittel 96, Zander, unsortiert 0,00, do. groß 0,00, do. mittel 143, Schleie, groß 90–91, dito mittel 0,00, dito IIa 82–100, Aale, klein 0,00, do. klein-mittel 0,00, do. groß 0,00, Karpfen 70, do. 25–30er 74–76, do. 10–15er 54–65, do. franz. 70–100er 0,00, Plötzen 0,00, do. klein 0,00, Aland 0,00, Quappen 0,00, Bleifische 0,00, Wels 0,00, Bunte Fische 33–36, Barse matt 61–75, do. 81–90, Bleie matt 0,00, Karauschen, matt 0,00, Winter-Rheinlachs, per 100 Pfund 0,00, Amerikanischer Lachs Ia, per 100 Pfund 110–130, do. IIa 90–100, Seelachs, per 100 Pfund 20–30, Flundern, Kieler, Stiege Ia 2–6, do. mittel, Kiste 0,00, do. Hamb. Stiege 3–6, halbe Kiste 2–3, pomm. Ia Schock 0,00, IIa 0,00, Bücklinge, Kieler der Ball 2,00, schwedische 1,50–2,00, englische 0,00, Sprotten, Danziger, Kiste 0,60, do. Rügenwalder, Kiste 0,40–0,60, Aale, groß per Pfund 1,10–1,40, mittelgroß 0,80–1,10, klein 0,60–0,80, Heringe per Schock 5,00–9,00, Schellfische, Kiste 4,00–6,00, dito ½ Kiste 2,50–3,00, Sardellen, 1902er per Anker 98, 1904er 99, 1905er 98, 1906er 85–90. Schottische Vollheringe 1905 0,00, large 40–44, full. 38–40, med. 36–42, deutsche 30–40, Heringe, neue Matjes, per ½ To. 0,00, Sardinen, russ., Faß 1,50–1,60, Bratheringe Faß 1,20–1,40, do. Büchse (4 Liter) 1,40–1,70, Kennaugen, Schockfaß 11, do. kleine 5–6, do. Riesen- 14, Kreble per Schock 0,00, große 0,00, do. mittelgroße 0,00, dito kleine 0,00 cm 0,00, do. unsortiert 0,00, Galizier, groß 0,00, Seemuscheln 100 St. 1,00, Eier, Land-, unsortiert per Schock 3,40–4,50, do. große 4,50–5,00, Butter per 100 Pfd. Ia 132–134, IIa 127–130, IIIa 120–125, abfallende 115–120, Saure Gurken Schock 4,50, Pfeffergurken Schock 4,50, Kartoffeln per 100 Pfund Dabersche 3,25–3,50, weiße runde 3,00–3,25, mag. bon. 3,25–3,50, Porree, per Schock 1,00–1,50, Meerrettich, Schock 8–16, Spinat per 100 Pfund 30–40, Selleric, per Schock 3–6, do. pomm. 8–12, Zwiebeln per 100 Pfd. 4,00–4,50, Peterzilie, grün, Schockbund 0,80–1,50, Rettich, bayrischer, per Stück 0,06–0,10, hiesiger, per Schock 0,00, Mohrrüben, 100 Pfund 2,50 bis 3,50, Karotten, per 100 Pfund 10–15, Wirsingkohl p. Schock 3–6, Rotkohl, Schock 2,10–4, Weißkohl p. 100 Pfd. 1,60–2,50, Blumenkohl, hiesiger 100 Stück 0,00, do. Erfurter 0,00, do. italienischer 100 Stück 18–22, do. in Körben 18 Stück 1,75–2,50, Rosenkohl, per 100 Pfund 10–18, Grünkohl 6,00–8,00, Kohlrüben, Schock 2,50–4,00, Petersilienwurzeln, p. 100 Pfd. 5–6, Schockbund 5,00–6,00, Schnittlauch, Töpfe Dutzd. 2–4,00, Tomaten, kanarische, per Kiste 3,00–4,00, Rote Rüben, per 100 Pfund 2,50–3,00, Rübchen, Beeliger, per 100 Pfund 0,00, do. Rübchen 10–18, Eskarol, 100 Stück 8,00–18,00, Endivien, 100 Stück 15–20, Birnen, per 100 Pfd. Tiroler 0,00, Kochbirnen 3–10,00, Tafelbirnen Ia 18–25, do. IIa 6–17, Italiener 26–30, Aepfel, per 100 Pfund, Tiroler Ia 20–25, do. IIa 12–20, do. lose, per 100 Pfund 0,00, do. in Kisten 120 Pfd. 30–50, Most-, hies., 100 Pfd. 8–12, Koch- 5–14, Tafeläpfel Ia 15–24, do. IIa 8–18, Amerikaner, per Faß 15–25, Italiener, lose, 100 Pfd. 11–12, do. in Körben per 100 Pfd. 14–18, do. in Kisten 10–24, Weintrauben, Almeria, per Faß 6–16, Ananas I, per Pfund 0,90–1,00, do. II 0,50–0,55, Bananen, geld, Jamaica, per 100 Pfd. 22,00–27,00, Kokosnüsse per 100 St. 0,00, Knackmandeln per 100 Pfd. 70–115, Maronen, ital., per 100 Pfund 9–30, Feigen, Kranz- per 100 Pfd. 21–25, do. Trommel- per 100 Pfd. 40, do. in Kisten 28–58, Traubenrosinen per 100 Pfund 55–120, Zitronen, Messina, 300 Stück 8,00–9,00, do. 360 Stück 8,00–9,00, do. 200 Stück 0,00, do. 150 Stück 0,00, Apfelsinen, Murcia, 200 Stück 8,00–10,00, do. 300 Stück 7,00–11,00, do. Valencia 420 Stück 15–25, do. 714 Stück 22–28,00, do. Messina-Blut 100 Stück 7–9, do. 150 Stück 7–10, do. 80 Stück 8,50–9,50, do. 200 Stück 8,50, Datteln, per 100 Kart. 38–42, do. per 10 Pfd. 5,00–5,50, Johannisbrot, per 100 Pfd. 10–15.

**Witterungsübersicht vom 11. Februar 1908, morgens 8 Uhr.**

| Stationen | Barometerstand mm | Windrichtung | Windstärke | Wetter | Temp. in C. |
|---|---|---|---|---|---|
| Swinemünde | 772 | WSW | 3 | wolkig | −1 |
| Hamburg | 774 | WSW | 3 | Nebel | 2 |
| Berlin | 775 | WSW | 2 | wolkig | −1 |
| Frankf. a. M. | 779 | NW | 1 | bedeckt | −1 |
| München | 781 | Still | | wolkenl. | −5 |
| Wien | 778 | NW | 2 | halb bd. | −3 |
| Haparanda | 749 | S | | bedeckt | −10 |
| Petersburg | 764 | NW | 1 | wolkenl. | −14 |
| Scilly | 777 | W | 1 | wolkig | 6 |
| Aberdeen | 767 | SSW | 2 | bedeckt | [illegible] |
| Paris | 778 | OSO | 2 | wolkenl. | −9 |

**Wetterprognose für Mittwoch, den 12. Februar 1908.**

Ein wenig wärmer, zeitweise aufklarend, vorwiegend trübe mit geringen Niederschlägen und lebhaften westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

**Wasserstands-Nachrichten**
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

| Wasserstand | am 10. 2. cm | seit 9. 2. cm [1] | Wasserstand | am 10. 2. cm | seit 9. 2. cm [1] |
|---|---|---|---|---|---|
| Memel, Tilsit | 314 [2] | −4 | Saale, Grochlitz | 156 | +36 |
| Pregel, Insterburg | 157 [3] | −10 | Havel, Spandau [4] | 128 | 0 |
| Weichsel, Thorn | 216 [5] | −18 | „ Rathenow [4] | 148 | −1 |
| Oder, Ratibor | 110 [6] | 0 | Spree, Spremberg [4] | 128 | +4 |
| „ Krossen | 183 [5] | −4 | „ Beeskow | 184 | +2 |
| „ Frankfurt | 188 [6] | −6 | Weser, Münden | 48 | +24 |
| Warthe, Schrimm | 243 [5] | +8 | „ Minden | 130 | +10 |
| „ Landsberg | 182 [7] | −1 | Rhein, Maximiliansau | 291 | 0 |
| Netze, Nordamm | 74 [4] | −1 | „ Kaub | 120 | −1 |
| Elbe, Leitmeritz | −22 | 0 | „ Köln | 167 | −22 |
| „ Dresden | -128 | −2 | Neckar, Heilbronn | 68 | +44 |
| „ Barby | 156 | 0 | Main, Wertheim | 145 | +12 |
| „ Magdeburg | 138 | −4 | Mosel, Trier | 106 | +32 |

[1]) + bedeutet Wuchs, — Fall. — [2]) Unterpegel. — [3]) Eisstand. — [4]) Grundeis. — [5]) starker Grundeisgang. — [6]) am 9. nachmittags Eisgang. — [7]) Eisgang.

Die Weichsel hatte gestern noch teilweise Eisstand und teilweise Treibeis.

# Briefkasten der Redaktion.

**Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, „Fahrstuhl“ wochentäglich abends von 7½ bis 9½ Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr, Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.**

**A. H. 68.** Die Wartezeit beträgt sechs Monate. — **P. P. 4.** Der Vertrag mit der Großen Berliner läuft bis 1919. — **B. R. 60.** Die Kasse würde im Klagefalle gewinnen. — **E. F. 300.** Ja, Ihnen steht voller Schadenersatz zu. — **88 A. B.** Die betreffende Kasse vermögen wir nicht zu empfehlen und stellen Ihnen anheim, sich wegen Auskunft über eine empfehlenswerte Kasse an Genossen Simanowski, Engel-Ufer 15, zu wenden. — **A. 31.** Die Kirchengemeinde nimmt ein solches Recht für sich in Anspruch. Von höheren Gerichten ist unseres Wissens über das Recht, Auslaufsgebühren zu verlangen, nicht entschieden. Nach unserem Dafürhalten steht der Kirchengemeinde ein solches Recht nicht zu. — **Moabit 84.** Das Revier, das die Karte ausgestellt hat. — **H. 64.** Ist im Vertrag nichts vereinbart, so ist der Wirt zur Instandsetzung der Jalousien verpflichtet. In Berlin wird in der Regel das Gegenteil vereinbart. Sehen Sie Ihren Vertrag daraufhin an. — **O. Rein.** — **E. K. 26.** 1. 20 Prozent. 2. Bis zum 31. Dezember 1909. 3. Rein. 4. Die Kasse ist uns nicht bekannt. — **Schwedter Straße 33.** 1. Ja. Die Praxis nimmt aber an, der Arbeiter müsse erklären, daß er nur unter der Voraussetzung aussetze, daß Lohn weiter bezahlt wird. 2. Ja. — **Küstrinchen 10.** Zur Rückzahlung der 3 Mark, nicht aber zur Zahlung der 7,50 ist das Mädchen verpflichtet. Der Vater haftet nicht für diese Schuld. — **O. S. 62.** Ohne Einsicht in die Police nicht zu beantworten. — **Halensee 555.** 1. Wenn Sie in einem gewerblichen oder ländlichen Betriebe arbeiten ja. 2. Der Ausländer hat ein Recht aus der Invalidenversicherung. 3. Ja, beim Konsulat. — **Thormählen.** Die Chiffre ist nicht zu entziffern. 1. bis 3. Ja. 4. Gewerbetreiber ist zu zahlen, wenn der Jahresverdienst 1500 Mark oder das Anlagekapital 3000 Mark übersteigt. 5. Der Verdienst wird dem des Mannes zugerechnet. 6. Das ist von Fall zu Fall zu entscheiden. 7. Ja. — **W. M.** 1. Ja. 2. Rein. — **M. E. 24.** Ein Arbeiter, für den keine Kündigung besteht, kann jederzeit entlassen werden. Keineswegs ist der Arbeitgeber verpflichtet, ihn nach Leistung der militärischen Uebung zu beschäftigen. — **E. K. 100.** Der als Nichtangesessener gewählte Gemeindevertreter bleibt Gemeindevertreter, auch wenn er inzwischen angesessen wird. Bei der Ausschreibung der Wahl und der Ermittelung, wieviel Angesessene zu wählen sind, wird er als angesessen gerechnet, wiewohl er als Nichtangesessener gewählt war. — **Streitende 1000.** 1. Etwa 50 Meter. 2. Ueberhaupt nicht. 3. Ja. — **Tatanka ijotanka 82.** Rein. — **L. R. 84.** In der Nacht zum und am Vormittag des 31. Januar 1907. — **H. M. 48.** Die Bevölkerung Deutschlands betrug nach der Zählung vom 1. Dezember 1905 61 641 278, die Bevölkerung Frankreichs betrug nach der Zählung vom 4. März 1906 39 252 267. — **T. 15.** 1. In Höhe des an die Mutter Gezahlten. 2. Rein. 3. Rein. — **W. A. 5.** Wenn die Begleitung für notwendig erachtet wird, ja. — — **B. 98.** Nein. — **Ph. J. 26.** Die Kündigungsfrist beträgt 6 Wochen zum 1. des Quartals. Es muß also baldigst gekündigt werden. — **B. 23.** Wenn der Wirt nicht ausdrücklich erklärt, daß er Sie vom Vertrag entbindet, so würde er noch nachträglich seine Rechte aus dem Vertrage geltend machen können. Sehen Sie zu, eine Bescheinigung oder eine mündliche Bestätigung der Aufhebung des Vertrages durch den Wirt zu erhalten. — **K. K. 137.** Wenden Sie sich an die Versicherungsanstalt Kölnischer Park. — **Buch 1908.** 1. und 2. Nutrimentum spiritus: Geistesnahrung. 3. Rein. — **H. B. 500.** 1. bis 3. Die Herrschaft war berechtigt, die Aufnahme in ein Krankenhaus zu verlangen, da dies abgelehnt ist, steht Ihrer Schwester leider kein Anspruch auf Ersatz der Kurkosten zu. 4. Zur Zurückgabe der Geschenke ist sie keineswegs verpflichtet. 5. Nur, soweit Verschulden vorliegt, haftet die Schwester. 6. Der Monat ist voll zu bezahlen. — **K. 52. B. L. 100. E. K. 1 und andere Anfragen wegen Weihnachtsgeschenke an Dienstboten.** 1. Nach § 56 der altpreußischen

Gesindeordnung kann in allen Fällen, wo Weihnachts- oder Neujahrsgeschenke während eines Dienstjahres gegeben worden sind, die Herrschaft dieselben auf den Lohn anrechnen, wenn der Dienstvertrag im Laufe des Jahres durch Schuld des Gesindes wieder aufgehoben wird. Demnach besteht ein Recht auf Rückforderung der Geschenke nicht und ein Recht auf Anrechnung auf den Lohn nur unter den angeführten Voraussetzungen, und nur dann, wenn der Lohn nicht schon vorausbezahlt war. Unter laufenden Dienstjahre ist nicht das Kalenderjahr zu verstehen. Hat der Dienst am 1. April 1907 begonnen, so würde das laufende Dienstjahr mit dem 31. März 1908 beendet sein. Nach richtiger, aber bestrittener Auslegung des § 36 kann auch dann eine Anrechnung auf den Lohn nicht stattfinden, wenn der Dienst nicht auf ein Jahr abgeschlossen war. Denn § 36 spricht ausdrücklich von einem Dienstjahre. 2. Bestimmte Stunden oder Tage, in denen die Herrschaft dem Mädchen die Aufsuchung einer neuen Stellung gestatten muß, kennt das Gesetz nicht. Im Einzelfalle wäre auf Gewährung einer angemessenen Zeit zu klagen. 3. Wenden Sie sich an Genossin Baar, Wilmersdorf, Kaiserplatz 17. 4. Nach der Gesindeordnung ist die Herrschaft berechtigt, vom Lohn den Betrag für Schaden abzuziehen, der ihr durch Schuld des Gesindes entstanden ist. Bei der Beurteilung, ob solche Schuld zum Beispiel bei dem Zerschlagen von Geschirr besteht, neigt sich die Rechtsprechung auf die Seite der Herrschaft. — **P. H. 97.** Wenn nichts vereinbart ist, so gilt für Dienstmädchen eine Kündigungsfrist von 6 Wochen zum Ersten des Quartals. Es würde also frühestens zum 1. April zu kündigen sein. In Ihrem Falle wäre daher eine Aufrechnung zulässig. — **R. W. 56.** 1. Nein, wenn nicht etwa angenommen wird, daß in der Tat der Mann der Inhaber des Geschäftes ist und die Frau nur zum Schein als Inhaberin fungiert. 2. Sowohl gegen die Anordnung des Vormundes, wie wegen Bestellung eines anderen Vormundes müßten Sie sich an das Vormundschaftsgericht wenden. — **M. U. 1.** Eine strafbare Sachbeschädigung liegt nicht vor. Wird angenommen, daß auch Sie ein Verschulden an der Schlägerei trifft, so würden Sie und der andere zum Schadenersatz verpflichtet sein. — **P. W.** Der Wirt müßte von neuem um Konzession einkommen, wenn er Sie in der Tat abgemeldet hat. — **M. S. 100.** Ein Grund zum Bruch des Vertrages würde der von Ihnen geschilderte Umstand nicht sein. Versuchen Sie eine gütliche Vereinbarung mit der Mieterin. Vielleicht läßt sie sich darauf ein, wenn Sie einen Teil der Unterlage beitragen. **T. 65.** Polizeipräsidium, Alexanderplatz, Zimmer 89. — **W. S. 14.** 1. Nein, wir raten Ihnen, sich an Genossen Simanowski, Engelufer 15, zu wenden. 2. Ja. Die Verpflichtung zur Einrichtung solcher Kasse hat die Gesellschaft übernehmen müssen. — **Genosse 333.** Das Gehalt würde pfändbar sein. Einen anderen Weg, wie den der Klage oder des Erlasses eines Zahlungsbefehls gibt es nicht. — **A. K. 7.** 1. Ja. 2. Wenn das Vormundschaftsgericht und der Vormund dem Vergleich zugestimmt haben, ja, sonst nicht. — **R. H. 49.** Die Verpflichtung, sich Legitimationskarten für zwei Mark zu beschaffen, ist zunächst für die aus Rußland und Oesterreich-Ungarn und deren östlichen Hinterländern kommenden Arbeiter, nicht aber für andere ausländische Arbeiter angeordnet. Die Legitimationskarten sind zu beschaffen, gleichviel, ob es sich um gelernte oder ungelernte Arbeiter, um Arbeiter in gewerblichen oder in landwirtschaftlichen Betrieben handelt. Schweden, Skandinavier, Schweizer, Italiener sind vorläufig von der Anordnung noch nicht betroffen. **A. P. 28.** Eine Klage gegen Ihren Mann würde voraussichtlich mit Abweisung der Gesellschaft enden. Sollte eine Klage zugestellt werden, so sprechen Sie mit der Klage in der Sprechstunde vor. — **K. R.** Drall wird als Bezeichnung für kräftig, stramm, aber auch für flink und schmuck gebraucht. — **F. 100.** Wenden Sie sich wegen der Aufnahme an eine städtische Lungenheilstätte, an das Heimstättenbureau, Neue Friedrich-Straße 9. Zweckmäßig ist es, ein ärztliches Attest mitzubringen. — **H. S. 60.** Der Standesbeamte hat den Vorschriften entsprechend gehandelt. — **R. B. 68.** Für Anberaumung des Sühnetermins ist das Amtsgericht zuständig, in dessen Bezirk der Ehemann sich befindet. Den Antrag können Sie auf der Anmeldestube Gruner-Straße zu Protokoll erklären.


# Wie schützt man sich gegen Influenza?

Die Influenza ergreift nur diejenigen, deren Blut resp. Blutkörperchen nicht stark genug sind, um siegreich den Kampf gegen die eindringenden Influenza-Bazillen aufzunehmen. Die Wallung des Blutes muss stärker sein, die Herztätigkeit erhöht werden; deshalb trinke man ½ Stunde vor jeder Mahlzeit, also vor dem 2ten Frühstück, vor dem Mittag- und Abendessen je ½ Glas Santa Lucia Kraft-Rotwein.


Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

## Theater.

**Mittwoch, 12. Februar.**
Anfang 7½ Uhr.

**Königl. Opernhaus.** Cavalleria rusticana. Johann von Paris.
**Königl. Schauspielhaus.** Die Rabensteinerin.
**Lessing.** Kaiser Karls Geisel.
Anfang 8 Uhr.
**Deutsches.** Was ihr wollt.
**Kammerspiele.** Frühlings Erwachen.
**Lortzing.** Der Freischütz.
**Berliner.** Der Opernball.
**Neues Schauspielhaus.** Wolkenkratzer.
**Neues.** Simson.
**Lustspielhaus.** Weiße Redoute.
**Schiller O.** (Wallner-Theater.) Kollege Crampton.
**Schiller Charlottenburg.** Hexenkessel. Immergrün.
**Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus.** Sein Prinzeßchen.
**Hebbel.** Frau Warrens Gewerbe.
**Komische Oper.** Tiefland.
**Westen.** Ein Walzertraum.
**Kleines.** Mandragola.
**Residenz.** Bibi.
**Luisen.** Des Mädchens Lebenswege.
**Trianon.** Baron Toto.
**Thalia.** Immer oben auf.
**Theater an der Spree.** Hokuspokus.
**Bernhard Rose.** Der Kaufmann von Venedig.
**Bürgerl. Schauspielhaus.** Wohltäter der Menschheit.
**Metropol.** Das muß man seh'n.
**Apollo.** Mitislaw der Moderne. Alexia. Walzerwahn.
**Folies Caprice.** Mal was andres. Dunkle Punkte. Eine anständige Frau.
**Gebr. Herrnfeld.** Papa und Genossen. Salomonisches Urteil.
**Kasino.** Die Freuden der Häuslichkeit.
**Wintergarten.** Otto Reutter. Spezialitäten.
**Passage.** Danny Gürtler. Spezialitäten
**Reichshallen.** Stettiner Sänger.
**Gustav Behrens.** Ringkämpfer und Kandidat, Posse, sowie zwanzig Spezialitäten.
**Carl Haverland.** Spezialitäten.
**Walhalla.** Spezialitäten.
**Folies Bergère.** Spezialitäten.
**Urania.** Taubenstraße 48/49. Theater nachmittags 4 Uhr: Frühlingstage an der Riviera. Theater 8 Uhr: Kairo und die Pyramiden.
**Sternwarte.** Invalidenstr. 57/62.

### Berliner Theater.
Mittwoch 8 Uhr:
**Der Opernball.**

### Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
**Ferdinand Bonn als Gast.**
**Simson.**
Morgen und folgende Tage: Simson.

### Kleines Theater.
Anfang 8 Uhr.
**Mandragola.**
Donnerstag: Mandragola.
Freitag: Mandragola.
Sonnabend: Mandragola.

### Theater des Westens.
8 Uhr: **Ein Walzertraum.**
Sonntag nachm. 3½ Uhr halbe Preise: **Die lustige Witwe.**

### Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
**Sein Prinzeßchen.**
Anfang 8 Uhr.
Donnerstag: Sein Prinzeßchen.
Freitag zum 1. Male: Meister Joseph. Schausp. in 4 Akt. v. Eberh. König.
Sonnabend: König Heinrich.

### Lortzing-Oper.
**Belle-Alliance-Straße 7/8.**
Abends 8 Uhr:
**Der Freischütz.**
Donnerstag: Trompeter v. Säckingen. Volkst. Vorstell. zu ermäß. Preisen.
Freitag: Die Entführung aus dem Serail.

### Hebbel-Theater, Königgrätzer Str. 57/58.
Abends 8 Uhr:
**Frau Warrens Gewerbe.**
Drama in vier Akten von B. Shaw.

### Lustspielhaus.
Keine Vorstellung!
**Weiße Redoute.**

### Residenz-Theater.
— Direktion: Richard Alexander. —
8 Uhr. **„Bibi."** 8 Uhr.
Schwank in 3 Akten von de Gorsse und de Marsan.
Deutsch von M. Schönau.
Bretillot . . . Richard Alexander.
Sonntag, den 16. Februar, 3 Uhr: **Der Prinzgemahl.**

### Zentral-Theater.
Heute und folgende Tage:
**Ein seltsamer Fall**
mit **Alwin Neuß.**
Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

### Bernhard Rose Theater
Gr. Frankfurterstr. 132
**Der Kaufmann von Venedig.**
Anfang 8 Uhr. Wochentagspreise.
Donnerstag: Der grobe Gottlieb.

### Theater an der Spree
Köpenicker Straße 68.
Abends 8 Uhr zum 45. Male:
**Hokuspokus.**
Neue Berliner Gesangsposse.
Morgen und folgende Tage: Hokuspokus.

### Metropol-Theater
**Das muß man seh'n!!**
Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern) von J. Freund. Musik von Viktor Hollaender. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.
**Bender, Giampietro, Josephi, Thielscher, Darmand, Massary.**
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.
Sonntag, 16. Febr., nachm. 3 Uhr: **Neuestes, Allerneuestes.**

### Gebr. Herrnfeld-Theater.
**Allabendlich** der interessante Prozeß wie er stürmischer nie belacht wurde:
**Salomonisches Urteil.**
Ein Nachspiel zu
**Papa und Genossen**
Beide Stücke mit den Autoren Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.
Sonntag 3 Uhr: **Endlich allein! Der Fall Blumentopf.**

### Schiller-Theater.
**Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).** Mittwoch, abends 8 Uhr: **College Crampton.** Komödie in 5 Akten v. G. Hauptmann. Donnerstag, abends 8 Uhr: **Der rote Leutnant.** Freitag, abends 8 Uhr: **Der rote Leutnant.**
**Schiller-Theater Charlottenburg.** Mittwoch, abends 8 Uhr: **Der Hexenkessel.** Hierauf: **Jungfer Immergrün.** Donnerstag, abends 8 Uhr: Zum 1. Male: **Auf der Sonnenseite.** Freitag, abends 8 Uhr: **College Crampton.**

### Schiller-Saal (Schiller-Theater Charlottenburg)
9 Uhr: Vortrag von Dr. Max Osborn: **Holbein.** Mit Lichtbildern.

### Deutsche Konzerthallen,
**An der Spandauer Brücke 3.**
**Täglich**
**Deutsch-Amerikanischer Urbock-Trubel.**

### „Kreuzberger Harmonie" (M. d. H.-S.-B.)
Sonnabend, den 15. Februar, in Happoldts neuem Saal, Hasenheide, Eingang Gräfestraße:
**Masken-Ball.** 64/5

### Zirkus Schumann
Heute abend ½8 Uhr:
**Brillante Vorstellung.**
Die Sensation des Tages!
**Mr. Resisto, das elektrische Rätsel.**
Neuestes Wunder aus Amerika. Mr. Resisto läßt 300000 Volt elektrisch tödlich wirkenden Strom zu verschiedenen Experimenten durch seinen Körper leiten.
Außerdem hervorragendes Programm.
**Klein-Familie,** Kunstradfahrertruppe, 6 Personen mit dem urkomischen Neger.
Um 9½ Uhr Ende 11 Uhr: Tagesgespräch!
**Amerika**
Pracht-Ausstattungs-Pantomime.

### Zirkus Busch
XIII. Saison.
Mittwoch abend 7½ Uhr: **Gala-Abend!**
**Die australischen Holzfäller.** Szenen aus dem austral. Busch. Herr Kommissionsrat **Gustav Stensbeck,** Direktor des Berliner Tattersalls als Gast.
**Aurora-Truppe!** Bros. Clarkonians aus Amerika. Das Phänomenalste auf dem Gebiete der Luftgymnastik usw. usw. Um 10 Uhr: **Auf der Hallig!** Gr. Ausst.-Pant. des Zirkus Busch i. 4. B. Das Geheimnis d. tauchend. Sirenen. Die Wunder der Tiefsee.

### Winter Garten
**Otto Reutter**
und das **neue** Programm
von Publikum u. Presse glänzend beurteilt!

### Apollo Theater
9½ Uhr. Täglich: 9½ Uhr.
**Mitislaw der Moderne.**
Operette von **F. Lehár.**
In Szene gesetzt v. Direkt. R. Schier. Dirigent: Kapellmstr. J. Einödshofer. Amaranth: **Mia Werber** als Gast. Ab 8 Uhr: Die bedeutenden neuen Attraktionen und **La belle Alexia.** Sonntag 3½ Uhr: Familienvorstellg.

### Walhalla-Variete-Theater
Weinbergsweg 19/20. Rosenth. Tor. Anfang 8 Uhr.
**Das großartige neue Februar-Programm!**
Dressierte
**Löwen, Tiger, Leoparden,**
vorgeführt von R. Havemann, und die übrigen glänzenden ×× Varietékünstler. ××
Tunnel: Bockbierfest. Regimentskapelle usw.
Theaterbesuchern freier Eintritt.

### Palast-Theater
Burgstraße 24.
Heute 8 Uhr
Entree 20 Pf.
**Elly de Salta,** Katzen-Dressur.
**The Welthons,** Bambus-Akt.
**Ludwig Seiff,** Humorist.
**Hans in der Falle.**
Schwank von B. Stephan.

### W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Gill. Grunewaldstr. 16.
**Police H. 24.**
Großes Kriminal-Schauspiel nach dem letzten „Morgenpost"-Roman.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.

### Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstr. 48/49.
Theater nachmittags 4 Uhr: **Frühlingstage an der Riviera.**
Theater abends 8 Uhr:
**Kairo und die Pyramiden.**

### Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
**Des Mädchens Lebenswege.**
Donnerstag: Des Mädchens Lebenswege.
Freitag: Krieg im Frieden.
Sonnabend 4 Uhr: Das tapfere Schneiderlein. Abends: Des Mädchens Lebenswege.
Sonntag nachm.: Krieg im Frieden. Abends zum 1. Male: Unser Doktor.
Montag: Des Mädchens Lebenswege.

### Rixdorfer Theater
Bürgersäle, Bergstraße Nr. 147.
Mittwoch, den 12. Februar, 8 Uhr: Gastspiel des Fräul. **Adele Hartwig** vom Deutschen Theater:
**Eva.**
Schauspiel in 5 Akten von Rich. Voß.

### Reichshallen-Theater.

**Stettiner Sänger.**
Zum Schluß: **Neu: Husaren-Streiche.**
Anfang: Wochent. 8 Sonnt. 7 U.

### Trianon-Theater.
8 Uhr. **Baron Toto.** 8 Uhr.
Sonntag nachm. 3 Uhr: **Cyprienne.**

### Neue Welt
Hasenheide 108—114.
**Größtes und originellstes Bockbierfest Berlins.**
Baron Muckis Orig.-Bauernkapelle
Max vom Heede's Tyrolertruppe
Morgen Donnerstag:
**Kongreß der großen Herren**
Prämiierung der drei Größten.
3 Preise Mark 60, 40, 20.
Anf. 7 Uhr. Entree 30 Pf.

### Kasino-Theater.
Lothringerstr. 37. Täglich 8 Uhr.
**Hanni weint — Hansi lacht**
Neu! **Steidl-Duo.** Neu!
Neu! **Der urkomische Rügamer.** Neu!
Neu! **Käti Gültini.** Neu!
**Die Freuden d. Häuslichkeit.**
Sonntag 4 Uhr: Ein Sohn des Volkes.

### Sanssouci, Kottbuser Straße 6.
Direktion Wilh. Reimer.
Heute Mittwoch:
**Drittes Gastspiel des Buchwald-Ensembles:**
In der Instruktionsstunde.
Fräulein Zenge.
**Tanzkränzchen.**
Beg. Sonnt. 5, wochent. 8 U.
Der gr. Saal ist für **Sonnabend, 7. März,** noch frei.


### Für Restaurateure!
Prima **Rindfleisch,** Querrippe (Sammrippe) 68 Pf.
" " Filet . . . . . 85 "
" " Fehlrippe . . . . . 70 "
" " Brust . . . . . 65 "
" " Schmorbraten . . . . 70 "
**Georg Wolff,** Acker-Halle, Stand 12 und 38. 18992*

### Bekanntmachung.
Aus der Konkursmasse der bekannten **Weingroßhandlung Toermer & Michaelis Nachf.** habe ich die **gesamten Weinbestände,** auch das **Lombardlager,** welches im ganzen über **50 000 Flaschen** waren, erworben und offeriere vorzügliche, reelle Weine zu ganz enorm billigen Preisen und empfehle, diese günstige Gelegenheit recht bald wahrzunehmen.

**Rotwein**

| | |
|---|---|
| Medoc | 60 Pf. |
| Medoc Estèphe | 65 " |
| St. Emilion | 70 " |
| Pontet Canet | 80 " |
| Medoc Margaux | 85 " |

**Rheinwein**

| | |
|---|---|
| Laubenheimer | 60 Pf. |
| Bahnheimer | 70 " |
| Forster | 80 " |
| Geisenheimer | 85 " |
| Hochheimer | 100 " |

**Champagner**

| | |
|---|---|
| in Deutschl. a. Flaschen gefüllt Kaisersekt inkl. Steuer | 1,50 M. |
| Lorraine " " | 1,75 " |
| Meunier & Co., Chatel inkl. Steuern | 2,50 " |
| Exzellenz v. Strauß | 2,50 " |
| Gebr. Feist & Söhne | 2,85 " |

**Moselwein**

| | |
|---|---|
| Trabener | 55 Pf. |
| Erdener | 60 " |
| Trittenheimer | 70 " |
| Pisporter | 80 " |
| Zeltinger | 80 " |

**Dessertwein**

| | |
|---|---|
| Portwein | 80 Pf. |
| Ungarwein | 80 " |
| Sherry | 90 " |
| Madeira | 90 " |
| Samos | 90 " |

**Kognak**

| | |
|---|---|
| Belle-Alliance-Kognak, ges. geschützt | 1,00 M. |
| Kognak in Bastflaschen | 1,45 " |
| J. Prunier & Co. Orig. | 3,60 " |
| J. Souvion & Co. Orig. | 3,60 " |
| Girard & Co. Original | 3,60 " |

**Rum** und **Arac** sowie **Liköre** von **1,00** M. an.

Die Preise verstehen sich inkl. Flaschen und Steuern von 10 Flaschen ab franko Haus in Berlin; außerhalb frei zur Bahn. Reichhaltiges Lager und Preisverzeichnis kostenlos. Besichtigung des Lagers ohne Kaufzwang gern gestattet. Nichtkonvenierendes wird auf meine Kosten zurückgenommen, daher risikolos.
Fernsprecher III a 8192.
Bestellungen sind zu richten an **E. von Malottki,** Weingroßhandlung, August-Straße 60.



Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

## Unfallfürsorge.

In Nr. 15 der „Sozialen Praxis“ veröffentlicht Regierungsrat Breithaupt-Berlin einen Artikel, welcher die „kurze“ Ueberschrift führt: „Genügt das geltende Recht zur Erzielung eines möglichst günstigen Heilerfolges für die durch Betriebsunfall verletzten Personen?“

Breithaupt ist nicht klar in seinen Ausführungen und wie jeder Regierungsrat sehr vorsichtig in der Kritik und Behandlung der Materie selbst. Viele „Wenn und Aber“ verzieren auch noch diese Betrachtung und der Schluß ist wieder eine neue Belastung der ohnedies genug gedrückten Krankenkassen, die als Mädchen für alles eben auch alles leisten sollen.

Doch folgen wir dem Regierungsrat auf seinem Gedankengange. Er erinnert an den Vortrag von Professor Dr. Hoffa-Berlin in der Sitzung des Deutschen Vereins für Versicherungswissenschaft am 21. Oktober 1907: „Ueber die Nachteile, die sich vom ärztlichen Standpunkte aus bei der Handhabung der Unfallversicherungsgesetze ergeben haben.“ Es wurde dabei die Frage erörtert, „ob die Beseitigung der Vorschrift, wonach die Fürsorge der Berufsgenossenschaften erst mit dem Beginn der 14. Woche nach dem Unfall einzusetzen hat, mithin die Beseitigung der sogenannten Karenzzeit zu erstreben ist.“

Die große Bedeutung dieser Frage versucht nun der Verfasser zu schildern. Bekanntlich liege bis zum Beginn der 14. Woche nach dem Unfall die Fürsorge für den Verletzten regelmäßig der Krankenkasse ob. Wer den Geschäftsgang der Berufsgenossenschaften näher kennt, wird aber zugeben, daß diese Vorschrift auch nur auf dem Papiere steht und die armen Unfallverletzten auch nach Ablauf der ersten 13 Unfallwochen noch lange keine Rente erhalten. Würden die Krankenkassen nun von diesem Rechte Gebrauch machen und wenigstens ab 14. Woche die Fürsorge einstellen, so würden Tausende von Unfallverletzten noch viel größerem Elend, der Armenunterstützung preisgegeben werden. Man legt auch deshalb neuerdings so viel Gewicht auf den § 25 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes, welcher den Krankenkassen das Recht gibt, ihre Aufwendungen nach der 13. Unfallwoche wenigstens teilweise von den Berufsgenossenschaften zurückzuverlangen, die natürlich die Renten in dieser Höhe kürzen. Deshalb neigt die ganze Rechtsprechung auch dahin, daß die Krankenkasse solange weiter zu unterstützen habe, bis es der Berufsgenossenschaft endlich beliebt, einfällt, sich um die Verletzten zu kümmern. Damit hat man amtlich die ganze Unfähigkeit der Berufsgenossenschaft bestätigt. Die Krankenkassen müssen die Kosten tragen. Und wo keine Krankenkassen das Heilverfahren übernehmen können? Breithaupt meint: So sind die Verhältnisse überall da, wo es an einer Krankenkasse fehlt, geradezu als unerträglich, nach Abhülfe schreiende zu bezeichnen. Krankenkassen fehlen in Preußen hauptsächlich auf dem Lande. Hier soll nach dem landwirtschaftlichen Unfallversicherungsgesetze die Gemeinde die Funktion der Krankenkasse für die Arbeiter ausüben; für die gegen Unfall versicherten kleinen landwirtschaftlichen Unternehmer fehlt auch diese Fürsorge innerhalb der ersten 13 Wochen. Jeder, der mit Verwaltungsangelegenheiten zu tun hat, wird sich — auch ohne diesen speziellen Verhältnissen näher zu stehen — ein Bild davon machen können, in welcher Weise diese „Fürsorge“ von den meist kleinen und leistungsschwachen ländlichen Gemeinden ausgeübt wird. Es ist ohne weiteres klar, daß hier jedes Bestreben, für die Dauer — nicht nur für die ersten 13 Wochen — etwas zu erreichen, fehlt. Die Erfahrungen der Praxis zeigen sogar, daß häufig für die Verletzten überhaupt nichts geschieht, teils weil der Verletzte von seinem Anspruch gegen die Gemeinde gar nichts weiß, teils auch, weil sich die Gemeinde, bei der oft jeder Unterstützungsfall als eine drückende Last empfunden wird, — auf dem Lande ist die ärztliche Behandlung meist viel teurer als in der Stadt — auf irgend welche Weise ihren Verpflichtungen zu entziehen weiß. In welchem Zustande solche Verletzte, denen entweder gar keine Fürsorge oder nur die der Gemeinde zur Seite gestanden hat, oft zu Beginn der 14. Woche an die Berufsgenossenschaft herantreten, wird sich jeder vorstellen können, der weiß, was durch zu spätes Einsetzen der ärztlichen Behandlung verloren geht. Wer aber beruflich Gelegenheit hat, zu beobachten, wie massenhaft die Verletzten besonders auf dem Lande an einfachen Knochenbrüchen ihr ganzes Leben zu tragen haben, weil es an einer sofortigen sachgemäßen Behandlung gefehlt hat, dem muß sich geradezu der Gedanke aufdrängen, daß bei der in Aussicht stehenden Reform der Unfallversicherungs-Gesetzgebung — abgesehen von der wohl nicht mehr in Frage kommenden Zusammenlegung der Versicherungsträger — die Abschaffung der Karenzzeit den allerwichtigsten Punkt bildet.“

Gut. Der Herr Regierungsrat hat aber die Hauptsache vergessen! Weshalb dieser unerträgliche Zustand? Die Junker wollen ja keine Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht auf die Landwirtschaft, denn sie wollen ja nur noch mehr von der Gesellschaft haben, aber nicht abgeben! Was kümmert diese „Edlen“ der schlecht geheilte Krüppel? Auch hat der Regierungsrat in seiner Kritik vergessen, daß die Unfallverletzten auf dem Lande doppelt geschädigt sind! Einmal als Krüppel, als schwache Arbeitskraft, das andere Mal durch die miserable Rente, die sich nach der Höhe des Jahresverdienstes landwirtschaftlicher Arbeiter nur richtet und gewöhnlich drei- bis viermal niedriger ist, als die Rente gewerblicher Arbeiter.

So sehr wir mit der Abschaffung der Karenzzeit einverstanden sind, da die Unfallversicherung für die Verletzten, die Krankenkassen aber für die Kranken geschaffen sein sollten, auch entlastet werden müssen, so darf man diese „in Aussicht stehende Reform“ doch nicht als wirkliche Abhülfe bezeichnen.

Dem landwirtschaftlichen Arbeiter fehlt vor allen Dingen die Krankversicherung. Unfälle sind doch nur ein Teil der Fälle, die den Landproletarier auf das Krankenlager werfen und wer sorgt für den Kranken da überhaupt? Man schweige ja von den Verpflichtungen der „Gutsherrn“; die ja noch brutaler ihrer Pflicht sich entziehen als die Gemeinden. Der Landarbeiter ist völlig ungeschützt, im Krankheitsfalle auf die Gnade seiner Mitmenschen angewiesen, ohne jedes Koalitionsrecht seine Lage zu verbessern.

Breithaupt geht natürlich diesen Fragen gänzlich aus dem Wege. Sein Plan ist, die Berufsgenossenschaften vorläufig dahin zu bringen, daß sie das Heilverfahren innerhalb der Karenzzeit schon möglichst übernehmen. Daß die Krankenkassen eigentlich gar nicht die Pflicht haben sollten, in der schwersten Zeit des Unfalls das Heilverfahren zu tragen, ohne auch nur einen Pfennig Ersatz von den Berufsgenossenschaften zu erhalten, darauf legt Breithaupt keinen Wert. Er traut den Krankenkassen das richtige Heilverfahren gar nicht zu, weil diese nur für einen gewissen Zeitraum für die Verletzten zu sorgen haben, während die Berufsgenossenschaften „durch eine möglichst intensive Gestaltung des Heilverfahrens ihre Rentenverpflichtung oft für viele Jahre wesentlich herabmindern und nicht selten von einer Rentenzahlung überhaupt befreit werden können.“ Das bringen die Berufsgenossenschaften ja heute schon fertig! Für was sind die Vertrauensärzte da?

Breithaupt bemängelt auch, daß heute nach 14 Wochen des Unfalls ein anderer Arzt den Verletzten behandelt. Das muß doch auch nicht sein, wenn man so hohe Achtung vor den Krankenkassenärzten haben will? Ja, Theorie und Praxis! Weshalb nimmt man dem Kassenarzt die Behandlung auf einmal ab? Die Berufsgenossenschaften sollten, wie dies ja im § 76o des Krankenversicherungsgesetzes vorgesehen ist, innerhalb der Karenzzeit schon das Heilverfahren einleiten. Leider würde von diesem Rechte — eine Pflicht besteht ja nicht — zu wenig Gebrauch gemacht. Breithaupt weist auf die Statistik des Reichsversicherungsamts hin. Nimmt man die „Amtlichen Nachrichten“ des Reichsversicherungsamts 1907 Hand, so findet man auf Seite 301, daß im Jahre:

1903: 58 **gewerbliche Berufsgenossenschaften** in 8292 Fällen
1905: 61 „ „ „ 8956 „

**das Heilverfahren übernommen haben und hierfür 513 000 Mark** verausgabt hatten. Hingegen hatten 36 landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften im Jahre 1903 in 2329 Fällen und im Jahre 1905 nur 32 Berufsgenossenschaften in 2294 Fällen das Heilverfahren innerhalb der Karenzzeit übernommen und hierfür 148 000 M. verausgabt.

Doch Breithaupt findet hierfür auch eine „Erklärung“. „Das mag zum Teil darauf beruhen, daß die für sie in Betracht kommenden Krankenkassen eine gründliche Behandlung verbürgen, zum Teil ist es aber gewiß auch die Folge einer gerade hier ganz unangebrachten Sparsamkeit.“ Letzteres wird eher stimmen, denn Breithaupt kritisierte ja treffend, daß auf dem Lande die Krankenkassen überhaupt fehlen, folglich auch keine „gründlichere Behandlung verbürgen“ können. . . .“ Und gerade die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften sind es, die sich am allerwenigsten um das Heilverfahren kümmern. Zeigt uns doch obige Statistik, daß noch ein Rückgang der Zahl der Berufsgenossenschaften und der behandelten Fälle eingetreten ist!

Breithaupt meint nun noch: „Es ist somit die für den Verletzten äußerst wichtige Frage, in welchem Umfange ihm in den ersten 13 Wochen ein Heilverfahren zuteil wird, oft geradezu dem Zufall — ob er dieser oder jener Berufsgenossenschaft angehört — überlassen, das ist umso auffallender, als das Gesetz im übrigen naturgemäß bestrebt ist, die Rechte der Verletzten so zu gestalten, daß sie von dem Willen der Berufsgenossenschaften möglichst unabhängig sind, was so weit geht, daß dem Verletzten selbst bei den kleinsten Renten und bei jeder Rentenänderung die kostenlose Anrufung der obersten Instanz freisteht.“

Welch' eine Aufschneiderei! Möglichst „unabhängig“ heißt: in größter Abhängigkeit zu den allmächtigen Berufsgenossenschaften, die über die Zeit des Verletzten stets frei verfügen können, ihn mit kärglicher Rente abspeisen, ihn jederzeit aus dem Arbeitsverhältnis herausreißen und in eine Rentenquetsche stecken, von einem Vertrauensarzt zum andern jagen können usw. Und da hat der Verletzte sogar „kostenlose“ Rechtshülfe! Nur nützt sie gewöhnlich nicht viel! Die Rechtsprechung der — „obersten Instanz“ ist ja bekannt.

Breithaupt ist nun der Ansicht, daß der jetzige Zustand am einfachsten dadurch geändert werden könnte, daß den Berufsgenossenschaften die Verpflichtung zu der Einleitung der Fürsorge auferlegt werde. Doch soll darüber nicht etwa der Kassenarzt, der den Zustand des Verletzten aus der Behandlung genau kennt, sondern der „beamtete Arzt“ darüber entscheiden.

Den Krankenkassen würden also gnädigst einzelne Fälle abgenommen, doch sollen sie verpflichtet werden: „für jeden von der Berufsgenossenschaft behandelten Fall einen Pauschalbetrag zu erstatten“. Statt Entlastung, also noch größere Belastung der armen Krankenkassen, weil die Berufsgenossenschaft gewillt war, in diesem oder jenem Falle das Heilverfahren innerhalb der ersten 13 Wochen zu übernehmen und um Rente zu sparen: „recht gründlich durchzuführen“! Erinnert sei daran, daß die Aerzte heute viele Verletzte, bei denen die Wunde zugeheilt, z. B. schon in der achten Unfallwoche erwerbsfähig halten. Nach § 13 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes muß die Berufsgenossenschaft nun die Rente von dem Tage ab zahlen, an welchem das Krankengeld in Fortfall kam. Nach dem Vorschlage Breithaupts würde sie die Kur auch über die achte Unfallwoche hinaus erstrecken, Massagen und eventuell mechanische Behandlung da eintreten lassen, nur um Rente zu sparen. Die Krankenkassen hätten deshalb länger Krankengeld zu zahlen als jetzt, ja sie müßten noch den höheren „Pauschalbetrag“ leisten, weil die Berufsgenossenschaft Rente sparen will.

Wenn man selbst zugibt, daß man den Berufsgenossenschaften heute unmöglich das Heilverfahren sofort übertragen kann, weil sonst die Verletzten verhungern würden, weshalb ist man nicht so gerecht, den Krankenkassen weiter die Fürsorge zu belassen, bis eine gründliche Reform des Gesetzes durchgeführt ist? Weshalb verpflichtet man die Berufsgenossenschaften nicht, den Krankenkassen die Kosten des Heilverfahrens vom ersten Tage des Unfalles ab zu ersetzen? Damit wäre doch den Verletzten und auch den Krankenkassen eher gedient.

Denn so lange die versicherten Arbeiter von jeder Mitwirkung an der Verwaltung der Berufsgenossenschaften ausgeschlossen sind, so lange würde auch jede Aenderung dieser Art eine weitere Rechtlosigkeit der Versicherten nach sich ziehen. Heute sind Tausende von Verletzten froh, daß sie wenigstens in den ersten 13 Wochen ihres Unglücks frei von den Schikanen der Unterorganisationen sind. Soll dies beseitigt werden?

## Soziales.

### Die Bureauangestellten gegen Tante Voß.

Der Vorstand des Verbandes der Verwaltungsbeamten der Krankenkassen usw. und der Vorstand des Zentralvereins der Bureauangestellten Deutschlands haben der „Vossischen Zeitung“ folgende Berichtigung zugesendet:

„In der Nr. 46 der „Vossischen Zeitung“ vom 28. Januar d. J. —Abendausgabe — heißt es in einer Notiz, die auch in andere Tageszeitungen übernommen ist: „Man schreibt uns: Einer der Wünsche der Ortskrankenkassenbeamten, von dessen Erfüllung sie bei einer Reform der Krankenversicherung eine gleichzeitige Sicherung ihrer Stellung erhoffen, geht schon seit längerer Zeit dahin, daß ihnen die Rechte und Pflichten von Staatsbeamten beigelegt würden.“

**Diese Behauptung des Gewährsmannes der „Vossischen Zeitung“ ist vollständig unrichtig.** Als Berufsorganisationen der Angestellten der Ortskrankenkassen erheben wir gegen diese **Irreführung der öffentlichen Meinung** Einspruch! Es ist vollkommen unrichtig, daß irgendwo von den Angestellten der Ortskrankenkassen oder deren Organisationen eine derartige oder ähnliche Forderung aufgestellt worden ist. Richtig ist vielmehr, daß die Angestellten einmütig Protest eingelegt haben gegen den Antrag v. Savigny bei der Beratung der Novelle zum Krankenversicherungsgesetz 1903, der darauf abzielte, die Angestellten einem Einflusse der Gemeindebehörden als Aufsichtsbehörden der Krankenkassen zu unterstellen. Unrichtig ist ferner, daß die Angestellten für eine Beschneidung der Selbstverwaltung der Krankenkassen eintreten, wie sie in dem fraglichen Artikel gefordert wird.

Richtig ist dagegen, daß die Angestellten einer Sicherung ihrer Stellung durch Staat oder Gemeinde überhaupt nicht bedürfen. Da die Angestellten der Ortskrankenkassen, von einer kleinen Minderheit abgesehen, fast sämtlich ihren unterzeichneten Berufsorganisationen angehören, ist es ihnen gelungen, mit dem Verbande der Ortskrankenkassen einen **Tarifvertrag**, über das ganze Reich geltend, abzuschließen, **durch den ihnen eine bessere Sicherung gewährt wird** — so lange das Selbstverwaltungsrecht nicht angetastet ist — als sie ihnen Staat oder Gemeinde gewähren würden und können.

Richtig ist ferner, daß die Angestellten der Ortskrankenkassen und ihre Berufsorganisationen stets die ungeschmälerte Aufrechterhaltung der Selbstverwaltung als unbedingtes Erfordernis der Krankenversicherung betont und gefordert haben und erst auf ihrem letzten Verbandstage 1905 jede Unterstellung unter staatliche oder gemeindliche Obhut abgewiesen haben und stets abweisen werden.“

Trotz dieser klaren Richtigstellung wird die gegen Selbstverwaltung der Kassen arbeitende Presse, nicht minder die nach derselben Richtung sprechenden Parlamentarier unter Führung von Bülow-Mugdan, das vielfach Widerlegte immer wiederholen. Sie halten es mit der von Goethe als Altweiberlogik gekennzeichneten Methode: erst etwas behaupten und dann als Beweis für die unrichtige Behauptung dieselbe Behauptung wiederholen.

## Aus Industrie und Handel.

### Ein böses Urteil über die Finanzpresse.

Das Verschwinden des Bankiers Friedberg dürfte anscheinend noch eine Preßpolemik in der Finanzpresse hervorrufen, wenn diese es nicht vorzieht, einen ihr von Alfred Lansburger hingeworfenen Fehdehandschuh nicht zu beachten. Der von Friedberg gegründete „Ratgeber auf dem Kapitalmarkt“ ist in der Finanzpresse als Anreißerblatt gekennzeichnet worden. Wenn man dieses Blatt nannte, geschah es im Tone der staatlich konzessionierten Prostituierten, die sich über die schamlose gewerbsmäßige Unzucht entrüsten. Und auch der „Verein für die Interessen der Fondsbörse“ mimte nach dem Verschwinden Friedbergs finanzpolitische Moralhüterin. Das hat den genannten Finanzschriftsteller, Herausgeber der „Bank“, Monatsschrift für Finanz- und Bankwesen, sehr verdrossen. In der erwähnten Zeitschrift bekannte er sich nun als Mitarbeiter des „Kapitalmarkt“ und verwahrte sich gegen die wider diesen erhobenen Vorwürfe. Er schreibt:

„Das Bankhaus Siegmund Friedberg hat Anfang Februar seine Zahlungen eingestellt. Und sofort hat der Berliner „Verein für die Interessen der Fondsbörse“ den Gefallenen von sich und dem Bankierstande abgeschüttelt. In einem Communiqué, das Friedberg die Berechtigung absprach, sich „Bankier“ zu nennen, wurde gesagt, er sei an der Börse nie gesehen worden, habe in Börsenkreisen keinen Kredit gehabt und sei nicht zum Berliner Kassenverein zugelassen gewesen. Alles das stimmt. Und wenn der Verein nichts anderes gesagt hätte als das, so würde ich nicht das Wort ergreifen. Es ist zwar bekannt, daß die Mittel, deren sich Friedberg bedient hat um Kunden an sich zu ziehen, auch bei einigen Bankhäusern bekannt und beliebt sind, die dem Verein für die Interessen der Fondsbörse angehören. Indes hat der Bankiersstand als solcher das Tischtuch zwischen sich und Friedberg bereits zerschnitten, als dieser noch auf seiner Höhe stand; und das gibt ihm jetzt ohne weiteres das Recht zu fordern, daß man den Fall Friedberg nicht auf sein Konto setze und aus diesem Fall verallgemeinernde Schlüsse auf die Solidität des deutschen Bankiers ziehe. Gerade angesichts der bevorstehenden Bank-Enquête ist das Vorgehen des Vereins begreiflich und sogar taktisch klug.

Aber der Verein hat noch etwas anderes gesagt. Es heißt in seinem Communiqué: „Namentlich durch das von ihm gegründete Blatt „Der Ratgeber auf dem Kapitalmarkt“ lockte Friedberg Privatleute an sich, die töricht genug waren, auf seine Anpreisungen einzugehen.“ Gegen diese Behauptung bezw. gegen das, was zwischen ihren Zeilen zu lesen ist, bin ich genötigt, mit aller Entschiedenheit zu protestieren. Denn ich bin Mitarbeiter des „Ratgeber“ gewesen und Jahre hindurch haben meine Aufsätze regelmäßig an der Spitze des Blattes gestanden; bis vor etwa fünf Monaten. Ich habe während der ganzen Zeit anonym geschrieben. Heute aber, wo die Integrität des Blattes in der frivolsten Weise angezweifelt wird, halte ich es für meine Ehrenpflicht, unter Namenszeichnung zu erklären: „Es gibt sicherlich bessere Finanzblätter in Deutschland als den „Ratgeber“, aber es gibt kein ehrlicheres Blatt, als es der „Ratgeber“ ist — oder war.“

Man darf wohl gespannt sein auf die Antwort, die unsere Finanzpresse nun geben wird.

* * *

Zu der Angelegenheit Friedberg verlautet, daß die Passiven 2 Mill. Mark noch weit übersteigen sollen. Ob Depots verschwunden sind, ist noch nicht festgestellt. Seinem Chef gefolgt ist dessen Disponent, Herr Bohn, Direktor der Automobilzentrale. Auch er ist unter Mitnahme verschiedener Tausendmarkscheine ohne Angabe des Reisezieles verschwunden. Die beiden Herren haben ein flottes Leben geführt, benutzten fünf Automobile der Gesellschaft zu ihrem Privatvergnügen, hielten sich Maitressen und ständige junge Haushälterinnen. Bohn hatte in letzter Zeit Automobile, die einen Verkaufswert von 40—50 000 M. repräsentierten, für 17 000 M. angeboten. Er wollte jedenfalls vor dem bereits im Anzuge befindlichen Zusammenbruch das eigene Portemonnaie noch etwas anfüllen. Die Mutter des Friedberg hat sich angeblich erboten, mit 1 Million Mark für die Verbindlichkeiten ihres Sohnes einzuspringen, wenn strafrechtliche Verfolgung unterbleibe. Wie andererseits gemeldet wird, hat die Staatsanwaltschaft die strafrechtliche Verfolgung Friedbergs bereits aufgenommen.

MAGGI Kauft Erbsen- MAGGI's Bouillon-Würfel zu 5 Ptg. für eine große Tasse. MAGGI

**Sozialdemokrat. Wahlverein**
für den
**4. Berliner Reichstagswahlkreis**
(Frankfurter Viertel).
Bezirk Nr. 299.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Barbier

**Hugo Hampel**
(Weberstr. 31)

gestorben ist.

**Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet **heute** Mittwoch, den 12. Februar, nachmittags 2½ Uhr, von der Leichenhalle des Markus-Kirchhofes in Stralauer Allee aus statt.

216/13 **Der Vorstand.**

---

**Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.**
**Zweigverein Berlin. — Bezirk Norden.**

Am 5. Februar verstarb unser Mitglied

**Wilhelm Henke**

im Alter von 55 Jahren.

**Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet heute nachmittag 3 Uhr von der Leichenhalle des Himmelfahrts-Kirchhofes in Nieder-Schönhausen-Nordend aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

136/11 **Der Vorstand.**

---

**Zentral-Verband der Schmiede.**
**Zahlstelle Berlin.**

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege

**Kasimir Fojut**
(Bezirk Reinickendorf)

am Montag, den 3. Februar cr., verstorben ist. 176/1

**Ehre seinem Andenken!**
**Die Ortsverwaltung.**

---

**Danksagung.**

Allen Freunden, Kollegen und Bekannten für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Vaters und Schwiegervaters

**Heinrich Bomke**

sagen wir unseren innigsten Dank.

**Die trauernden Hinterbliebenen.**

---

**Todes-Anzeige.**

Statt besonderer Mitteilung hierdurch die traurige Nachricht, daß mein innig geliebter Mann, der Gastwirt

**Joseph Menzel,**
Rixdorf, Donaustraße 105,

am 10. Februar nach schwerem Leiden verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 14. Februar, nachmittags 2½ Uhr präzise, von der Halle des Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

**Witwe Agnes Menzel nebst Kindern.**

---

**Invaliden-Unterstützungskasse d. Steindrucker u. Lithographen.**

Die Beerdigung des am 8. Februar verstorbenen Lichtdruckers

**Karl Bergholtz**

findet statt am Mittwoch, den 12. Februar, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause Brandenburgstraße 10 aus nach dem Simeons-Kirchhofe in Britz.

305 **Das Komitee.**

---

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, Bruder und Onkel, der Tischler

**Matthes Wehowski**

im 52. Lebensjahre plötzlich und unerwartet verstorben ist.

Um stille Teilnahme bitten
**Die trauernden Hinterbliebenen.**

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 13. d. Mts., pünktlich 2½ Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rixdorfer Friedhofs, Mariendorfer Weg, aus statt. 246

---

Am 10. d. M. verstarb mein lieber Mann, unser guter Vater, der frühere Gastwirt

**Emil Landschulze**
Berlin, Lehninerstr. 4.

Die Beerdigung findet Donnerstag nachmittag 3½ Uhr von der Leichenhalle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes, Mariendorf, aus statt.

**Pauline Landschulze nebst Kindern.** 235

---

ff. Pianino 100 M., **ev. Teilzahlung,** bis 9 abends. Gerichtstr. 32. Dittrich. [108/9

---

# Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands. (Zahlstelle Berlin.)

## Bezirksversammlungen:

Bezirk 1. **Donnerstag, den 13. Februar, nachmittags 5 Uhr,** bei **Stuhlmann,** Nordufer.
„ 2. **Freitag, den 14. Februar, nachmittags 5 Uhr,** bei **Joseph Franke,** Badstr. 19.
„ 3. **Freitag, den 14. Februar, nachmittags 5 Uhr,** bei **Kahn,** Zorndorferstr. 8.
„ 4. **Donnerstag, den 13. Februar, nachmittags 5 Uhr,** bei **Litfin,** Memelerstr. 67. **Vortrag** des Genossen Karl Schulz.
„ 5. **Freitag, den 14. Februar, nachmittags 5 Uhr,** bei **Karl Grumbach,** Schönleinstr. 6. **Vortrag** des Kollegen Paul Obigla über „Gewährung von Rechtsschutz".
„ 6. **Freitag, den 14. Februar, nachmittags 5 Uhr,** bei **Böge,** Lothringerstr. 65.

74/7 **Die Ortsverwaltung.**

---

# Zahnärztliche Klinik

**SW., Belle-Alliancestraße 106 I,** gegenüber Warenhaus Jandorf, und **N., Brunnenstraße 185 I,** am Rosenthaler Tor.

**Zahnziehen unentgeltlich.** Bei künstl. Zähnen u. Plomben w. d. Unkosten berechnet. — Geöffnet von 9—6 Uhr. Sonntags 9—12 Uhr. 1421Ø*

---

**Zentral-Verband der Glasarbeiter und Arbeiterinnen Deutschl.**
**Ortsverwaltung Berlin.**

**Donnerstag, den 13. Februar 1908, abends 8 Uhr,** in **Boekers Festsälen,** Weberstr. 17:

## Mitglieder-Versammlung sämtlicher Branchen.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen **Dornheim.** 2. Abrechnung vom 4. Quartal 1907. 3. Bericht und Neuwahl der Ortsverwaltung.

Zahlreichen Besuch erwartet [73/2 **Die Ortsverwaltung.**

---

Rauchen Sie
# Phänomen Cigaretten!
Devise: Qualität ist die beste Empfehlung.

---

## 400 Damen

mußten **des gewaltigen Andranges in den Nachmittagsstunden** wegen, mein Lokal **ohne die günstige Einkaufsgelegenheit benützt zu haben,** wieder verlassen.

Ich bitte deswegen um gefällige Entschuldigung.

**Um meiner werten Kundschaft entgegenzukommen, sollen bis Schluß der Woche**

**die gesamten Restbestände**

des **großen Inventur- u. Räumungsausverkaufes** in **Plüsch- und Pelzmänteln, Abendmänteln, Jacketts, Kostümen, Röcken, Blusen, Kinderkonfektion etc.** zu jedem **irgend annehmbaren Preise einzeln an Private** abgegeben werden.

**Original-Modelle, Reisemuster u. Copien, letzte Neuheiten, selbst für allerstärkste Figuren vorrätig,** nach folgenden 5 Beispielen:

| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | |
|---|---|---|---|---|---|
| bis h. bis M. 18 | bis M. 30 | bis M. 60 | bis M. 90 | bis M. 150 | u. s. w. |
| heute nur M. 6 | heute nur M. 10 | nur M. 16 | nur M. 30 | nur M. 55 | |

**Gratis** ein Frühjahrs-Kammgarnjackett in eleganter Ausführung oder ein Kinderpyjak bei Einkauf v. M. 20 an.

**Die Frühjahrs- und Sommersaison ist bereits eröffnet.**

**Separ.-Abteil.** für Damen und Mädchen. **Mod. Trauermag.**

Auswahl u. Preise konkurrenzlos.

**Es wird gebeten, die Einkäufe in meinen Geschäften in den Vormittagsstund. zu besorg.**

Man achte genau auf meine Firma und Hausnummer.

**Konfektionshaus Westmann** Hauptgeschäft: **Berlin W., Mohrenstraße 37a** an den Kolonaden. Filiale: **Berlin NO., Große Frankfurterstraße 115** an der Andreasstraße.

**Ich will's probieren bei Westmann**

---

**Gustav Behrens-Theater,**
**Berlin W.,** Goltzstr. 9.

**Ringkämpfer u. Kandidat,** urkomische Posse.
**Kidd u. Kittie,** amerik. Exzentriks.
**Konstantina-Truppe,** 4 Personen.
**Dustes Bitograph.**
**16 erstklassige Spezialitäten.**
Anfang 8 Uhr, Sonntags 5½ Uhr.
Jeden Sonnabend und Sonntag nach der Vorstellung: **Familienkränzchen** bei freiem Tanz.

---

**Dr. Simmel**
Spezial-Arzt
**für Haut- und Harnleiden.**
**Prinzenstr. 41,** dicht am Moritzplatz,
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

---

**Masken-Garderobe**
**Carl Ernst**
(Inhaber **Willi Ernst**)
Köpenickerstr. 126, 1 Tr.
Amt IV, 5062.
**Gr. Auswahl! Bill. Preise!**
Vorzeiger dieser Annonce erhält 10% Preisermäßigung.

---

**Jedes Wort 10 Pfennig.**
**Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.**

# Kleine Anzeigen

**ANZEIGEN**
**für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.**

## Verkäufe.

**Teppiche** mit farbenlieblern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre kein Laden. Mauerhoff. †1

**Gardinenhaus** Große Frankfurterstraße 9, parterre. Kein Laden. Mauerhoff. 1†

**Steppdecken** billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre †1

**Nähmaschinen.** Vergütet bis 20.00 per Teilzahlung kauft oder nachweisl. Sämtliche Systeme. Postkarte genügt. Brauer, Frankfurter Allee 101, Laden. 29708*

**Teppiche!** (tadellose) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Grünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 264/11*

**Seiferthähne** und Weibchen verkauft Prinzessinnenstr. 12, III links. *

**Steppdecken** spottbillig, Fabrik Große Frankfurterstraße 60. 29663*

**Dringend.** Wegen Aufgabe einer ganzen Etage verkaufe Muschelkrieberspind, Muschelvertiko 28 Mark, Ausziehtisch, Stühle 3, Muschelspiegel 12, Säulentrumeau 36, Bettstelle mit Matratze, Kommode, Waschtoilette 20, Herrenschreibtisch 30, Paneelsofa, Muschelsofa, Schlafsofa 36, Küchenmöbel, geschnitztes Nußbaumbüfett, Kleiderschrank 80, Federbetten Stand 20, auch Teilzahlung. Wallstraße 81. *

**Brennaborrad,** neu, verkäuflich. Händler zwecklos! Langestr. 10 I, rechts. 2921*

**Nähmaschinen.** Zahle höchste Vergütung. Alle Systeme gegen kleinste Abzahlung. Hruda, Rosenthalerstraße 19. 2997b*

**Gelegenheitskäufe: Paletots,** Anzüge, Hosen, Koffer, Revolver, Teschings, Uhren, Goldsachen, Kessel, spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131.

**Reisegläser,** Operngläser, Reißzeuge, Regulatoren, Freischwinger, Harmonikas, Geigen, Zithern, Bilder, Teppiche, spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131. 55*

**Ueberzählige** Herrenanzüge, Herrenpaletots, nur hochfeinste Ausführung, ausverkauft Engrosfabrik einzeln zu Engrospreisen. Enorme Geldersparnis. 2—4 geschlossen. Sonntagsverkauf 12—2. Neue Friedrichstraße 37, III. 293/2*

**Kinderbettstelle.** Kindertwagen, Sommer, Wienerstraße 51. 2829b*

**Linoleumteppiche.** Linoleumreste, Wachstuchdecken, Gummischläuche spottbillig. Jonas, Josephstraße 11 I.

**Dimitfseidene** Steppdecken 4,15 (Seidenersatz), Wollatlas-Steppdecken 5,85, Inventur-Ausnahmepreise. Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158. 1088*

**Teppichhaus** Lefèvre, Oranienstraße 158, jetzt Inventur-Räumungspreise. Extraliste gratis. 1098*

**Bettfedern,** Gänsehalbdaunen, sehr volldaunig, ist die beste Bettenfüllung, Schönhauser Allee 57, Geflügelhandlung, Pohlmann. 449R*

**10.00.** Deckbett, Unterbett, Kissen, rotrosa Inlett. Pfandleihe Andreasstraße 38. 206R*

**Daubett,** zwei Deckbetten, zwei Kissen, zweischläfrig 18,00, große Laken 1,00, Pfandleihe Andreasstraße 38. 207R*

**Bauernbettbett,** Unterbett, zwei Kissen 27,00. Pfandleihe Andreasstraße 38. Fahrgeld wird vergütet. *

**Metallbetten,** hochmoderne, spottbillig, Ritterstraße 112 II. 106/8*

**Modernes** Speisezimmer, Salon, Herrenzimmer, Schlafzimmer, Klubsessel, Gaskrone, Anklideschrank, moderne Küche, alles extra bestellte Möbel, wegen Aufgabe der Verlobung billigst verkäuflich. Umgehend Lothringerstraße 26, Aufbewahrungsspeicher. 27b*

**Singermaschine** 10,00. Prinzenstraße 77. 143/7*

**Anzüge.** Paletots, zurückgebliebene Maßsachen noch Inventur für die Hälfte des sonstigen Wertes. Bluhm u. Co., Friedrichstraße 212 I. Kein Laden! 108/8

**Pfandleihhaus!** Hermannplatz 6. Staunendbillige Winterpaletots! Herrenanzüge! Aussteuerwäsche, Brautbetten, Vermietungsbett, Bettstücke, Pfänderverkauf, Nähmaschinen, Uhrenverkauf, Kettenverkauf, Teppichverkauf, Gardinenverkauf, Steppdecken. †112*

**Krautstraße** 50. Möbel, Inventur-Ausverkauf. Brautleute kaufen Möbel, Spiegel, Polsterwaren zu spottbilligen Preisen. Besichtigung ohne Kaufzwang. Möbelspeicher Saalfeld. 315

**Nur** noch bis Sonnabend, daß Möbel und ganze Einrichtung bis 30 Prozent billiger verkauft werden! Bei sofortiger Zahlung noch extra 2 Prozent! Nie wiederkehrende Gelegenheit! Einrichtung von 200, 300, 350, 400—1500 Mark, moderne Küche 65 bis 150, Kostenlose Aufbewahrung und Transport frei. Lothringerstraße 26, Möbelspeicher. 285*

**Brautleute** wirklich billige Preise für Wohnungseinrichtungen, Ueberzeugung macht wahr! Arndt, Grünerweg 72. †47

**Zwei** wundervolle Halbrenner, Kunsz, Wilhelm-Stolze-Straße 15. *

**Winterpaletots,** Monatsanzüge, wenig getragene, von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Bezugsquelle, 20 Prozent billiger wie im Laden, direkt vom Schneidermeister Paul Fürstenzeit, nur Rosenthalerstraße 10. 265/13*

**Pirnaer-** Nähmaschinen ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00, gebrauchte 12,00, Wienerstraße 1—6, Warschauerstraße 67, Ackerstraße 111. 335

**Monatsanzüge** und Winterpaletots sowie Joppen von 5,00, Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Wandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Katz, Mulackstraße 14. 29b*

## Geschäftsverkäufe.

**Geschäftsteller** mit Wohnung, für jedes Geschäft passend, zu vermieten (760 Mark) Franzstraße 5. 20b

**Restaurant,** altes, gangbares, ist billig zu verkaufen. Zu erfragen Kottbuserstraße 4, Milchgeschäft. †15

**Materialwaren,** Obst, Gemüse, Rolle, Overhage, Kurfürstenstraße 124, Eingang Courbièrestraße. †97

**Restaurant,** gut eingerichtet, billig zu verkaufen Schillingstraße 35a. 21b

**Parteilokal,** 7 Vereine, ist wegen Krankheit der Frau zu verkaufen. Spedition des „Vorwärts", Petersburger Platz 4. †37*

**Zigarren-** und Tabakgeschäft anderer Unternehmungen wegen billigst mit oder ohne Fabrikutensilien zu verkaufen. Hauptstraße. Miete 350 Mark jährlich. Freienwalde/Oder, Marktstraße 6. 26b

**Reell!** Schankgeschäft, schön eingerichtet, billige Miete, nur 700 Mark erforderlich, wegen besonderer Umstände sofort verkäuflich. Schwarz, Marienburgerstraße 8, vorn I. 25b

**Seifengeschäft** verkäuflich Langestraße 108. †15

**Milchgeschäft,** Westen, Miete 1500,—, Umsatz 200 Liter, Preis 3000,— Mark. Näheres durch Vollrath u. Co., Elsasserstraße 21. 247R

**Milchgeschäft,** Norden, Miete 100,—, Umsatz 130—160 Liter, Preis 1500,— Mark. Näheres durch Vollrath u. Co., Elsasserstraße 21 248R

**Milchgeschäft,** Norden, Miete 1200,—, Umsatz 96 Liter, 10 Magerquark, 216,— Backware, Preis 2000,— Mark. Näheres durch Vollrath u. Co., Elsasserstraße 21. 249R

**Milchgeschäft,** Norden, Miete 900,—, Umsatz zirka 30,—, Preis 1200,— Mark. Näheres durch Vollrath u. Co., Elsasserstraße 21. 250R

## Verschiedenes.

**Volksänger-Gesellschaft** Schmelzer, Stettinerstraße 57. †78

**Elsholz,** Komiker, frei. Gropiusstraße 6. 29795*

**Komiker,** billig, wohnt Köpenickerstraße 147. Schwartz. 4b*

**Patentanwalt** Hessel, Glücknerstraße 94a. 2555R*

**Lernt** die Muttersprache beherrschen! Erfolgreichen, leicht faßlichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts" zu richten.

**Wer** ein Geschäft kaufen oder verkaufen will, wende sich an Vollrath u. Co., Elsasserstraße 21, Amt 3a, 4375. 145R*

**Kunststopferei** von Frau Kakosky Charlottenburg, Goethestraße 84. I. *

**Masken** verleiht billig Henke, Dennewitzstraße 1. 2539b*

**Pfandleihe** Markusstraße 27a. *

**Bücher** kauft, beleiht Antiquariat Kochstraße 56. 2840R*

**Waschanstalt.** Den Genossen empfehle meine Wasch- und Plättanstalt. Wäsche wird chlorfrei gewaschen, im Freien getrocknet. Abholung Sonnabends. Karl Koch, Köpenick, Grünauerstraße 21. 197R*

**Bücher,** alte, Lexika und ganze Bibliotheken kauft Beyer, Oranienstraße 138. 15*

**Waschanstalt** Gebert, Köpenick, Auguste Viktoriastraße 24, liefert chlorfreie, im Freien getrocknete Wäsche. Laken, Leibwäsche, 4 Handtücher 0,10. Abholung Donnerstag. 251R

**Wer** Stoff hat, fertige Herrenanzug 20 Mark, feinste Zutaten, zwei Anproben. Für guten Sitz bekam goldene Medaille. Ludwig Engel, Prenzlauerstraße 23 II, Alexanderplatz. Gegründet 1892. 6b

**Pharus-Säle,** Müllerstraße 142. Durch Absage eines Abstinenten-Vereins ist der Empire-Saal I zum 31. März frei geworden. Vereinen und Gesellschaften bestens empfohlen.

**Bodengerümpel,** Flaschen, Eisen, Papier kauft Baude, Edelingstraße 8.

## Vermietungen.

### Wohnungen.

**Prächtige** Zweizimmer-Balkonwohnungen billigst Soldinerstraße 32.

**Wohnungen,** 1—2 Zimmer, preiswert, zum 1. April zu vermieten. Buchstraße 1, Nähe des Pankow-Bahnhofes. 2b*

**Wohnungen,** billige, Balkon, Doppelfenster, Gas usw., zwei Zimmer, Küche (Bad), von 35 Mark an, ein Zimmer, Küche, Balkon, von 19 Mark an. Kolonistraße 30—31, Soldinerstraße 67—68. 35b*

### Zimmer.

**Herr** kann noch mit einwohnen, möbliertes Zimmer, Thaerstraße 41, III links. †37

### Schlafstellen.

**Gut** möblierte Schlafstelle mit Schreibtisch an sauberen Herrn zum 1., 15. März nahe Rosenthalerstr. Brunnenstraße 14, Quergebäude linker Aufgang 4 Treppen links, Geitzen.

**Schlafstelle** (Mädchen) Bandmann, Christburgerstraße 38. †96

**Schlafstelle** für Herrn Witwe Gehrs, Waldemarstraße 18/19. †88

### Mietsgesuche.

**Handwerker** sucht zum 1. März kleines möbliertes Zimmer, Nähe Görlitzer Bahnhof. Offerten K. N., Postamt 36. †15

## Arbeitsmarkt.

### Stellengesuche.

**Blinder** Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. R. Glöser, Mulackstraße 27. 1468b

### Stellenangebote.

**Schlosserlehrlinge** verlangt Brandes, Alexandrinenstraße 118. *

**Belegerinnen** verlangt Leistenfabrik, Kurfürstenstraße 7. 108/7

**Blusen-Vorderteil-Steppterin** und Blusen-Lehrdamen verlangt im Hause Neumann, Prenzlauerstraße 13. 248/9

**Zeitungsausträgerinnen** sofort gegen guten Lohn gesucht Friedrichstraße 240/241, Hof parterre rechts.

**Zeitungsfrau** gesucht Solmsstraße 4.

**Unterrock-**Arbeiterinnen im und außerm Hause. Unterrock-Fabrik, Rixdorf, Saalestraße 11. Ringbahnhof.

**Leibchenhosen,** gefüttert, Arbeiterinnen verlangt. Pose, Oranienstraße 207. 345

**Künstliche** Blumen-Arbeiterinnen, Lehrmädchen verlangt Schindelhauer, Alte Jakobstraße 156/57. 22b*

---

**Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen".**

**Zentrum:**
**Fritz Zinke,** Mauerstr. 89.
**A. Hahnisch,** Auguststr. 50.

**Westen:**
**G. Schmidt,** Kirchbachstr. 14.

**Osten:**
**W. Mann,** Petersburgerplatz 4.
**R. Wengels,** Rüdersdorferstr. 3.
**Gustav Vogel,** Koppenstr. 83.

**Nordosten:**
**L. Zucht,** Emmanuelkirchstr. 12.
**J. Reul,** Barnimstr. 42.

**Norden:**
**H. Raschke,** Ackerstr. 38.
**F. Trapp,** Stettinerstr. 10.
**Karl Mlars,** Lychenerstr. 123.
**Karl Wethe,** Nazarethkirchstr. 49.
**L. Dechand,** Kuhnplatzstr. 24.
**H. Vogel,** Lortzingstr. 37.
**A. Tietz,** Invalidenstr. 124.

**Nordwesten:**
**Karl Anders,** Salzwedelerstr. 8.
**W. Schrotke,** Gotzkowskystr. 29.

**Südwesten:**
**H. Werner,** Gneisenaustr. 72.
**H. Schröder,** Hagelbergerstr. 27.

**Süden:**
**St. Fritz,** Prinzenstr. 31.
**F. Gutschmidt,** Kottbuser Damm 8.

**Südosten:**
**Paul Böhm,** Lausitzer Platz 14/15.
**P. Horich,** Engel-Ufer 15.

**Charlottenburg:**
**G. Scharnberg,** Sesenheimerstr. 1.

**Friedrichshberg:**
**O. Seifel,** Kronprinzenstr. 50.

**Rixdorf:**
**M. Heinrich,** Reckarstr. 7.
**Conrad,** Hermannstr. 50.

**Rummelsburg:**
**A. Rosentrauz,** Alt-Boxhagen 56.

**Schöneberg:**
**Wilh. Bäumler,** Martin Lutherstr. 51.

**Weißensee:**
**R. Fuhrmann,** Sedanstr. 105.
**Jul. Schillert,** König-Chausee 39a.

**Reinickendorf:**
**P. Gurich,** Provinzstraße, Ecke Grünerweg.

**Treptow:** 245/2*
**R. Gramenz,** Kietzholzstr. 412.

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.